



Landtag von Baden-Württemberg

81. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 10. Dezember 2009 • Haus des Landtags

Beginn: 9:36 Uhr

Mittagspause: 12:45 bis 14:02 Uhr

Schluss: 17:06 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	5851	4. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt in Baden-Württemberg (DLR-Gesetz BW) – Drucksache 14/5516.	5881
Absetzung von Tagesordnungspunkt 11	5887, 5925	Minister Ernst Pfister	5881
1. Aktuelle Debatte – Abbau von Industriearbeitsplätzen in Baden-Württemberg: Was unternimmt die Landesregierung, um bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu ermöglichen? – beantragt von der Fraktion der SPD	5851	Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU	5881
Abg. Claus Schmiedel SPD	5851, 5857	Abg. Dr. Rainer Prewo SPD	5882
Abg. Paul Nemeth CDU	5852, 5858	Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE	5882
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	5853, 5859	Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	5883
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	5854, 5860	Beschluss	5883
Minister Ernst Pfister	5855	5. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Dreizehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften – Drucksache 14/5517.	5883
2. Aktuelle Debatte – Keine Steuersenkung auf Pump! – beantragt von der Fraktion GRÜNE	5861	Abg. Günther-Martin Pauli CDU	5883
Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE	5861, 5873	Abg. Birgit Kipfer SPD	5884
Abg. Klaus Herrmann CDU	5863	Abg. Jürgen Walter GRÜNE	5885
Abg. Ingo Rust SPD	5864, 5872	Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP	5886
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	5866	Minister Dr. Wolfgang Reinhart	5886
Minister Willi Stächele	5867	Beschluss	5887
Abg. Stefan Mappus CDU	5870	6. Fragestunde – Drucksache 14/5550	
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	5874	6.1 Mündliche Anfrage der Abg. Rita Haller-Haid SPD – Die Überwachungsintensität des Wirtschaftskontrolldienstes nach der Verwaltungsreform	5904
3. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Staatsvertrag zur Ausführung von Artikel 91 c GG – Drucksache 14/5490.	5875	Abg. Rita Haller-Haid SPD	5904, 5905
Staatssekretär Rudolf Köberle	5875	Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch	5904, 5905
Abg. Guido Wolf CDU	5876	Abg. Birgit Kipfer SPD	5905
Abg. Peter Hofelich SPD	5876		
Abg. Jürgen Walter GRÜNE	5878		
Abg. Hagen Kluck FDP/DVP	5879		
Minister Dr. Ulrich Goll	5880		
Beschluss	5881		

6.2 Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Wagenmaterial auf der Murraltalbahn Stuttgart–Nürnberg	5905	Abg. Beate Fauser FDP/DVP	5915
Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP	5906, 5907	Minister Ernst Pfister	5916
Staatssekretär Rudolf Köberle	5906, 5907, 5908	Beschluss	5920, 5924
Abg. Nikolaos Sakellariou SPD	5907, 5908		
6.3 Mündliche Anfrage des Abg. Walter Krögner SPD – Postkartenaktion der Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen Baden-Württemberg	5908	9. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Heimisches Handwerk und Mittelstand stärken: mittelstandsfreundliche Ausschreibung bei Stuttgart 21 und der Neubaustrecke Wendlingen–Ulm – Drucksache 14/3818	5920
Abg. Walter Krögner SPD	5908	Abg. Dr. Rainer Prewo SPD	5920
Staatssekretär Georg Wacker	5908, 5909, 5910	Abg. Winfried Scheuermann CDU	5922
Abg. Norbert Zeller SPD	5909	Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE	5922
Abg. Volker Schebesta CDU	5909	Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP	5923
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	5909	Beschluss	5924
Abg. Renate Rastätter GRÜNE	5910		
6.4 Mündliche Anfrage des Abg. Reinhold Pix GRÜNE – Finanzierung des geplanten Parkhauses auf dem Feldberg über Mittel aus dem Kommunalen Investitionsfonds	5910	10. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Regelung der Gasversorgung bei Versorgungsengpässen – Drucksache 14/3862	5924
Schriftliche Antwort des Wirtschaftsministeriums	5910	Beschluss	5924
6.5 Mündliche Anfrage des Abg. Hans-Martin Haller SPD – Thanheimer Steige im Zuge der L 360 im Zollernalbkreis: Bau einer Kriechspur	5911	11. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Umweltministeriums – Investitionen in Hochwasserschutzmaßnahmen in 2009 – Drucksache 14/3863	abgesetzt (5887, 5925)
Schriftliche Antwort des Innenministeriums	5911		
7. Information zum Bahnprojekt Stuttgart–Ulm durch den Ministerpräsidenten und Aussprache	5888	12. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu der Mitteilung der Landesregierung vom 9. November 2009 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Gesetz zur Umsetzung der Föderalismusreform im Hochschulbereich – Drucksachen 14/5419, 14/5497	5925
Ministerpräsident Günther Oettinger	5888	Beschluss	5925
Abg. Claus Schmiedel SPD	5894		
Abg. Stefan Mappus CDU	5895	13. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksache 14/5519	5925
Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE	5897	Beschluss	5925
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	5900		
Abg. Wolfgang Drexler SPD	5902	14. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 14/5436	5925
		Beschluss	5925
8. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Kreditklemme bekämpfen: Kreditmoderatoren schaffen unmittelbar Zugang zu Krediten und Bürgschaften – Drucksache 14/3788	5911, 5924	Nächste Sitzung	5925
Abg. Peter Hofelich SPD	5911, 5919		
Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU	5913		
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	5914		

Protokoll

über die 81. Sitzung vom 10. Dezember 2009

Beginn: 9:36 Uhr

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 81. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie. Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen und die Gespräche im Saal einzustellen.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Schneider erteilt.

Krankgemeldet sind Frau Abg. Dr. Unold sowie die Herren Abg. Ernst und Schwehr.

Aus dienstlichen Gründen haben sich Herr Minister Rau, Herr Staatssekretär Drautz und Herr Staatssekretär Fleischer entschuldigt.

Dienstlich verhindert ist Herr Minister Professor Dr. Franken-berg.

Ich darf darauf hinweisen, dass der Ministerpräsident unter Tagesordnungspunkt 7 eine Information zum Bahnprojekt Stuttgart-Ulm geben wird. Möglicherweise wird dieser Punkt vor der Fragestunde aufgerufen, je nachdem, wie die Mittags-pause liegt. Ich bitte, damit einverstanden zu sein, dass wir dies klären, wenn wir die Mittagspause festlegen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Abbau von Industriearbeitsplätzen in Baden-Württemberg: Was unternimmt die Landesregie- rung, um bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu ermöglichen? – beantragt von der Frak- tion der SPD

Das Präsidium hat die üblichen Redezeiten festgelegt: fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Koll- ginnen und Kollegen! Die industrielle Produktion ist das Rückgrat der Wirtschaft in Baden-Württemberg. Nur dann, wenn die Industrie – groß, mittelständisch, klein – gestärkt aus der Krise hervorgeht, werden wir Wertschöpfung und Wohlstand in Baden-Württemberg halten.

Deshalb war es richtig, dass die Beschäftigten von Daimler, nachdem der Vorstand von Daimler entschieden hatte, die Pro- duktion der C-Klasse zu verlagern, in der letzten Woche die Arbeit niedergelegt haben und Tag für Tag auf den Straßen für den Erhalt der Produktion am Standort in der Region Stuttgart demonstriert haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das ist meine erste Feststellung: Wenn es einen Konflikt zwischen einer Belegschaft und dem Vorstand um den Erhalt von Arbeitsplätzen an einem Stand- ort in Baden-Württemberg gibt, dann ist es Aufgabe der Re- gierung dieses Landes, sich an die Seite der Belegschaft zu stellen, und nicht, Verständnis für den Vorstand zu äußern.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Genau!)

Wenn wir heute feststellen, dass es eine Arbeitsplatzgarantie gibt, dann begrüßen wir das, dann sagen wir Dank den Kol- leginnen und Kollegen und der Gewerkschaft IG Metall, auch den Belegschaften von anderen Unternehmen, die dafür de- monstriert haben. Ich stelle aber fest, dass dieser Erfolg nicht durch eine Unterstützung der Regierung zustande gekommen ist, sondern dass gilt, was in der „Stuttgarter Zeitung“ zu le- sen war: „Still schaut die Regierung zu“.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Reden ist Silber, Schweigen ist Gold!)

Ein Zweites will ich sagen: Wenn es darum geht, den Stand- ort zu stärken und die Stärken dieses Standorts in den Vorder- grund zu rücken, dann muss die Landesregierung von Baden- Württemberg kompromisslos hinter diesem Standort stehen und darf sich nicht hinter betriebswirtschaftlichen Erwä- gungen verstecken.

Es wäre nicht das erste Mal, dass sich Vorstandsentschei- dungen von Daimler innerhalb kurzer Zeit als grottenfalsch erweisen. Ich erinnere an den Aufbau einer A-Klasse-Produktion in Brasilien, die innerhalb eines Jahres völlig im Fiasko endete und dann eingestellt wurde, und zwar mit hohem Mil- liardenverlust.

(Beifall bei der SPD)

Ich erinnere an das Abenteuer mit Chrysler, unter dem das Un- ternehmen noch heute leidet, das das Unternehmen beschä- digt hat, Substanz gekostet hat und sich im Nachhinein auch als grottenfalsch herausgestellt hat.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wenn wir in Sindelfingen eine Produktion haben, die inner- halb des Konzerns mehrfach bepreist wurde, die „Fabrik des Jahres“ wurde, dann zeigt das doch, dass die industrielle Pro- duktion in Baden-Württemberg nach wie vor international wettbewerbsfähig ist. Wir werden alles dafür tun, dass dies so bleibt.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Edith Sitzmann und Franz Untersteller GRÜNE)

(Claus Schmiedel)

Ich will noch ein Wort zu dem Thema sagen, das wir schon mehrfach angesprochen haben, das uns aber zunehmend Sorge bereitet und jetzt auch bei der Jahrestagung des Landesverbands der Industrie noch einmal herausgehoben wurde: der Maschinenbau in Baden-Württemberg. Die Zulieferer haben Sorge, im nächsten Jahr finanziell über die Runden zu kommen. Das ist ein Riesenthema, wenn sie mit ihrer verhandelten Bilanz für 2009 die Gespräche mit den Banken für 2010 führen, und so richtig aufwärts geht es im Maschinenbau im nächsten Jahr noch nicht. Aber diese Unternehmen brauchen Geld, auch um die Arbeitskräfte zu halten; denn Kurzarbeit ist nicht für umsonst zu haben.

Basel II führt automatisch dazu, dass es schwieriger wird, mit Krediten versorgt zu werden. Herr Mappus, Sie haben diesen Sachverhalt genauso analysiert und gesagt, deshalb müsse Basel II entschärft oder ausgesetzt werden. Da sind wir überhaupt nicht auseinander. Nur: Dieser Weg ist nicht erfolgversprechend. Das hat Frau Merkel probiert, das hat Herr Steinbrück probiert. Sie sind in Europa auf ein entschiedenes Nein gestoßen. Auch die internationalen Beschlüsse – G 20 oder Weltwährungsfonds – weisen in die genau entgegengesetzte Richtung: Nicht weniger Sicherheiten, sondern mehr Sicherheiten werden notwendig sein.

Deshalb brauchen wir dringend eine eigenständige baden-württembergische Antwort auf die Frage, wie wir den Unternehmen trotz schwieriger Eigenkapitalsituation zur notwendigen Liquidität verhelfen. Da erwarten wir mehr, Herr Ministerpräsident und Herr Wirtschaftsminister, als den Verweis auf Instrumente aus normalen Zeiten oder normalen Abschwüngen. Diese Krise erfordert eigenständige Antworten auf die Herausforderungen.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen etwas unternehmen, damit unsere mittelständische Industrie, die in vielen Bereichen Weltmarktführer ist und eine gute Zukunft hat, durch diese Krise nicht nachhaltig beschädigt wird.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Nemeth.

Abg. Paul Nemeth CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eines vorab, Herr Schmiedel: Bei uns, bei der CDU, haben Arbeit und Arbeitsplätze in der Politik immer Vorfahrt. Davon können Sie und die SPD sich eine Scheibe abschneiden.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm
CDU: Bravo! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!
Das haben wir in den letzten Wochen gemerkt!)

Meine Damen und Herren, die Stimmung im Werk Sindelfingen war in den letzten Tagen und Wochen explosiv, gar keine Frage. Wir hatten und haben Verständnis für die Sorgen der Arbeiter. Die Menschen hatten schlicht und einfach Angst um ihre Arbeitsplätze.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Mit dem Beschäftigungspakt, der gestern zwischen Vorstand und Betriebsrat für das Werk Sindelfingen vereinbart wurde, gibt es eine neue Basis für den Betriebsfrieden im Werk Sindelfingen. Deswegen begrüßen wir es, dass die Daimler-Führung eindeutig und definitiv zugesichert hat, dass bis zum Jahr 2020 – elf Jahre lang, meine Damen und Herren – kein einziger Arbeitsplatz im Werk Sindelfingen verloren gehen wird.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Herr Schmiedel, nicht durch das Anheizen der Diskussion, sondern durch verantwortungsvolle Schlichtung konnte hier geholfen werden. Ehrlicher Umgang mit den Fakten statt Populismus war und ist das Gebot der Stunde.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, selbst der Betriebsratsvorsitzende von Daimler, mit dem wir gesprochen haben – es war doch die Landesregierung, die zusammen mit den Fraktionsspitzen von CDU und FDP/DVP mit Vorstand und Betriebsräten gesprochen hat, während Sie nur mit Journalisten gesprochen haben –,

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Norbert Zeller
SPD: Keine Ahnung!)

hat gesagt: Wir können die Entscheidung nicht ändern; wir müssen das Beste daraus machen. Ich glaube, dass dies mit dieser Einigung erfolgt ist.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Wir sehen im Übrigen auch eine Chance in der Ankündigung von Daimler-Chef Zetsche, die Forschungs- und Technologieentwicklung, insbesondere für alternative Antriebsformen, in Sindelfingen zu konzentrieren und auszubauen. Wir werden den Daimler-Vorstand hier auch beim Wort nehmen. Nur unser Automobilcluster in Baden-Württemberg kann die Herausforderungen, die wir in der Branche eindeutig haben, meistern. Hier ist die Wiege des Automobils, und hier ist auch die Wiege der Innovation.

(Zurufe der Abg. Franz Untersteller GRÜNE und
Helen Heberer SPD)

Wir erwarten auch ein klares Signal von Daimler, dass die neue Generation des Automobils hier in Baden-Württemberg realisiert wird. Daimler hat die Kraft, die industriepolitische Führung zu übernehmen. Das ist jetzt auch wichtig.

Es bleibt dabei, dass der 3. Dezember ein harter Schlag für das Autoland Baden-Württemberg, für Sindelfingen, für den Kreis Böblingen, für die Region Stuttgart und vor allem auch für die Zulieferindustrie hier in der Region war. Die Entscheidung des Daimler-Vorstands, die C-Klasse zu verlagern, betrifft das industrielle Herz einer ganzen Region. Der Stern gehört unserer Meinung nach untrennbar zu Baden-Württemberg und nicht zu Alabama.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Bethlehem! –
Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Was
jetzt?)

(Paul Nemeth)

Das Werk Sindelfingen mit fast 40 000 Arbeitsplätzen und der weltweiten Entwicklung und Forschung ist mit Abstand der größte und wichtigste Standort im Konzern. Die Mitarbeiter sind bekannt für Qualität, Flexibilität und Kompetenz.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Deswegen können wir nicht einfach zur Tagesordnung zurückkehren,

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

sondern wir müssen schon über die Risiken und Chancen unseres Standorts debattieren. Natürlich sind die Dollarschwäche und die Stärke des Euro ein Problem. Natürlich kann es uns nicht gefallen, dass der Bundesstaat Alabama 100 Millionen Dollar an Daimler zahlen will. Ich würde an deren Stelle lieber Euro nehmen. Es kann uns auch nicht gefallen, dass die Amerikaner nach wie vor Einfuhrzölle auf Automobile erheben.

Deswegen glaube ich schon, dass wir einen Branchenrat für die Automobil- und Zulieferindustrie mit der Bundeskanzlerin, mit den Ministerpräsidenten, mit den Gewerkschaften, mit den Zulieferern, mit den großen Automobilfirmen und mit Wissenschaftlern benötigen. Denn es geht schon darum, jetzt die Richtung einzuschlagen, die wir benötigen, um die Entwicklung und Produktion der neuen Generation der Automobile in die Hand zu nehmen.

Ich denke, die Entscheidung von Daimler kann von der Politik nicht revidiert werden. Ich glaube, das behauptet auch niemand in der SPD.

Herr Schmiedel, von der SPD erwarten wir in dieser Fragestellung aber trotzdem etwas mehr Besonnenheit.

(Zurufe von der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Von denen erwarten wir gar nichts mehr!)

Sie schaden unserem Land, wenn Sie auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise den Abgang des Industriestandorts Baden-Württemberg anstimmen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie haben nicht zugehört!)

Baden-Württemberg ist nicht Opfer, sondern Motor dieses Strukturwandels. Wir sind viel zu stark für eine Opferrolle. Herr Schmiedel, Opfer können andere spielen, wir nicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut! – Abg. Peter Hofelich SPD: Das Protokoll vermerkt: „Lustloses Klatschen“!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege Nemeth hat gerade gesagt, wir müssten die Chancen und Risiken des Standorts Baden-Württemberg betrachten. Da gebe ich ihm völlig recht. Kein anderes Land ist so stark von der Industrie geprägt wie Baden-Württemberg. Die Produktion spielt in keinem anderen Bundesland und nur in wenigen anderen europäischen Regionen eine so starke Rolle wie in Baden-Württemberg.

Wenn man an die Themen denkt, über die bei der Klimakonferenz in Kopenhagen diskutiert wird, dann ist völlig klar, dass es nicht darum gehen kann, den Status quo zu bewahren oder für ein „Weiter so!“ zu plädieren. Vielmehr muss man jetzt die Chancen für Innovation und Wachstum in der Zukunft ergreifen. Das geht nur, wenn wir Wirtschaftspolitik, Innovationspolitik und Klimapolitik zusammen denken, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen)

Nun, da wir uns mit dem Thema Automobilstandort – „die Wiege des Automobils“, haben Sie gesagt – intensiv beschäftigen, haben wir in diesen Tagen in Gestalt des „Strukturberichts Region Stuttgart“ wissenschaftliche Unterstützung erhalten. Dieser Bericht steht unter der Überschrift „Entwicklung von Wirtschaft und Beschäftigung – Schwerpunkt: Umbruch in der Automobilregion“. Im Kapitel „Automotive-Cluster Region Stuttgart: Herausforderung Klimaschutz und Technologiewandel“ heißt es:

Die größten technischen Herausforderungen für die Automobilwirtschaft im 21. Jahrhundert liegen in der Reduzierung bzw. Vermeidung von Emissionen und im sparsamen bzw. effizienten Energieverbrauch.

Meine Damen und Herren, damit wird auch klar, worin die Aufgaben der Zukunft insbesondere für Baden-Württemberg liegen. Wir müssen nämlich Rahmenbedingungen für umweltverträglichere Autos schaffen, für Autos, die weltweit nachgefragt werden. Sie alle haben der Presse entnommen, dass sich VW jetzt an Suzuki beteiligt, um sich am Markt für kleinere, leichtere und effizientere Autos zu positionieren. Das ist der richtige Weg. In diesem Zusammenhang wird in Baden-Württemberg sicherlich auch die Frage nach der Elektromobilität eine wichtige Rolle spielen.

Ich sage dies explizit im Zusammenhang mit der heutigen, von der SPD beantragten Debatte. Dabei geht es darum, dass die Produktion der C-Klasse aus Sindelfingen verlagert werden soll. Auch wir bedauern diese Entscheidung nach wie vor, auch wenn es jetzt erfreulicherweise eine Jobgarantie für 37 000 Beschäftigte geben soll. Sie ist wichtig, richtig und unausweichlich.

Das Thema ist auch deshalb ernst, weil es nicht nur Tausende von Beschäftigten bei Daimler, sondern auch viele Zulieferer und den Automobilstandort Baden-Württemberg insgesamt betrifft.

Die Verlagerung der Produktion der C-Klasse ist ein harter Einschnitt für die betroffenen Beschäftigten und auch für die Beschäftigten in den Zulieferbetrieben. Wenn es jetzt heißt, derzeit ausgelagerte Produktionen würden wieder in das Daimler-Werk zurückverlagert, bedeutet dies, dass anderswo Arbeitsplätze wegfallen.

Insofern ist klar, dass wir alles tun müssen, um in Baden-Württemberg Arbeitsplätze zu erhalten. Wir erwarten auch vom Daimler-Vorstand, dass er gegenüber den Beschäftigten dabei mit offenen Karten spielt. Es wäre auch widersinnig, wenn einerseits die Beschäftigten des Sindelfinger Werks in einer Presseerklärung ausdrücklich für ihre Leistungsbereitschaft und ihre Motivation gelobt werden und dies auf der anderen Seite nicht anerkannt wird.

(Edith Sitzmann)

Aber die Verlagerung der Produktion der C-Klasse ist eben nicht nur ein gravierender Einschnitt für die Beschäftigten, sondern auch für den Automobilstandort insgesamt. Die C-Klasse ist ein wichtiges Produkt. Weltweit wurden im letzten Jahr fast 300 000 dieser Autos verkauft.

Was bedeutet es, wenn hier nun der SL Roadster gebaut werden soll? Das heißt, dass die Mittelklasse geht und der Roadster kommt. Der Automobilstandort Baden-Württemberg wird von der Nachfrage nach klimaschädlichen und spritfressenden Oberklassefahrzeugen noch abhängiger werden. Das kann nicht in unserem Interesse sein.

(Beifall bei den Grünen)

Ich möchte Ihnen das noch kurz an ein paar Zahlen verdeutlichen. Das kleinste Modell des Mercedes SL verbraucht 9,3 l Sprit auf 100 km und hat einen CO₂-Ausstoß von 217 g/km. Das größte Modell verbraucht sage und schreibe 14 l Sprit auf 100 km und verursacht 333 g CO₂ pro Kilometer. Das heißt doch ganz klar: Wer mit einem Auto spritsparend fahren will, kann hier nichts mehr kaufen, meine Damen und Herren.

Es wird also viel schwieriger werden, den Automobilstandort für die Zukunft, die von Klimawandel und Ressourcenknappheit bestimmt ist, gut zu rüsten. Für uns ist ganz klar, dass Baden-Württemberg das Musterland für den ökologischen Umbau, dass Baden-Württemberg der ökologische Industriestandort werden muss. Nur so werden in Zukunft Arbeitsplätze gesichert und auch neue geschaffen werden können.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Peter Straub: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es kann überhaupt keinen Zweifel daran geben, dass es wirklich jeder in diesem Haus bedauert, wenn die C-Klasse aus Baden-Württemberg abwandert.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Die Frage, die sich dabei allerdings stellt, lautet: Welche Auswirkungen hat das auf die Arbeitsplätze in Baden-Württemberg, und zwar nicht nur auf die Arbeitsplätze bei Daimler, sondern selbstverständlich auch auf die Arbeitsplätze bei der Zulieferindustrie? Vor diesem Hintergrund sind wir froh, dass zumindest bei Daimler eine Arbeitsplatzgarantie erreicht werden konnte.

(Zuruf von der SPD)

Darüber, dass dies bei den Zulieferern nicht ganz ohne Auswirkungen bleibt, muss man sich im Klaren sein. Es macht überhaupt keinen Sinn, sich darüber hinwegzutäuschen. Aber das eine wurde immerhin erreicht.

Herr Schmiedel, jetzt behaupten Sie, die Regierung schaue still zu und tue nichts. Woher wissen Sie so genau, welche Gespräche der Ministerpräsident

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ich weiß es! – Zuruf von der SPD: Er hat mit dem Minister gesprochen!)

oder der Wirtschaftsminister geführt haben? Sie ziehen diesen Schluss, weil der gewünschte Krawall ausgeblieben ist,

weil es beispielsweise Ihre Strategie ist, dass Ihr Freund Hück dorthin geht und weitestgehend sinnfrei, dafür aber lautstark redet? Das hat er mit Ihnen gemeinsam: lautstarke, aber sinnfreie Auftritte.

(Heiterkeit bei der CDU)

Das heißt dann Wirtschaftspolitik. Aber entscheidend ist doch das Ergebnis.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Das Ergebnis ist eben diese Arbeitsplatzgarantie. Herr Schmiedel, mit den Leuten zu reden – und nicht Krawall zu machen –, das ist eine vernünftige Wirtschaftspolitik.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Den größten Krawall machen Sie! – Weitere Zurufe von der SPD, u. a.: Er macht Krawall!)

Sie haben auch gesagt, die Krise erfordere eigenständige Antworten. Was heißt das denn? Das ist wahrscheinlich der „Schmiedel-Fonds“, den Sie vorgeschlagen haben.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Guter Titel!)

Das Land Baden-Württemberg stellt also einen Fonds – wahrscheinlich in Milliardenhöhe – zur Verfügung.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Mit Schulden!)

Denn das, was der Bund anbietet, ist – Sie haben das irgendwann auch so bezeichnet – ein Nasenwasser und lohnt sich überhaupt nicht. Wir stellen also kräftig Milliarden zur Verfügung. Das habe ich doch richtig verstanden? Dann sollen die Banken möglicherweise ohne eigenes Risiko darüber entscheiden, wie sie diese vergeben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie haben es doch falsch verstanden!)

– Sie können es nachher noch einmal erklären. Ihr vorheriger Beitrag war doch wie immer sinnfrei.

(Heiterkeit des Abg. Stefan Mappus CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie verstehen es halt nicht! – Weitere Zurufe von der SPD)

Sie haben gar nichts erklärt. Sie können vielleicht hinterher erläutern, was Sie unter Ihren eigenständigen Antworten verstehen. Eines ist jedenfalls klar: Um das zu machen, sind Schulden notwendig. Das ist das, was Sie uns immer vorwerfen. Sie sagen, die Krise erfordere eigenständige Antworten. Die gibt es: Entlastung der Familien, Entlastung der Mittelschicht, Entlastung der Unternehmen.

(Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Das ist doch nicht die Mittelschicht!)

Aber dann sagen Sie: Um Gottes willen! Schulden! Schulden darf man nicht machen, nicht wahr? Mit den Schulden, die wir über Jahrzehnte angehäuft haben, haben Sie kein Problem, aber wenn wir jetzt für die Familien, für die Mittelschicht, für die Unternehmen Steuern senken, sagen Sie, das sei eine unsolide Haushaltspolitik, damit schade man den Interessen des Landes Baden-Württemberg.

(Zuruf der Abg. Helen Heberer SPD)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Aber genau das Gleiche schlagen Sie mit Ihrem „Schmiedel-Fonds“ und dem, was Sie sonst immer als Krisenreaktion in den Raum stellen, vor.

(Zuruf von der SPD)

Insofern möchte ich schon gern hören, welche eigenständigen Antworten Sie uns entgegenzusetzen haben. Denn wir haben diese eigenständigen Antworten gegeben. Die passen Ihnen zwar nicht – das weiß ich –, aber dennoch haben Sie zumindest heute keine Konzeption von Ihrer Seite aus vorgelegt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Lachen der Abg. Marianne Wonnay SPD)

Frau Sitzmann war da schon etwas konkreter. Sie hat von Innovationspolitik geredet,

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Wo sind die Versuche in Baden-Württemberg?)

und sie hat von Elektromobilität geredet.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Wo gibt es das in Stuttgart?)

Es ist Ihnen wahrscheinlich nicht entgangen, dass wir das Thema Elektromobilität in erheblichem Umfang aufgegriffen haben.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Marianne Wonnay SPD: Jahre zu spät!)

Schauen Sie sich den Haushaltsentwurf einmal daraufhin an, was zum Thema Elektromobilität drinsteht.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Sie kommen doch hinterher wie die alte Fasneth!

Wir werden in diesem Bereich in ganz erheblichem Maß Anstrengungen unternehmen.

Dass das Land Baden-Württemberg nicht innovativ wäre, kann man uns wirklich nicht vorwerfen. Schauen Sie sich einmal an, wie Baden-Württemberg trotz dieser Krise bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung noch immer dasteht. Mit 4,2 % des Bruttoinlandsprodukts marschiert das Land noch immer an der Spitze, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern weltweit.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Reden Sie doch nicht von „weltweit“! Als Heimatforscher von „weltweit“ reden!)

Sie können dann wirklich nicht behaupten, wir hätten nicht verstanden, dass die Innovationspolitik eine wesentliche Voraussetzung für das ist, was Herr Schmiedel vielleicht als eigenständige Antwort hätte formulieren wollen. Denn diese Innovationspolitik, die in Baden-Württemberg in vielen Bereichen beispielgebend ist, ist ein wesentlicher Bestandteil dessen, was wir tun, um dieser Krise zu begegnen.

Weiteres in der zweiten Runde.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Pfister.

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Baden-Württemberg ist groß und stark geworden durch eine starke Industriepolitik, die in diesem Land über Jahrzehnte erfolgreich betrieben worden ist. Dadurch konnten Arbeitsplätze geschaffen und bestehende Arbeitsplätze gesichert werden. Dies muss auch in der Zukunft so bleiben.

Deshalb bin natürlich auch ich froh, dass es gelungen ist, eine Arbeitsplatzgarantie für alle Beschäftigten bei Daimler in Sindelfingen zu erreichen. Meine Damen und Herren, dieser Erfolg hat viele Väter.

Ich sage Ihnen: Die Aufgabenteilung zwischen Wirtschaft und Politik ist eigentlich klar. Wenn ein Unternehmen eine unternehmerische Entscheidung trifft und glaubt, diese auch begründen zu können, dann ist dies eine unternehmerische Entscheidung, bei der sich die Politik zunächst einmal zurückzuhalten hat. Anders ist es, wenn diese unternehmerische Entscheidung dazu führen kann, dass Arbeitsplätze in großem Umfang gefährdet werden. Dann muss sich die Politik zu Wort melden,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Genau!)

ohne Frage.

Genau dies hat die Landesregierung getan, und sie hat es zum richtigen Zeitpunkt, mit dem richtigen Ton und vor allem so angelegt getan, dass am Schluss nicht nur Getöse und Geschrei stehen, sondern Erfolg zu verzeichnen ist.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP: Bravo!)

Unterm Strich wurde erreicht, dass diese Arbeitsplätze bis zum Jahr 2020 gehalten werden.

Ich sage Ihnen aber auch, meine Damen und Herren: Dies genügt mir nicht. Wir befinden uns in einem unglaublichen globalen volkswirtschaftlichen Wandel. Niemand ist in der Lage, seine Hand dafür ins Feuer zu legen, dass die Arbeitsplätze, die wir heute in diesen Industriebranchen und in den industrienahen Branchen haben, automatisch auch in zehn oder 20 Jahren noch vorhanden sein können.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: So ist es!)

Wir haben im Augenblick die Situation, dass die baden-württembergische Wirtschaft eine ganz ordentliche Delle abbekommen hat. Wenn man sich überlegt, woran es liegt, dass das Bruttoinlandsprodukt in Baden-Württemberg im ersten Halbjahr 2009 um sage und schreibe 10 % zurückgegangen ist und auf das ganze Jahr 2009 gerechnet um etwa 7 % zurückgehen wird – im Bundesdurchschnitt beträgt der Rückgang etwa 5 bis 6 %; der Rückgang bei uns ist auf jeden Fall überdurchschnittlich hoch –, dann wird klar: Das hängt natürlich auch damit zusammen, dass Baden-Württemberg sehr stark exportorientiert ist und eine starke Industrieorientierung hat.

Daraus darf man jetzt aber nicht die falschen Schlüsse ziehen. Man darf daraus nicht etwa den Schluss ziehen, dass wir auf diese Industriearbeitsplätze, auf diese industriellen Kerne im Maschinenbau, im Automotivbereich, bei der Elektrotechnik

(Minister Ernst Pfister)

und wo auch immer, verzichten sollten. Das wäre das Dümste, was wir tun könnten.

(Zurufe von der SPD)

Wir müssen uns aber überlegen, wie wir diese Industrien, gewissermaßen diese Industrien der Vergangenheit, hinüber in die Neuzeit bringen können, und die dazu notwendigen Maßnahmen treffen.

Ich glaube, dass die Ausgangsvoraussetzungen dafür überhaupt nicht schlecht sind. Prognos lässt uns in diesen Wochen wissen – Sie haben es gelesen –, dass in Baden-Württemberg die besten Wachstumschancen in Europa vorhanden sind. Ich wiederhole: dass hier die besten Wachstumschancen in Europa vorhanden sind.

Die dieser Tage veröffentlichte Studie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft weist darauf hin, dass Bayern und Baden-Württemberg europaweit die Länder sind, die sowohl von der Wirtschaftskraft als auch von der Innovationskraft her an der Spitze stehen.

Meine Damen und Herren, das hören wir gern, und wir haben dafür auch gearbeitet. Nur: Es sind natürlich Prognosen für die Zukunft, und Prognosen allein reichen nicht aus. Vielmehr müssen wir die Dinge jetzt schon konkret auf den Weg bringen, um den Übergang in diesem Globalisierungsprozess auch tatsächlich zu schaffen.

(Zuruf von der SPD: Welche? Sagen Sie das einmal!)

Darum geht es. – Ich werde gleich darauf zurückkommen.

Es geht also nicht nur um das Sichern von Arbeitsplätzen – ich bin froh, dass dies bei Daimler gelungen ist –, sondern es geht auch um das Schaffen von neuen Arbeitsplätzen. Wie kann dies gelingen?

Es ist aus meiner Sicht kein Zufall, dass vor zwei Tagen der IT-Gipfel in Stuttgart stattgefunden hat und in der letzten Woche fünf Tage lang der Kreativ-Wirtschaftsgipfel in Ludwigsburg mit mehr als 2 000 Gästen aus der ganzen Welt stattgefunden hat. Baden-Württemberg ist der Standort, der dafür geeignet ist, dass neue Wertschöpfungspotenziale ausgeschöpft werden können, z. B. im IT-Bereich. Das hat dieser Gipfel eindeutig gezeigt.

Warum ist der IT-Bereich für Deutschland, für Baden-Württemberg so wichtig? Er ist deshalb wichtig, weil er in der Zwischenzeit eine Querschnittstechnologie geworden ist. Er ist nicht eine Branche per se, sondern eine Querschnittstechnologie. Es wird kein Auto der Zukunft ohne modernste Anwendungen aus der IT-Branche geben. Das gilt für den Maschinenbau und für viele andere Branchen auch.

Auf dem Gipfel in Stuttgart ist deutlich geworden, dass 40 % aller Innovationen, 40 % aller Produktivitätsfortschritte dem IT-Bereich geschuldet sind. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Es ist auch deutlich geworden, dass der IT-Bereich Arbeitsplätze, die in den nächsten Jahren möglicherweise wegfallen, in vollem Umfang kompensieren oder überkompensieren kann. Das ist ein konkretes Beispiel dafür, dass wir auf diese neuen Technologien setzen müssen.

Der Kreativ-Gipfel hat z. B. gezeigt, dass innerhalb kurzer Zeit in Baden-Württemberg 160 000 Arbeitsplätze in diesem Bereich geschaffen worden sind. Das ist ein Umsatzvolumen von rund 20 Milliarden €. Inzwischen entfällt auf die Kreativwirtschaft ein Anteil von rund 6 % am Bruttoinlandsprodukt. Übrigens ist das in keinem anderen Land so ausgeprägt wie in Baden-Württemberg. Das ist ein zweites Beispiel.

Ich nenne diese Beispiele nur, um Ihnen deutlich zu machen: Sichern ist gut, aber neue Arbeitsplätze zu schaffen ist noch besser. Das Land Baden-Württemberg hat hier notwendige Maßnahmen ergriffen.

Ich will darauf hinweisen, worauf es ankommt. Ich behaupte, baden-württembergische Produkte werden nicht deshalb in der Welt nachgefragt und gekauft, weil sie besonders billig sind, sondern sie werden gekauft, weil sie besonders gut sind.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Peter Hofelich SPD: Hervorragend!)

– Natürlich. Das muss man sich vor Augen halten. Denn, Herr Kollege, wir werden nichts daran ändern – wir beide werden nichts daran ändern –, dass Baden-Württemberg auch in der Zukunft ein Hochlohnland sein wird.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Genau! – Abg. Reinhold Gall SPD: Wir wollen nichts daran ändern! Sie schon! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Wenn wir das so zur Kenntnis nehmen, dann müssen wir eben daran arbeiten, dass wir mit unseren Produkten exakt um das Delta besser sind, um das wir teurer sind. Das Saatgut dazu kann nur Forschung und Technologie sein.

Dass das Land Baden-Württemberg heute gut dasteht,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

hängt damit zusammen – Kollege Dr. Rülke hat darauf hingewiesen –, dass dieses Saatgut in der Vergangenheit ausgelegt worden ist. Davon profitieren wir bis zum heutigen Tag. Jetzt wird es darauf ankommen, sich nicht auf diesen Lorbeeren auszuruhen, sondern gewissermaßen neues Saatgut auszugeben. Baden-Württemberg tut das.

Wenn ich Ihnen sage, dass wir trotz einer schwierigen Haushaltslage in Baden-Württemberg in den nächsten Jahren mehr als 200 Millionen € in die Hand nehmen, um beispielsweise unsere wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen – Fraunhofer-Institute und wie sie alle heißen – für die Zukunft fit zu machen, zu modernisieren, auch mit neuem Equipment auszustatten, dann ist das nur ein Beispiel dafür.

Wenn ich Ihnen sage, dass sich die Firma Bosch dafür entschieden hat, am Standort Baden-Württemberg zu bleiben, in Renningen 1 500 Arbeitsplätze im Forschungsbereich zu schaffen, wenn ich Ihnen sage, dass sich Daimler dafür entschieden hat, 3 Milliarden € in die Hand zu nehmen, um den Forschungsstandort zu verbessern und auf den Weg zu bringen, wenn ich Ihnen sage, dass wir in Baden-Württemberg die offensivste Clusterpolitik in Deutschland betreiben, dann sind das weitere Beispiele.

(Minister Ernst Pfister)

Wer den 3. Clusterkongress vor wenigen Tagen besucht hat, konnte zur Kenntnis nehmen, dass uns aus der ganzen Bundesrepublik bestätigt worden ist, dass es nirgendwo eine so offensive Clusterpolitik gibt, das heißt ein Zusammenführen von Wirtschaft, Forschung und Entwicklung, wie dies in Baden-Württemberg der Fall ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Über die letzte Landesinitiative Elektromobilität habe ich Ihnen vor Kurzem intensiv berichtet.

Ich glaube schon, dass wir auch die Industriearbeitsplätze sichern können, aber nur dadurch, dass gerade im Innovations-, Forschungs- und Entwicklungsbereich entsprechende Maßnahmen vorgenommen werden.

An dieser Stelle möchte ich gern auch noch darauf hinweisen: Diese Industriearbeitsplätze, die wir halten, die wir neu schaffen müssen, müssen eine Ergänzung erfahren, gewissermaßen auch als mögliche Kompensation für weggefallene Arbeitsplätze. Das ist der Bereich der Binnenarbeitsplätze, der Binnennachfrage nach Arbeitsplätzen.

Wir haben gestern über Tourismus geredet. Man muss sich immer vor Augen halten: 280 000 Arbeitsplätze im Tourismus in relativ kurzer Zeit sind mehr, als die Automobilbranche und der Maschinenbau haben.

In diesem Zusammenhang muss auch das Handwerk genannt werden, Stichwort „Energetische Sanierung“. Dort gibt es ein unglaubliches Potenzial, auch was Arbeitsplätze angeht.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, das sind Arbeitsplätze, die nicht exportierbar sind, sondern die im Land verbleiben. Das ist eine weitere Möglichkeit, die wir einfach nutzen müssen. Wir müssen uns in dieser Hinsicht vorbereiten und wappnen, damit Arbeitsplätze in der Zukunft nicht wegbrechen.

Herr Kollege Schmiedel, eines kommt noch hinzu – darüber werden wir heute Nachmittag noch diskutieren –: Wir müssen alles versuchen, damit der konjunkturelle Aufbruch, das zarte Konjunkturpflänzlein, das sich im Augenblick auf tut, tatsächlich wachsen und gedeihen kann. Dazu brauchen wir alle andere, bloß keine Kreditklemme.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Deshalb ist es schon richtig, dafür zu sorgen, dass die Liquidität, die wir für diesen Aufschwung dringend brauchen, tatsächlich gewährleistet bleibt.

Was ich nicht verstehe, ist Folgendes: Der Bund hat über eine Staatsbank,

(Abg. Peter Hofelich SPD: KfW!)

die Kreditanstalt für Wiederaufbau, schon vor einiger Zeit dafür gesorgt, dass mehr als 40 Milliarden € zur Verfügung gestellt werden, um Kredite an die mittelständische Wirtschaft zu vergeben. Aber von diesen mehr als 40 Milliarden € sind im Augenblick noch nicht einmal 10 % abgeflossen.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das kann doch nur bedeuten, dass entweder keine ausreichende Nachfrage vorhanden ist oder dass die Konditionen zu schlecht sind.

(Beifall der Abg. Beate Fauser und Dieter Kleinmann FDP/DVP – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Genau!)

Meine Damen und Herren, wenn es so sein sollte, dass die Konditionen zu schlecht sind, dann rate ich uns dringend, nicht jeden Tag eine neue kreditpolitische Sau durchs Dorf zu treiben, sondern dafür zu sorgen – der Staat kann das; die KfW ist eine Staatsbank –, dass die Konditionen so gestaltet werden, dass die Mittelständler eine Chance haben, an solche Kredite heranzukommen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Ich sage noch einmal: Wir können uns wirklich darüber freuen, dass es bei Daimler gelungen ist – meinerwegen mit Anstrengungen aller, ausdrücklich aber auch der Landesregierung; ob Sie mir das glauben oder nicht, ist völlig egal –,

(Heiterkeit – Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Gut!)

dass diese Arbeitsplätze jetzt gehalten werden können. Ich plädiere aber leidenschaftlich dafür, es nicht dabei zu belassen. Wer will, dass Baden-Württemberg auch in der Zukunft ein Modell nicht nur deutscher, sondern europäischer Möglichkeiten ist, wie Theodor Heuss einmal gesagt hat, der muss heute das Saatgut dafür legen, dass Baden-Württemberg auch in Zukunft die Nummer 1 in der Wirtschaftspolitik ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Zustimmung! – Gegenruf des Abg. Peter Hofelich SPD: Was denn?)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte in der zweiten Runde auf drei Themen eingehen, die angesprochen wurden.

Das erste Thema ist die Rolle der Landesregierung. Natürlich konnte kein Mensch annehmen – auch von uns hat das niemand angenommen –, dass in der letzten Woche die Entscheidung von Daimler zurückgenommen würde. Tatsächlich ging es darum, das Schlimmste abzuwenden.

Aber diese Entscheidung hat sich doch schon seit dem Frühjahr angekündigt. Damals hätte die Diskussion beginnen müssen. Da hätte man gegen eine Argumentation gegenhalten müssen, die für Baden-Württemberg höllisch gefährlich ist.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Woher wissen Sie, was da war und nicht war?)

Diese Argumentation heißt: Die Produktion folgt dem Absatz. Wo sind die Wachstumsmärkte der Zukunft? Diese sind in Asien, in Südamerika und dann auch wieder in Nordamerika. Wenn wir uns dem nicht entgegenstemmen, Herr Wirtschaftsminister, dann leisten wir einer Entwicklung Vorschub, die das

(Claus Schmiedel)

Geschäftsmodell Baden-Württemberg infrage stellt. Denn wir leben vom Export.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben darauf hingewiesen: Wir sind mordsmäßig stark in Forschung und Entwicklung, insbesondere in Großforschungseinrichtungen, die zu 90 % vom Bund bezahlt werden. Das ist richtig. Aber das ist doch ein Pfund, mit dem man in solchen Gesprächen mit der Wirtschaft wuchern muss. Man muss sagen: Es geht nicht an, dass wir hier die Forschung voranbringen und sich dann die Produktion abkoppelt. Produktion und Forschung gehören am Standort Baden-Württemberg zusammen, und da haben wir ein starkes Pfund in der Hand.

(Beifall bei der SPD)

Das zweite Thema: Opferrolle. Sie haben darauf hingewiesen, dass die baden-württembergische Wirtschaft in diesem Jahr um 7 % eingebrochen ist. Schauen wir genauer hin: Die Zulieferer verzeichnen einen Einbruch um 20 bis 30 %, im Maschinenbau beträgt er 30 bis 40 %

(Minister Ernst Pfister: Nein, nein!)

und beim Kern, im Maschinenbau für die industrielle Produktion, beim Werkzeugmaschinenbau, 80 % – Einbruch nicht auf 80 %, sondern um 80 %. Ohne Werkzeugmaschinenbau aber – das zeigen andere Länder – folgt keine industrielle Produktion. Überall, wo ich produziere, muss gefräst, gespant und gebohrt werden.

Wenn diese Industriebranchen, Herr Nemeth, einen Einbruch um 80 % haben, dann sind sie in der Opferrolle. Dann können sie sich aus eigener Kraft nicht länger als ein oder eineinhalb Jahre dagegenstemmen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind aber schon ein Jahr in der Krise, und deswegen müssen wir diesen Opfern der Weltwirtschaftskrise helfen.

Jetzt bin ich bei dem eigenständigen Beitrag und bei dem, was Sie „Schmiedel-Fonds“ nennen. Ich habe überhaupt nichts gegen diesen Titel, denn das ist ein ehrenwertes Projekt. Im Gegensatz zu dem, was Sie als Schuldenpolitik vorhaben, die nicht hilft, ist es ein ehrenwertes Projekt.

Damit will ich Ihre Frage beantworten: Sie verstehen nicht, weshalb die Kreditanstalt viele Milliarden Euro Liquidität in die Bankenwelt gibt und diese bei den Unternehmen nicht ankommt. Ich kann es ganz einfach erklären, Herr Wirtschaftsminister: Kredite ersetzen kein Eigenkapital.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Ach!)

Das Eigenkapital ist die Sicherheit der Unternehmen. Wenn das Eigenkapital durch diese Krise weitgehend aufgezehrt ist, dann fehlt die Sicherheit, um nach Basel II noch in den Genuss von Krediten zu kommen.

Deshalb müssen wir nicht die Frage beantworten: Haben sie Liquidität? Jede Volksbank, jede Kreissparkasse hat Liquidität über Einlagen. Auch die Landesbanken haben inzwischen wieder Liquidität. Das ist gar nicht die Frage, sondern die Frage ist: Haben die Unternehmen noch die Bonität, um über Kre-

dite ihre Liquidität sicherzustellen? Deshalb müssen wir ihnen beim Eigenkapital helfen. Das ist die ganz einfache Antwort.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie sich fürchten, mir recht geben zu müssen, dann sollten Sie wenigstens einer Organisation mehr Vertrauen entgegenbringen als der SPD, einer Organisation, die Ihnen vielleicht auch nähersteht, nämlich dem Bund der Selbständigen, der diesen Vorschlag ausdrücklich begrüßt hat. Dann sollten Sie Herrn Hundt Vertrauen entgegenbringen, der bei jeder Gelegenheit genau dieses Thema anspricht.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Beim Landesverband der Industrie war diese Frage nach der Eigenkapitalausstattung wieder das zentrale Thema. Es ist das Thema des nächsten Jahres. Wenn wir warten, bis das Kind in den Brunnen gefallen ist, dann ist es zu spät, um mit Programmen dagegenzuhalten. Jetzt ist es an der Zeit, sich auf eine Entwicklung vorzubereiten,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

die wir brauchen. Wir dürfen nicht nur über Maßnahmen diskutieren, sondern müssen sie beschließen und auf den Weg bringen, damit die Perlen unserer Wirtschaft in Baden-Württemberg gestärkt aus der Krise herauskommen und nicht in die Insolvenz oder in die Überschuldung getrieben werden.

Wir lassen nicht locker. Wir sind uns sicher: Wir haben in dieser Frage die Gewerkschafter und die Betriebsräte auf unserer Seite,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das wundert uns jetzt aber!)

und wir haben die Unternehmer in dieser Frage auf unserer Seite.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Wir haben alle auf unserer Seite!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Nemeth.

Abg. Paul Nemeth CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Frage, über die wir auch diskutieren müssen, ist: War die Entscheidung von Daimler, die Produktion der C-Klasse zu verlegen, eine Eintagsfliege oder nicht? Das ist schon eine wichtige Frage.

Es ist ganz klar, dass Baden-Württemberg ein Exportland bleiben muss, wenn wir hier unseren Wohlstand und die Arbeitsplätze sichern wollen. Es bereitet Sorge und ist eine Gefahr, wenn ein C-Klasse-Fahrzeug hier in Baden-Württemberg 2 000 € teurer ist als in den USA. Das ist bei einem Kurs von 1,25 Dollar je Euro gerechnet.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Im Augenblick haben wir eher einen Kurs von 1,50 Dollar je Euro. Wegen dieser Gefahr und dieser Sorge muss über das Thema politisch diskutiert werden, und es muss auch wirtschaftspolitisch etwas geschehen. Ich glaube, das ist unumstritten.

(Paul Nemeth)

Wir haben hier ein weltweites Cluster, das, glaube ich, in dieser Tiefe und Breite einmalig ist. Wie ist dieses Cluster eigentlich entstanden?

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Vor 100 Jahren hat es mit Erfindern und Unternehmern

(Zuruf des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

wie Daimler, Bosch, Maybach, Benz und vielen anderen begonnen. Dieses Erbe jetzt zu sichern ist die Diskussion der Stunde.

(Unruhe)

Der Wirtschaftsminister hat es ein Stück weit angesprochen. Wir haben doch hier in Baden-Württemberg die einmalige Situation, dass wir nicht nur die Automobilbranche, sondern auch eine sehr starke IT-Branche haben. In Baden-Württemberg sind – ich möchte fast sagen: Gott sei Dank – nur zwei DAX-Unternehmen angesiedelt: Daimler und SAP, Automobil und IT. Hinzu kommen die Hauptverwaltungen und große Niederlassungen von Hewlett-Packard und IBM. Eigentlich haben wir Lösungen für die Themen des modernen Autos, nämlich Telematik, verbesserte Sicherheit und mehr Umweltfreundlichkeit beim Auto, in der Hand.

(Unruhe)

Herr Schmiedel, wenn Sie sagen, dass sich Daimler verabschiede und alles falsch mache, ist das auch nicht ganz richtig.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nein! – Abg. Ingo Rust und Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das hat er doch gar nicht gesagt! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das hat er doch gar nicht gesagt! Sie sollten einmal ordentlich zuhören! Ojemine!)

Daimler investiert im Augenblick über 500 Millionen €, um die weltweite Entwicklung und Forschung in Sindelfingen zusammenzuziehen. Warum wird dies getan? Es wird getan, weil es wichtig ist, eine große Nähe zwischen Entwicklung und Produktion zu haben. Das ist der Transmissionsriemen, der benötigt wird.

Meine Damen und Herren, darin liegt auch unsere Chance. Wir werden immer besser sein müssen als die anderen, und dafür haben wir die Voraussetzungen. Deswegen, glaube ich, ist es falsch, mit Angst zu arbeiten. Wir arbeiten mit Mut und Zuversicht.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Augen zu und durch! Das ist das Einzige, was ihr könnt!)

Wir glauben, dass wir so die Zukunft besser gestalten können, als Sie es hier vorgeschlagen haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mut und Zuversicht sind sicher richtig, Herr Kollege Nemeth. Aber es bedarf auch des Weitblicks und der Weitsicht. Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, müssen Sie annehmen. Sie dürfen sich nicht nur hier hinstellen, Herr Rülke oder Herr Minister Pfister, und versuchen, die Situation schönzureden.

Lassen Sie mich das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung zitieren; das ist ein sehr renommiertes Institut in dieser Republik. Die wichtigsten Themen für die Bundesregierung und die Empfehlung des DIW sind:

In der Klimapolitik beginnt sich das Zeitfenster zu schließen, in dem der Klimawandel in einem noch vertretbaren Rahmen zu halten ist. Es fehlt in Deutschland eine tragfähige Energiestrategie, mit der ein Übergang zu umweltverträglicher Technik ohne ökonomische Verwerfungen erreicht werden kann.

Meine Damen und Herren, das ist die Herausforderung, die wir auch in Baden-Württemberg bewältigen müssen.

(Beifall bei den Grünen)

Da reicht es nicht, Herr Kollege Rülke, jetzt eine Landesinitiative Elektromobilität vorzustellen. Diese hätte vor Jahren kommen müssen. Denn klar ist: Die entscheidenden Modellversuche finden nicht in Baden-Württemberg statt. Sie finden mit Daimler jetzt in Berlin statt.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Und in Baden-Württemberg! Das stimmt nicht! – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Hamburg, überall, nur nicht hier!)

Da müssen bei Ihnen doch alle Alarmglocken schrillen, weil Sie eine wichtige Entwicklung in Baden-Württemberg einfach verschlafen haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen)

Die Landesinitiative Elektromobilität kommt eindeutig zu spät. Wir sind längst von der Entwicklung abgehängt. Damit Baden-Württemberg noch Anschluss bekommt, muss diese Initiative jetzt zügig Fahrt aufnehmen. Sonst bekommen wir in Bezug auf die weltweiten Entwicklungen Probleme – der Export ist wichtig; das haben alle gesagt – und verlieren wichtige Absatzmärkte.

Stattdessen findet im Landtag von Baden-Württemberg ein Schönreden statt. Die Finanzierungsprobleme der Unternehmen, Herr Minister Pfister, werden von Ihnen seit Monaten verharmlost. Erst Anfang Dezember haben Sie endlich verstanden, dass die Kreditversorgung für die Unternehmen schwierig ist, und erst jetzt sagen Sie: Die sinkende Kreditdynamik ist ein eindeutiges Alarmzeichen. Sie haben sehr lange gebraucht, um zu diesem Fazit zu kommen, meine Damen und Herren. Auch da wurde vieles verschlafen.

Wir sind uns mit dem Kollegen Schmiedel darin einig: Das Problem ist das Eigenkapital. Die Unternehmen haben in den Monaten der Krise in Anbetracht von dramatischen Umsatzrückgängen logischerweise ihr Eigenkapital aufgebraucht und haben jetzt ein Problem der Bonität und deswegen ein Problem, an Kredite zu kommen.

(Edith Sitzmann)

Wir haben vorgeschlagen, einen Eigenkapitalfonds einzurichten.

(Minister Ernst Pfister: Haben wir doch! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Die geben aber nur an Erste-Sahne-Unternehmen Geld! – Gegenruf des Ministers Ernst Pfister: Dann müssen sie ihn verbessern!)

Man muss der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft mehr Möglichkeiten geben, mit stillen Beteiligungen das Eigenkapital der Unternehmen zu stärken. Just ein paar Tage, nachdem wir das vorgeschlagen hatten, hat der Minister dann auch in einer Presseerklärung gesagt, dass in diesem Monat, also im Dezember, über die L-Bank der Eigenkapitalfonds um 100 Millionen € aufgestockt wurde. Dann scheint es ja der richtige Weg zu sein.

(Minister Ernst Pfister: Völlig einig!)

Die Frage ist, ob das, was Sie angekündigt haben, tatsächlich reicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen)

Die Landesregierung verschnarcht wichtige Entwicklungen bei der Elektromobilität, sie verharmlost die schwierige Finanzsituation der Unternehmen, und der Ministerpräsident setzt sich dafür ein, dass es keine strengen CO₂-Grenzwerte gibt. Klar ist, dass Baden-Württemberg als Industriestandort so nicht vorankommen kann. Wir haben ein massives Problem, meine Damen und Herren.

Sie haben gelobt, dass bei Daimler in Sindelfingen Forschung und Entwicklung ausgebaut werden sollen. Das ist positiv. Aber die Frage ist: Was passiert denn mit Beschäftigten, die dafür nicht qualifiziert sind, die älter sind? Da haben wir ein Problem. Die Landesregierung hat in Sachen Qualifizierung nichts unternommen. Wenn wir lesen, dass bei 240 000 Menschen, die in Kurzarbeit sind, im dritten Quartal gerade einmal 16 000 an Qualifizierungsmaßnahmen teilgenommen haben,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ein Armutszeugnis!)

dann sehen Sie, dass das eine verpasste Chance für die Beschäftigten ist. Es ist aber auch eine riesige verpasste Chance für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen)

Lassen Sie mich zusammenfassen: Das Land hat viele Stärken. Diese Stärken gilt es zu nutzen. Dafür müssen wir uns den Herausforderungen der Zukunft stellen. Schönreden, Schönbeten und Aussitzen hilft nicht. Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik, die auch eine gute Klimapolitik ist. Beides muss zusammengehen. Dann wird die baden-württembergische Wirtschaft gut und gestärkt aus der Krise herauskommen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Sitzmann, Sie kommen mir mittlerweile vor wie der alte Cato.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Der hatte aber recht!)

Egal, über welches Thema wir diskutieren: Sie sprechen über den Klimawandel.

(Zurufe von den Grünen, u. a. Abg. Franz Untersteller: Für Sie ist das natürlich kein Thema!)

So, wie Cato seine Reden im römischen Senat – egal, worum es ging – mit dem Satz beendet hat: „Übrigens, Karthago muss zerstört werden“, fangen Sie jedes Mal mit dem Thema Klimawandel an.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das stimmt doch!)

Mich wundert, Frau Sitzmann, dass Ihre Freiburger „Jagd“ auf Herrn Friedl nicht auch noch mit dem Klimawandel begründet wurde.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Natürlich ist es richtig, das Thema Elektromobilität zu verfolgen; das tun wir auch. Da behaupten Sie, es sei zu wenig und zu spät.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Das hat Cato auch schon gesagt!)

Aber wir tun es. Sie behaupten, wir würden alles schönreden.

(Zurufe von der SPD und den Grünen)

Selbst Herr Schmiedel hat vorhin dargestellt, dass die Forschungsinfrastruktur in Baden-Württemberg gut ist. Aber er hat uns den Vorwurf gemacht, wir würden das den Daimler-Managern zu wenig erklären, und deshalb würden sie abwandern. Ich glaube, Herr Schmiedel, entscheidend ist nicht die Frage, ob wir es ihnen erklären oder nicht. Entscheidend ist vielmehr die Frage: Was ist vorhanden? Wenn das, was vorhanden ist, gut ist – dass dem so ist, haben Sie vorhin ausgeführt –, dann haben wir, glaube ich, auch beste Chancen, dass die Arbeitsplätze in Baden-Württemberg erhalten bleiben.

Frau Sitzmann, natürlich kann man argumentieren, die Arbeitsplätze in der Produktion des SL bei Mercedes seien keine guten Arbeitsplätze, weil der CO₂-Ausstoß bei der SL-Klasse zu hoch sei.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Genau! Völlig richtig!)

Aber ich glaube, man muss das schon etwas differenzierter sehen. Das tut offenbar selbst Herr Schmiedel.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Bei der Forschungs- und der Bildungsinfrastruktur können Sie doch nicht behaupten, dass wir nichts täten. Wenn vier von

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

neun deutschen Eliteuniversitäten in Baden-Württemberg stehen, können Sie doch nicht sagen, unsere Forschungs- und Bildungsinfrastruktur sei schlecht. Wenn wir 528 Millionen € für eine Bildungsinitiative zur Verfügung stellen, können Sie sagen: „Damit sind wir nicht einverstanden. Das machen Sie falsch.“ Sie wären eine noch schlechtere Opposition, als Sie es ohnehin schon sind, wenn Sie da etwas anderes erzählen würden.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Aber Sie können doch nicht bestreiten, dass das vorhanden ist, meine Damen und Herren. Vor diesem Hintergrund nun immer zu behaupten, wir würden nur alles schönreden, es würde in Baden-Württemberg nichts geschehen, es ginge nichts vorwärts,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Aber so ist es doch!)

widerspricht den Realitäten fundamental.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Aus diesem Grund kann der Wirtschaftsminister Gutachten wie das von Prognos, nach dem die baden-württembergische Wirtschaft die besten Zukunftsaussichten nach dieser Krise hat, zu Recht zitieren.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Sie sind ein Gesundheitsbetreiber! Sie sollten Fraktionsvorsitz machen, nicht gesundbeten!)

Das zu hören passt Ihnen nicht. Aber es ist so, meine Damen und Herren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje! – Abg. Bärl Mielich GRÜNE: So ein dummes Zeug!)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aktuelle Debatte unter Punkt 1 der Tagesordnung ist damit beendet.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Ich darf um Ruhe bitten.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Keine Steuersenkung auf Pump! – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Es gelten die üblichen Redezeiten: fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen, fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

(Zurufe von den Grünen)

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Gesetz, das in wenigen Tagen, am 18. Dezember, im Bundesrat zur Entscheidung ansteht, heißt „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Schauen wir einmal, was es damit auf sich hat. Wir sehen jedenfalls, dass die öffentliche Verschuldung massiv ansteigen wird. Die Landesregierung wird in den nächsten beiden Haushaltsjahren 4,6 Milliarden € neue Schulden machen. Dazu kommen dann die Ausfälle aus den geplanten Steuersenkungen; ab dem Jahr 2011 sind 1,3 Milliarden € beim Land und ca. 1 Milliarde € bei den Kommunen in Baden-Württemberg zu erwarten.

Jetzt nehmen wir einmal optimistischerweise an, dass die Wirtschaftskrise im Jahr 2011 vorbei ist. Dann bleibt im Landshaushalt das strukturelle Defizit von ca. 2 Milliarden €. Wir sehen bis zum Jahr 2020 eine Steigerung der Verschuldung von 43 auf mehr als 80 Milliarden €. Halten die Steuerausfälle aber länger an, dann kommen wir leicht auf 90 Milliarden € im Jahr 2020. Das ist eine Verdopplung der Neuverschuldung im Budget innerhalb von zehn Jahren, und es ist eine Verdopplung der Zinslast von 2 auf 4 Milliarden €.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Ich habe von den Regierungsfractionen noch kein Wort darüber gehört, wie dann noch der grundgesetzlich verankerte Stopp der Neuverschuldung ab dem Jahr 2020 eingehalten werden soll. Ich habe kein Wort darüber gehört, wie dann noch die Kernaufgaben des Landes in Bildung, Forschung, Kinderbetreuung, Klimaschutz erfüllt werden sollen, zumal genau in diesem Zeitraum die Pensionsverpflichtungen richtig zuschlagen werden; dabei geht es bis zum Jahr 2020 um nochmals mindestens 2 Milliarden €.

Dazu kommen die Risiken bei der LBBW, für die wir auch eine Bürgschaft von über 12 Milliarden € ausgesprochen haben. Bewahre Gott, wenn diese Summe oder auch nur Teile davon fällig werden sollten. Und was passiert, wenn die Zinsen steigen? 1 % Steigerung ergibt eine Belastung von weiteren 400 Millionen €. Kann man in einer solchen Situation Steuern senken?

(Abg. Hagen Kluck und Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ja!)

Ist es verantwortungsvoll

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ja!)

und verantwortbar, die Haushalte der öffentlichen Hand in Ansehung der Aufgaben, die vor uns stehen, Herr Rülke, z. B. beim Klimaschutz – auch wenn der Sie überhaupt nicht interessiert – weiter so zu belasten?

(Zurufe der Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel und Beate Fauser FDP/DVP)

Jetzt hat die Regierungskoalition in Berlin sogenannte goldene Regeln zur Haushaltspolitik aufgestellt. Eine dieser Regeln heißt: Alle Maßnahmen stehen unter Finanzierungsvor-

(Winfried Kretschmann)

behalt. Das kann doch sinnvollerweise nur heißen, dass man nicht grenzenlos Maßnahmen auf Pump finanziert.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Macht auch keiner!)

Nur das kann doch der Sinn dieser sogenannten goldenen Regel sein. Was sonst soll Finanzierungsvorbehalt heißen? Doch sicher nicht einfach mehr Schulden machen. Das ist doch dann kein Finanzierungsvorbehalt.

(Beifall bei den Grünen)

Das sind goldene Sonntagsregeln, die mit der Praxis offensichtlich nichts zu tun haben. Aber damit könnte doch der Hinweis gegeben werden, dass man das, was man vor den Wahlen einfach leichtfertig versprochen hat, einer Überprüfung unterzieht und sagt: In dieser Haushaltssituation und angesichts der Einbrüche, die wir haben, können wir das derzeit nicht machen.

Frau Merkel und Herr Oettinger sind herumgelaufen und haben allen erzählt, es werde keine Steuersenkungen auf Pump geben. Jetzt erleben wir genau das Gegenteil: Versprochen, gebrochen.

(Beifall bei den Grünen)

Ministerpräsident Oettinger war lange Zeit noch auf der Seite derer, die vor solchen Steuersenkungen gewarnt haben. Jetzt ist er in das Lager der Fähnchenschwenker übergelaufen, wobei er natürlich die Forderung nach einer Senkung der Mehrwertsteuer für Hotelbesitzer schon immer vertreten hatte. Die Hoteliers sind übrigens die einzige Gruppe, die diese Steuersenkungen überhaupt noch gut findet – die unsinnigste Maßnahme von allen, aber mit riesigen finanziellen Folgen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Alle anderen lehnen das, wenn sie ihre fünf Sinne noch beisammen haben, ab.

Jetzt kommt das gelbe Märchen der Selbstfinanzierung der Steuersenkungen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist doch kein Märchen! Das zeigt die Erfahrung! – Weitere Zurufe von der FDP/DVP)

Jetzt hören wir einmal, was der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzministerium, Professor Fuest, hierzu sagt. Er sagt, dass allerhöchstens die Hälfte der Mindereinnahmen durch Steuerentlastung anschließend durch höhere Steuereinnahmen aufgrund höherer privater Ausgaben und durch Kosteneinsparungen, die sich durch eine geringere Arbeitslosigkeit ergeben, wieder in öffentliche Kassen zurückfließen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das ist doch schon einmal etwas! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Hört, hört!)

Allerdings, so Professor Fuest, müsse man damit rechnen, dass die öffentlichen Hände versuchen werden, die Ausfälle an anderer Stelle zu kompensieren.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Genau das passiert schon. Die Kommunen sind gar nicht in der Lage, diese Ausfälle zu schultern. Hören Sie sich jetzt einmal bei den Kommunen um. Die Kommunen sind gezwungen – denn sie dürfen ja nicht so grenzenlos Schulden machen wie Land und Bund –,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Nicht aufregen!)

Gebühren und Steuern massiv zu erhöhen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Nur da, wo die Grünen die Mehrheit haben!)

Wenn Sie jetzt auf Pump das Kindergeld um 20 € erhöhen, die Kommunen aber gleichzeitig die Kindergartengebühren um 20 € erhöhen müssen, weil sie sonst gar keine genehmigungsfähigen Haushalte zustande bringen,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Die hätten trotzdem erhöht! Natürlich!)

dann heißt das: in die linke Tasche hinein, aus der rechten Tasche wieder heraus.

(Abg. Ingo Rust SPD: „Mehr Netto vom Brutto“ nennt sich das! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Nur: Alle anderen Gebühren – öffentlicher Nahverkehr usw. – müssen dann auch die tragen, die durch Ihre Steuersenkung gar nicht entlastet werden.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Stimmt doch gar nicht! Eine Milchmädchenrechnung!)

Das heißt, das Ganze hat nicht nur überhaupt keine Wachstumseffekte, sondern ist noch dazu sozial ungerecht.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Abwarten und Tee trinken!)

Herr Kollege Mappus, Sie waren gestern zusammen mit dem Kollegen Schmiedel über eine Äußerung von mir höchst beleidigt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Zu Recht!)

Ich habe gesagt: „Im Verwaltungsrat der LBBW herrscht Durchwinkmentalität, sobald der Rubel rollt. Die Aufgabe, hart nachzufragen, wird offenbar nicht wahrgenommen.“

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das gilt auch für die Grünen, die da drinsitzen! – Gegenrufe von den Grünen)

Das haben Sie jetzt dahin gehend missinterpretiert, ich hätte die Aussage intendiert, solange der Rubel in die Taschen der Verwaltungsratsmitglieder rolle, würden diese durchwinken.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Völliger Quatsch!)

Das ist eine völlig abwegige Interpretation.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Ja!)

Natürlich habe ich gemeint: Solange der Laden brummt, solange dort richtig Geld hereinkommt, fragt man nicht nach dem Risiko.

(Beifall bei den Grünen)

(Winfried Kretschmann)

Den Vorwurf, dass Sie in diesem Sinn Durchwinker sind, müssen Sie sich politisch gefallen lassen.

(Abg. Ingo Rust SPD: Was hat das jetzt mit dem Thema zu tun? – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Diesen Vorwurf können Sie gern widerlegen, wenn Sie dazu in der Lage sind.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Jetzt muss ich mich fragen – Sie haben es beleidigt und empört abgelehnt, eine Sondersitzung des Finanzausschusses durchzuführen,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Völlig unsachlich!)

als sei es eine Art Privatvergnügen des Herrn Kretschmann, im Zusammenhang mit der Krise der LBBW Finanzausschusssitzungen abzuhalten.

(Abg. Ingo Rust SPD: Was hat das mit dem Thema zu tun? – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Was hat das mit dem Klimawandel zu tun?)

Herr Kollege Mappus, jetzt muss ich mich nach diesen zornigen Reaktionen von Ihnen natürlich fragen, ob ich Sie noch der Durchwinkmentalität bei den Steuersenkungen bezichtigen darf, oder ob dann Plenarsitzungen abgesagt werden.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Herr Kollege Mappus, ich kann Sie nur dringend auffordern: Winken Sie diese Steuersenkungen nicht durch. Das ginge voll auf Kosten des Landeshaushalts.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Nein!)

Es ginge voll auf Kosten der Kommunen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Nein!)

Es ginge auf Kosten der Zukunftsfähigkeit,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Nein! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

der notwendigen Investitionen in Bildung, Forschung –

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Nein!)

wir haben gerade darüber geredet –, Kinderbetreuung, Klimaschutz. Solche Investitionen können Sie dann nicht mehr vornehmen, ohne den Haushalt völlig an die Wand zu fahren

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

und unseren Kindern und Enkeln Schulden zu überlassen, die sie, weil die Bevölkerungszahl geringer sein wird als heute, viel weniger tragen können, als dies jetzt bei uns der Fall ist.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Bitte die Redezeit beachten, Herr Kretschmann!)

Welchen Sinn soll es denn haben, jetzt auf Pump das Kindergeld und die Kinderfreibeträge zu erhöhen und die Steuern zu

senken? Dieselben Kinder müssen das Ganze in zehn, 20 Jahren als höhere Schulden zurückzahlen. Das ist doch eine völlig irrationale Politik.

(Beifall bei den Grünen)

Ich fordere Sie, Herr Kollege Mappus, deswegen auf: Denken Sie darüber nach. Ihr Vorgänger Teufel hat immer gesagt: Erst das Land, dann die Partei, dann die Person. Halten Sie sich in diesem Fall an diese Losung.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Deswegen brauchen wir Steuersenkungen! – Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP meldet sich.)

Dann ist dem Land gedient.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Glocke des Präsidenten – Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Herr Kretschmann, Sie wissen offenbar gar nicht, dass es häufig Private sind, die investieren! Das haben Sie wohl noch gar nicht mitbekommen! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Herr Mappus hört nicht einmal zu! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Präsident Peter Straub: Ich erteile Herrn Abg. Klaus Herrmann das Wort.

(Unruhe)

Abg. Klaus Herrmann CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kretschmann, Sie haben über das Wachstumsbeschleunigungsgesetz gesprochen. Sie haben eigentlich alles daran kritisiert, aber Sie haben kein Wort dazu gesagt, wie wir aus der stärksten Wirtschaftskrise, die wir auch im Land Baden-Württemberg haben, herauskommen sollen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Aber doch nicht mit dem DEHOGA-Blödsinn!)

Als die Grünen im Bund mitregiert haben, hatten wir keine Wirtschaftskrise, aber Sie haben auch damals Schulden in Milliardenhöhe aufgetürmt, für die wir noch heute Zinsen zahlen müssen. Auch das ist Teil der Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Die CDU/FDP-Koalition hat im Koalitionsvertrag festgelegt, dass wir effiziente Maßnahmen ergreifen wollen, um diese Wirtschaftskrise zu überwinden. Dazu gehört eine Stärkung der Unternehmen, dazu gehört, dass wir Familien mit Kindern stärker unterstützen und entlasten.

(Abg. Bärl Mielich GRÜNE: Aber das tun Sie doch gar nicht! – Zurufe von der SPD)

– Genau das tun wir jetzt.

(Abg. Bärl Mielich GRÜNE: Nein, das tun Sie nicht! Wo denn?)

Wesentliches Ziel einer zukunftsgerichteten finanzpolitischen Strategie muss es sein und ist es durch dieses Gesetz, dass wir die Tragfähigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung durch die

(Klaus Herrmann)

Stärkung der Wachstumskräfte absichern. Wir werden die Familien durch die Erhöhung der Freibeträge und durch eine Erhöhung beim Kindergeld entlasten. Lieber Herr Kretschmann, wir haben vor der Wahl versprochen, dass wir jene entlasten, die seit Jahren die Hauptlasten in diesem Staat tragen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehr gut!)

Wir entlasten diejenigen, die morgens aufstehen, zur Arbeit gehen, ihre Kinder erziehen. Das haben wir versprochen und halten es jetzt auch.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das gilt im Übrigen auch für Alleinerziehende; denn durch die Erhöhung des Freibetrags für die Betreuung, für Erziehungszeiten und für den Ausbildungsbedarf entstehen bereits ab einem Jahreseinkommen von 15 660 € Steuervorteile.

(Zuruf von der SPD)

Wir entlasten also auch Eltern mit geringem Einkommen.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Sie entlasten die Besserverdienenden, nicht umgekehrt!)

Meine Damen und Herren, Flexibilität ist auch ein Punkt dieses Gesetzes, indem nämlich das Grunderwerbsteuerrecht umgestaltet wird, damit Grundstücksübergänge begünstigt werden, wenn sie für Umstrukturierungen in Unternehmen erforderlich sind.

Ein weiterer Punkt ist enthalten: Wir ändern endlich die mit der SPD nicht vernünftig machbare Erbschaft- und Schenkungsteuerreform.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da wart ihr doch dabei!)

Nun können auch Geschwister, Nichten und Neffen bei Betriebsübergängen besser eingebunden werden. Auch das ist ein wichtiger, in die Zukunft gerichteter Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Dieter Hillebrand CDU – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehr gut! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Ein einzelner Fan klatscht!)

Es bleibt ein Punkt: Die Einnahmen des Landes werden im nächsten Jahr um 175 Millionen € und die der Kommunen um 146 Millionen € zurückgehen. Das will ich überhaupt nicht in Abrede stellen. Aber mehr Wachstumskräfte zu generieren bedeutet auch, dass es in der nächsten Zeit Mehreinnahmen gibt. Eine ökonomische Grundwahrheit lautet eben, dass es ohne Wachstum keine Nachfragebelebung gibt. Ohne Wachstum keine Arbeitsplätze, ohne Wachstum keine Kaufkraftmehrung, keine Investitionen und, Herr Kretschmann, auch keine Haushaltskonsolidierung.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Aus diesem Grund gibt es für uns keinen Widerspruch zwischen der Haushaltskonsolidierung und der Unterstützung von Wachstumsimpulsen in der Wirtschaft.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich stelle als Fazit fest, dass wir an wichtigen Stellen schnelle Impulse setzen, dass wir zu unternehmerischen Investitionen ermutigen und dass wir die Konsumnachfrage stärken. Damit schauen wir nach vorn, besinnen uns auf unsere Stärken und packen die Herausforderungen, die vor uns stehen, auch mutig an. Ob, in welchem Umfang und vor allem wie schnell das Gesetz Wirkung zeigen wird, ist offen; aber, Herr Kretschmann, schlechter ist es, nichts zu tun und nur darauf zu hoffen, dass es besser wird.

Wir tun etwas; wir gehen einen mutigen Schritt voran. Das ist besser als Jammern und schlichte Mangelverwaltung, so, wie Sie es zuvor hier am Rednerpult dargestellt haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehr gut!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rust.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Jetzt einmal zur Sache, Ingo!)

Abg. Ingo Rust SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einleitend: Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz der schwarz-gelben Bundesregierung ist von vorn bis hinten eine Mogelpackung.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist eine richtige Volksverdummung!)

Es ist kein Wachstumsbeschleunigungsgesetz,

(Widerspruch bei der CDU und der FDP/DVP)

sondern es ist ein Schuldenbeschleunigungsgesetz, ein Investitionsverhinderungsgesetz, ein Bürokratieaufbaugesetz und ein Gesetz, das der sozialen Umverteilung dient.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Richtig!)

Lassen Sie mich dazu ein paar Beispiele bringen.

Kindergelderhöhung und Erhöhung des Kinderfreibetrags: Dass die FDP als Klientelpartei sich ein solches Ziel setzt, kann ich noch einigermaßen nachvollziehen. Dass aber eine Partei wie die CDU, die sich, wie wir gestern vom Kollegen Palm wieder gehört haben, der christlichen Sozialethik verpflichtet fühlt, eine solche Regelung mitmacht, kann wirklich niemand nachvollziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Was Sie wollen, ist das Ausplündern der Mittelschicht!)

Diese Regelung führt nämlich dazu, Herr Kluck, dass Großverdiener durch die Anhebung des Kinderfreibetrags bis zu 400 € mehr im Jahr für ihr Kind bekommen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Rülke bekommt 400 € mehr! – Abg. Norbert Zeller SPD: Ein Hartz-IV-Empfänger bekommt gar nichts!)

Ein normaler Durchschnittsverdiener bekommt durch die Kindergelderhöhung für sein Kind jedoch nur 240 € mehr im Jahr,

(Ingo Rust)

und ein Hartz-IV-Empfänger bekommt für sein Kind überhaupt nichts zusätzlich.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist eine Sauerei! – Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE – Abg. Hagen Kluck und Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist eure Hartz-IV-Regelung!)

Meine Damen und Herren, diese Regelung hat nichts mit einer christlichen Sozialethik zu tun; denn sie ist weder christlich noch sozial, noch ethisch.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Sabine Fohler SPD: Bravo!)

Herr Mappus, Sie müssen den Menschen draußen schon einmal erklären, dass ein zukünftiger Ministerpräsident für sein Kind 400 € mehr bekommt, sein Fahrer als Durchschnittsverdiener jedoch nur 240 € mehr bekommt, und die Reinigungskraft, die Hartz-IV-Unterstützung erhält, überhaupt nichts mehr bekommt. Sie müssen begründen, warum die Kinder unterschiedlich viel wert sind.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ihr habt doch Hartz IV eingeführt!)

Nun zum zweiten Punkt, der angesprochen wurde, nämlich zur Absenkung des Mehrwertsteuersatzes im Hotelgewerbe. Mit dieser Regelung haben Sie nun wirklich den Vogel abgeschossen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Ja!)

Blicken wir einmal zurück. Die FDP ist im Wahlkampf durchs Land gezogen und hat gesagt: „Wir senken den Mehrwertsteuersatz für das Hotel- und Gaststättengewerbe.“

(Abg. Stefan Mappus CDU: Hoffentlich sagt er das auch beim DEHOGA! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Mal sehen, was er da erzählt!)

– Hören Sie zu: „für das Hotel- und Gaststättengewerbe“. Was haben Sie aber gemacht? Sie haben ihn für das Hotelgewerbe gesenkt. Was ist denn mit dem Gaststättengewerbe?

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das kommt noch! – Weitere Zurufe – Lebhaftige Unruhe)

– Das kommt also noch? Sehr gut. Ich sage Ihnen, was passiert ist. Sie haben nach der Wahl einmal angefangen zu rechnen, was Ihre Versprechungen eigentlich kosten,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wir haben einen Koalitionsvertrag!)

und haben gemerkt, dass Sie es eigentlich nicht finanzieren können. Daraufhin haben Sie es zurückgezogen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es! Zurückgezogen!)

Unsinnig ist diese Regelung, weil Sie erklären müssen, warum für die Übernachtung in einem Hotel jetzt ein Mehrwertsteuersatz von 7 % anfällt, für den Saunabesuch oder für das Frühstück aber ein Mehrwertsteuersatz von 19 %. Und dann behaupten Sie auch noch, die Speerspitze des Bürokratieabbaus zu sein. Die Bürokratie, die nun zusätzlich für die Hoteliers entsteht, haben Sie zu verantworten, meine Damen und Herren von der FDP.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sie haben aber wahrscheinlich noch gar nicht gemerkt, dass diese Regelung für Ihre Klientel Mehrbelastungen bedeutet.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Herr Zimmermann ist auch wieder einmal da? Mein Gott!)

Wenn Sie als Unternehmer in einem Hotel übernachten, sind Sie durch diese Regelung wirklich schlechtergestellt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Eine Zusatzsteuer für Unternehmer!)

Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband hat nämlich bereits prognostiziert, dass die Hotelpreise dadurch nicht sinken werden, Herr Mappus.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das heißt, Sie wollen den Hoteliers mehr geben. Das wird natürlich auch eintreten, aber die Unternehmer, die bisher durch den Vorsteuerabzug bei geschäftlich bedingten Hotelübernachtungen die Mehrwertsteuer zurückbekommen haben, zahlen im Endeffekt jetzt mehr, weil die Mehrwertsteuer weniger wird,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das zahlen die doch gar nicht!)

der Hotelpreis aber gleich bleibt. Die Hotels werden also nicht günstiger, und die Unternehmer zahlen im Hotel mehr.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Stefan Mappus CDU: Woher wissen Sie das eigentlich, bevor es kommt?)

– Ich vertraue da dem Hotel- und Gaststättenverband, Herr Mappus. Das ist seine Prognose.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Bei Ihrer Logik müsste man die Mehrwertsteuer erhöhen! – Gegenrufe von der SPD – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

– Herr Zimmermann, hören Sie mir einmal zu.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Hören wir uns einmal an, was im Deutschen Bundestag dazu gesagt worden ist.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Von wem?)

(Ingo Rust)

Ich zitiere:

Die in Art. 5 vorgesehene Ermäßigung des allgemeinen Mehrwertsteuersatzes für das Beherbergungsgewerbe lehne ich ab. Sie ist steuersystematisch willkürlich, in der Abgrenzung verbundener Leistungen nicht praktikabel, schafft zusätzliche Bürokratie und unsinnige Einkommenseffekte. Eine „Wachstumsbeschleunigung“ ist von dieser Regelung nicht zu erwarten.

Das war Dr. Norbert Lammert, CDU.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Claus Schmiedel SPD: Aha! – Weitere Zurufe
von der SPD und den Grünen)

Noch ein Zitat – jetzt hören Sie gut zu –:

Das Land Schleswig-Holstein hat sich verpflichtet, bis 2020 einen ausgeglichenen Landeshaushalt zu erreichen.

– Anmerkung von mir: Baden-Württemberg auch. – Dann weiter:

Die CDU/FDP-Landesregierung bekennt sich zu diesem Ziel, und wir wollen sie dabei unterstützen. Dieses Ziel kann jedoch nur erreicht werden, wenn durch Entscheidungen des Bundes nicht zusätzliche Belastungen für den Landeshaushalt eintreten.

So Aschenberg-Dugnus, Blumenthal, Happach-Kasan und Koppelin, alle für die FDP im Deutschen Bundestag. Recht haben sie.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Manchmal hilft auch ein Blick in die Geschichte.

(Zuruf von der SPD: Hoi!)

Ich erinnere mich, vor etwa 15 Jahren hat der ehemalige Kanzler Kohl zu dem mitregierenden Klaus Kinkel gesagt: Geld für Steuersenkungen ist nicht da.

Ich erinnere mich höchstpersönlich, in diesem Haus – das muss etwa 1997 gewesen sein – hat der damalige Finanzminister Mayer-Vorfelder gesagt: Wenn wir diese Steuersenkung machen, würde das das Land 200 Millionen kosten. Das können wir uns nicht erlauben.

Ich weiß auch sehr genau: Zwei Jahre später waren die Steuereinnahmen um mindestens diesen Betrag geringer, aber wir hatten keinen Wachstumsimpuls, weil man nämlich nichts gemacht hatte.

(Unruhe bei der SPD – Abg. Walter Heiler SPD: Was war denn da?)

Die Jahre darauf sind die Steuereinnahmen stetig gestiegen, und zwar bis heute. Wir haben in diesem Jahr die dritthöchsten Steuereinnahmen im Bundesgebiet überhaupt.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Die ganze gute Zeit wohlsprießender Steuern ist nicht genutzt worden, um am System etwas zu ändern, sondern vor allem Rot-Grün hat alles getan, was man tun kann, um Ausgabemehrung zu betreiben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP zu der SPD und den Grünen: Jawohl! Ihr habt versagt!)

Aufgabe der Politik ist es allerdings nicht, Wohltaten zu verteilen. Aufgabe der Politik ist es, vernünftige Rahmenbedingungen zu schaffen, die auch in der Zukunft Wohlstand ermöglichen. Denn nur dann wird daraus ein vernünftiger Stiefel.

Deswegen können wir gerade jetzt, in schwierigen Zeiten mit Defiziten, nicht zuwarten, „bis eines Tages der Wind dreht und aus den Weiten der Weltwirtschaft Wachstum über uns kommt“, wie es der Kollege Solms einmal im Bundestag formuliert hat. Nein, der Wind wird uns die leeren Kassen nicht auffüllen. Das haben die letzten 20 Jahre gezeigt. Wir müssen jetzt etwas tun, und das machen wir über dieses Wachstumsbeschleunigungsgesetz.

Weil Sie einiges angegangen sind, niedergemacht haben, möchte ich jetzt noch dazu Stellung nehmen. Frau Sitzmann hat in der letzten Debatte gesagt: „Schönreden hilft nichts.“ Damit hat sie wohl recht. Aber was es schlimmer macht, ist die Schlechtredei, die Sie nun massiv betreiben, indem Sie alles kaputtreden. Dafür tragen Sie auch die Verantwortung. Dessen sollten Sie sich einmal bewusst sein.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Genau!)

Aber nun zum Thema Kindergeld, Kinderfreibetrag. Herr Kollege Rust, gerade Sie müssten doch eigentlich wissen, dass nicht die Politik die Wertverhältnisse zwischen Kindergeld und Kinderfreibetrag festlegt, sondern dass uns da das Verfassungsgericht eine genaue Regel gegeben hat.

(Abg. Ingo Rust SPD: Aber nicht den Betrag!)

– Aber die Verhältnisse zueinander sehr wohl.

(Abg. Ingo Rust SPD: Falsch!)

Jetzt muss ich Ihnen eines dazu sagen: Für uns ist auch klar, dass eine Reform des Steuerrechts nicht nur eine Senkung der Beträge bedeuten muss, sondern auch bedeuten muss, dass man Steuervorteile abbaut. Das betrifft dann genau die höheren Einkommensgruppen. Aber wenn niemand mitmacht – wie das im Moment der Fall ist –, ist das schwierig. Da wirkt sich das so aus. Wenn wir ein klares, vereinfachtes Steuerrecht haben, dann sind viele Steuervorteile für Gutverdienende weg; dafür zahlen sie aber vom Rest wirklich nur einen niedrigen Beitrag.

(Zuruf der Abg. Marianne Wonnay SPD)

(Heiderose Berroth)

Das ist das, was wir für ein einfaches und gerechtes Steuerrecht halten. Bei dieser Zielsetzung haben Sie das Problem dann nicht mehr.

(Zurufe von der SPD)

Das andere Thema ist die Mehrwertsteuer. Da haben Sie eine besonders schöne Milchmännerrechnung aufgestellt, Herr Rust. Sie sagen, die Betriebe könnten das nicht mehr abziehen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ist Ihnen vielleicht aufgefallen, dass die das auch gar nicht bezahlt haben? Man kann doch nicht eine Vorsteuer abziehen, die man gar nicht bezahlt hat.

(Abg. Ingo Rust SPD: Deswegen wird der Preis teurer!)

– Nein, es wird nicht teurer. Entschuldigung, sie haben doch gar nicht die Ausgaben gehabt. Was sollen sie denn dann abziehen können? Das ergibt doch überhaupt keinen Sinn.

(Zurufe von der SPD)

Es ist sowieso spannend: Wir bekommen immer wieder massenhaft Erklärungen, was alles nicht gehe.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Das hilft nicht weiter. Das hat in den letzten 20 Jahren nicht weitergeholfen. Jetzt ist es notwendig, dass wir endlich einmal etwas tun, dass wir dann sehen, dass sich etwas bewegt, dass Wachstum entsteht.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Das hat sich weltweit als richtig erwiesen,

(Abg. Peter Hofelich SPD: Einkommensteuer gesenkt! Rot-Grün!)

wirklich weltweit. Natürlich gibt es immer auch Gutachten dagegen. Aber wenn Sie einmal die Statistik dessen, was tatsächlich gelaufen ist, anschauen, sehen Sie, dass die Volkswirtschaft weltweit nach Steuersenkungen in Schwung gekommen ist

(Abg. Andreas Stoch SPD: Jeder Volkswirt sagt, dass das Mist ist!)

und dass dadurch in der Summe mehr Steuereinnahmen erzielt wurden

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

und zusätzlich auch mehr Geld in die Sozial- und in die Arbeitslosenversicherung geflossen ist und weniger aus der Arbeitslosenversicherung gezahlt werden musste. Deshalb ist dies ein wichtiges Konzept, und das Wachstum wird durch diese Konzeption angestoßen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Dass damit auch noch eine Korrektur der Erbschaftsteuer verbunden ist, ist uns besonders wichtig, weil dies gerade Baden-Württemberg massiv trifft.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Wir haben da jetzt die schlimmsten Teile bei der Unternehmensnachfolge herausgenommen. Endlich brauchen Geschwister nur noch einigermaßen erträgliche Beträge für die Erbschaftsteuer zu zahlen und werden nicht total abgezockt. Dies sind wichtige Beiträge dieses Gesetzes, und wir stehen vollständig dahinter. Wir werden es machen, und wir werden Ihnen in zwei Jahren beweisen, dass das gestimmt hat, was ich vorhergesagt habe.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! – Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Finanzminister Stächele.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Steuern runter!)

Finanzminister Willi Stächele: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer derzeit politische Verantwortung ernst nimmt, weiß ganz genau, worum es jetzt geht: erstens die Wirtschaft aus der Krise herausführen, zweitens Arbeitsplätze sichern und gerade deswegen Wachstum beschleunigen. Dabei kann man immer über den Weg diskutieren. Aber man kann nicht endlos diskutieren. Irgendwann muss gehandelt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

CDU, CSU und FDP handeln. Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei der CDU)

Es lohnt sich, noch einmal aufzuzeigen, was bis jetzt in Stufen getan wurde, um der Wirtschaftskrise Herr zu werden. Wir haben Konjunkturpakete, die gerade dieser Tage in einer Studie als weltweit die besten dargestellt worden sind. Was steckt dahinter? Zum einen das, was schon jetzt wirksam ist bzw. zum 1. Januar 2010 wirksam wird, nämlich Steuermaßnahmen in einem Volumen von insgesamt 23,2 Milliarden €. Dem Konjunkturpaket I in Höhe von 5,7 Milliarden € ist wohl nicht widersprochen worden, obwohl auch dazu schon Geld am Kapitalmarkt aufgenommen werden musste. Hinzu kam das Familienleistungsgesetz mit 2,2 Milliarden €, und richtigerweise gab es auch dagegen keinen Widerspruch. Schließlich gab es das Konjunkturpaket II mit 5,6 Milliarden €. Letztlich gab es das Bürgerentlastungsgesetz – das betrifft etwa die Krankenversicherung; die Neuregelung war zugegebenermaßen vom Bundesverfassungsgericht vorgegeben – mit round about 10 Milliarden €.

Kurzum: Das alles sind richtige Konjunkturpakete, die zum Teil auf Bundesratsanträgen gefußt haben, die wir selbst aus Baden-Württemberg heraus gestellt hatten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will auf diese ganzen Pakete gar nicht mehr eingehen, weil sie richtig wa-

(Minister Willi Stächele)

ren, aber ich will betonen: Es gibt einen Konsens darüber, dass wir in Sachen Arbeitsplätze etwas tun müssen, und ein jeder wusste, dass diese Stufen nur im Wege der Aufnahme neuer Schulden möglich sind.

Jetzt kommen das Bürgerentlastungsgesetz mit der steuerlichen Abzugsfähigkeit der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge und das Wachstumsbeschleunigungsgesetz hinzu, meine sehr geehrten Damen und Herren. Herr Rust, Sie haben gesagt, das Wachstumsbeschleunigungsgesetz sei eine Mogelpackung.

(Abg. Ingo Rust SPD: Von vorn bis hinten!)

Das können Sie doch nicht ernst gemeint haben.

(Abg. Ingo Rust SPD: Doch! Absolut!)

Dann würden Sie sich selbst widersprechen. Denn dieses muss zumindest in Teilen von der Sozialdemokratie angenommen werden können.

Ich will im Einzelnen darauf eingehen:

Das Erste: Bei diesen 8,5 Milliarden € geht es darum, der mittelständischen Wirtschaft gerade auch in Baden-Württemberg zu helfen. Da geht es um die Stärkung der Liquidität. Das ist für Sie ein Fremdwort, ein Nullum, eine Mogelpackung. Sagen Sie das draußen unseren Unternehmern, dass Sie das für eine Mogelpackung halten, wenn ihnen geholfen wird, eine ganz schwierige Wirtschaftskrise durchzustehen!

(Lachen der Abg. Andreas Stoch und Claus Schmiedel SPD)

Ich würde sagen: Das ist eine peinliche wirtschaftspolitische Aussage der SPD. Aber es ist so; es tut mir leid.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das Zweite sind die Gewerbesteuererleichterungen. Sagen Sie draußen, dass Sie das für eine Mogelpackung halten. Zu sagen: „Weg damit! Bleibt stecken, wo ihr seid. Wir denken gar nicht daran, euch bei der Überbrückung zu helfen. Die Arbeitsplätze sind uns wurst“, das kann es doch nicht sein. Ist das die Mogelpackung?

Das Dritte sind die notwendigen Umstrukturierungen. Die sind ganz wichtig. Das gilt auch für den Kauf anderer Unternehmen: Unternehmen zusammenführen, alles erleichtern, was dem Arbeitsmarkt dient. Ist das eine Mogelpackung, Herr Rust? Das kann es doch nicht sein. Irgendwo haben Sie sich da vertan.

(Abg. Ingo Rust SPD: Sagen Sie doch etwas zu den Beispielen, die ich genannt habe!)

– Ich komme gleich darauf. – Man kann aber nicht „Mogelpackung“ sagen und sich dann entfernen, in die Büsche schlagen, wenn es um ganz konkrete Bestandteile des Gesetzes geht, die den Arbeitsplätzen dienen. Das war zu einfach. Ich kenne Sie sonst anders.

Jetzt komme ich zur Familienunterstützung. Man kann ja immer wieder sagen: Die Freibeträge lohnen sich mehr für den, der mehr Steuern zahlt, und weniger für den, der weniger oder gar keine Steuern zahlt. In der Tat, das ist das System. Es gibt viele, die gar keine Steuern zahlen. Diese können nicht jammern, wenn sie dann auch nicht von Steuern freigestellt werden.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Aber Kindergeld ist keine Steuer!)

– Moment. Lassen Sie mich noch eines sagen. Es ist durchaus möglich, dieses System zu kritisieren. Aber dann muss man das System ändern. Sie hatten acht Jahre Zeit, die Freibeträge abzuschaffen, und haben nichts gemacht. Dann stellen Sie sich bitte nicht hierher und sagen: Das alles ist des Teufels. Das ist im Grunde ideologischer Wirrwarr, der hier vortragen wird, der aber nichts damit zu tun hat, dass Familien dringendst entlastet werden müssen. Ich sagen Ihnen, auch diejenigen, die keinen Freibetrag erhalten, sind höchst dankbar, wenn sie 20 € mehr Kindergeld bekommen, weil sie genau wissen: Es fehlt vieles in der Tasche durch Kurzarbeit.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Die zahlen keinen Beitrag!)

Wichtig ist, dass man nicht wegsieht, sondern dass man den Familien hilft und das nicht als Mogelpackung bezeichnet.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Dann kommen wir zur „Mogelpackung“ Erbschaftsteuer. Es gibt Leute, die sagen: Schafft die Erbschaftsteuer ganz ab.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Richtig!)

– Aber dann brauchen wir die 600 Millionen €, Kollege. Die FDP möge ein paar Vorschläge unterbreiten.

(Vereinzelte Beifall – Abg. Ingo Rust SPD: Sehr gut!
– Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Machen wir!)

In diesem Wachstumsbeschleunigungsgesetz sind auch die notwendigen Korrekturen an der Erbschaftsteuerreform enthalten. Alle miteinander haben gesehen: Das mit der Lohnsumme geht so nicht. Dass im Tarif der Steuerklasse II Geschwister, Neffen und Nichten nicht benachteiligt werden dürfen, haben wir auch erkannt. Da waren wir uns auch einig. Auch das sehen Sie als Teil dieser „Mogelpackung“ an, obwohl wir uns einig waren, dass da etwas geändert werden muss.

Jetzt – darauf freue ich mich – kommt die Geschichte mit der Hotellerie, mit den Übernachtungen. Schon bevor dieses Gesetz angedacht war, hatten wir im Bundesrat den Antrag gestellt, die Wettbewerbsungleichheit zu beseitigen. Ich weiß nicht, wie Sie damals dazu standen. Aber ich war wirklich ernsthaft der Überzeugung, man kann nicht ohne Weiteres sagen: „Das juckt mich wenig“, wenn für die deutschen Hotelbetriebe entlang der Schweizer Grenze und entlang der Grenze zum Elsass erhebliche Wettbewerbsnachteile beste-

(Minister Willi Stächele)

hen, weil die Mehrwertsteuersätze im Nachbarland – in Frankreich wurde der Satz für die Gastronomie sogar auf 5,5 % gesenkt – viel geringer sind.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Schweizer essen doch in Deutschland! Die essen in Konstanz! – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

– Moment, ich mache gleich eine Einschränkung. Man kann natürlich die Befürchtung haben, dass sich das nicht ohne Weiteres auf die Preise durchschlägt, die Preise für Hotelübernachtungen also nicht automatisch sinken.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Ingo Rust SPD: DEHOGA sagt das!)

– Dann müssen Sie aber die DEHOGA komplett zitieren.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das heißt „der DEHOGA“, nicht „die DEHOGA“!)

DEHOGA sagt: Möglicherweise schlägt es sich nicht im Preis nieder, weil alle unsere Gastronomie- und Hotelbetriebe dringendst Eigenkapital brauchen, Geld, damit notwendige Investitionen vorgenommen werden können. Das ist der zweite Teil der DEHOGA-Aussage; den darf man nicht unterschlagen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: So ist es!)

Ich sage Ihnen Folgendes: Sollte es tatsächlich nicht im Preis erkennbar werden, aber sich das ganze gute Geld in Handwerkeraufträgen niederschlagen, wäre ich auch zufrieden. Wer sich europaweit auskennt und weiß, welche Standards mittlerweile angeboten werden – ich erinnere z. B. an Tirol: Höchstleistungen an Investitionen in den letzten Jahren –, der weiß auch, dass wir in unserem Bereich nicht mehr flächendeckend mithalten können, dass kaum mehr Investitionen in die Attraktivität, in die Wettbewerbsfähigkeit unserer Hotels getätigt werden konnten. Eine Umfrage in Bayern zeigte übrigens ganz eindeutig, dass Investitionen in Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität und der Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr möglich gewesen sind, weil einfach das Geld gefehlt hat. Wenn es also in Investitionen einmündet, hätte ich gar nichts dagegen, und unsere Handwerker würden dafür danken. Sagen Sie den Handwerkern, dass selbst das für Sie eine Mogelpackung ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Bravo! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sie wissen aber schon, dass die Kreuzlinger in Konstanz essen und nicht die Konstanzer in Kreuzlingen!)

– Herr Kretschmann, jetzt kommen Sie zum Essen. Vielleicht noch einmal zur Information: Es wird nicht die Gastronomie entlastet, sondern der Hotelbetrieb durch eine Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes für Übernachtungen.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Eine Senkung des Mehrwertsteuersatzes könnte in der Tat Investitionsmittel für sehr viele Betriebe im Schwarzwald oder auf der Schwäbischen Alb freimachen.

Auch das ist ein Beispiel, das aufzeigt, wie dringend nicht nur beim Übergang Hilfe benötigt wird. Es gibt auch unwahr-

scheinlich viele Nachfolgesituationen in der Gastronomie. Wir haben ein Förderprogramm der L-Bank aufgelegt. Gerade einmal 3 Millionen € konnten wir als Zinshilfen aktivieren. Dieses Geld ist uns förmlich aus den Händen gerissen worden, weil die meisten – ich empfehle Ihnen, mit den Inhabern von Hotelbetrieben zu sprechen – wissen, dass sie an der Überlebenskante angekommen sind: Entweder sie können investieren, den Tapezierer holen, neue Badeeinrichtungen schaffen, oder sie haben überhaupt keine Chance mehr, wenn sie nicht im Premiumsegment sind, weiter am Markt zu bestehen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das ist die Ausgangslage. Deswegen stehe ich mit aller Kraft dahinter, dass man das als wichtige Maßnahme für das Tourismusland Baden-Württemberg sehen sollte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

War es nicht Herr Gabriel, der im deutschen Fernsehen die lustige Aussage getroffen hat: „Das würde den Tod der Handwerker bedeuten“? Daran merkt man, dass er „Mundwerker“ und kein Handwerker ist.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP)

Sonst hätte er wissen müssen: Alles, was für mögliche Innovationsinvestitionen freigesetzt wird, dient der Sache. Deswegen lautet meine dringende Empfehlung, noch einmal zu überdenken, ob dies wirklich eine Mogelpackung ist.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Natürlich!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt noch einmal zum Arbeitsmarkt: Ich weiß gar nicht, warum man sich da so querstellen kann.

(Zuruf des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Es ist ein überschaubarer Betrag, der aber an allen Ecken und Enden den Arbeitsplätzen dienen kann.

Wir hatten dieser Tage ein Gespräch mit Frau Strobel, der Regionaldirektorin der Agentur für Arbeit in Baden-Württemberg. Eine geradezu erschreckende Aussage war, dass sich selbst dann, wenn wir im nächsten Jahr 2,5 % Wachstum generieren könnten, die Arbeitslosenzahl bei uns in Baden-Württemberg um 16 % erhöht. Das heißt, die Zahl der Arbeitslosen steigt von 280 000 auf 330 000 – trotz eines Wachstums von 2,5 %! Jetzt müssen all diejenigen, die Unterlassungssünden begehen wollen, sich darüber klar werden, dass sie dann dafür verantwortlich sind, wenn wir nicht 330 000, sondern 360 000 oder 380 000 Arbeitslose haben werden.

Alles, was im Moment der Konjunktur dient, der Arbeitsplatzsicherheit dient, ist geboten. Wer sich da verweigert, versündigt sich wirklich an den Arbeitnehmern.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das glaubt Ihre Fraktion nicht! – Abg. Ingo Rust SPD: Die CDU ist sprachlos! – Weitere Zurufe von der SPD)

(Minister Willi Stächele)

Herr Kretschmann, Sie haben vorhin Cassandra erwähnt. Im Vergleich mit Ihnen war Cassandra fast schon eine Hoffnungsträgerin.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Cassandra hatte recht!)

Sie haben furchtbar schwarzgemalt.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Cassandra hatte recht!)

– Aber sie war fast Hoffnungsträgerin gegenüber dem, was Sie hier vorgetragen haben.

Eines sollten Sie aber auch wissen, weil man bei der Wahrheit bleiben sollte:

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wer schickt denn das Trojanische Pferd?)

Auch eine rot-grüne Bundesregierung hatte Mühen in Sachen Konjunktur. Von 1998 bis 2005 hat sie deswegen Steuerentlastungen von ca. 95 Milliarden € beschlossen. Das war in einer Zeit, die nicht annähernd die Zeichen einer Wirtschaftskrise gezeigt hat wie die jetzige.

(Zurufe von der SPD: Was?)

– Sie haben damals 95 Milliarden € Steuerentlastungen vorgenommen.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Claus Schmiedel: Weil die Kohl-Steuer zu hoch war! Zehn Jahre Kohl! Das war nach zehn Jahren Kohl notwendig! – Unruhe bei der SPD und den Grünen)

Sie haben in den ganzen Jahren nichts anderes gewusst, als dies über neue Schulden zu finanzieren. Das muss als Wahrheit erwähnt sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Widerspruch bei der SPD – Unruhe)

Kurzum: Wir handeln; wir stimmen dem Paket zu. Es dient den Arbeitsplätzen. Wer das als Mogelpackung bezeichnet, liegt falsch und wird dies kaum begründen können.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Mappus.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Jetzt müssten wir eigentlich hinausgehen!)

Abg. Stefan Mappus CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde es gut, wenn wir im Landesparlament über Steuerpolitik diskutieren, im demokratisch guten Sinn streiten. Ich habe auch kein Problem damit, Herr Schmiedel, wenn Sie die Beschlüsse von Schwarz-Gelb in Berlin massiv angreifen. Ich habe nur ein Problem damit,

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

wenn Sie die Beschlüsse mit Argumenten kritisieren, die all das beiseitewischen, was Sie selbst in den letzten Jahren immer vertreten haben.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ja! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Beleuchten wir einmal die letzten elf Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, um einfach einmal aufzuzeigen, was bisher Ihre Linie war. Alles, was ich jetzt schildere, erfolgte in den meisten Fällen mit Zustimmung der CDU im Bundesrat. Sonst hätten Sie es bekanntermaßen auch nicht durchbekommen.

Der Finanzminister hat es gerade geschildert: Am Ende der Regierung Kohl lag der Spitzensteuersatz bei 52 %; am Ende der Regierung von Gerhard Schröder lag er knapp zehn Prozentpunkte tiefer. Nach Ihrer Philosophie hätte das doch nie passieren dürfen,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Doch! Der war doch viel zu hoch! Die FDP hat ihn doch in die Höhe getrieben!)

weil Sie heute die ganze Zeit argumentiert haben, es würden immer die Besserverdienenden bevorzugen, Schwarz-Gelb sorge nur dafür, dass die Armen immer weniger haben und die Gutverdienenden immer mehr. Sie, Rot-Grün, haben mit Zustimmung der CDU – ich halte das auch noch heute für richtig – das Steuerniveau abgesenkt. Aber nachdem es in der gesamten Regierungszeit von Rot-Grün nie eine schuldenfreie Zeit gab, haben Sie das immer auf Pump gemacht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Immer weniger Netto-neuverschuldung! Jedes Jahr!)

Sie haben immer das gemacht, was Sie uns jetzt vorwerfen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt beleuchten wir einmal Schwarz-Rot. Vielleicht fällt Ihnen das ein bisschen leichter, zumal es auch nicht allzu weit weg liegt. Was wird denn den Bürger am stärksten entlasten, und vor allem, was wird für den Staat am teuersten? 10 Milliarden € kostet allein die Anrechenbarkeit von Krankenversicherungsbeiträgen bei den Steuern. Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, unter Schwarz-Rot beschlossen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das Gericht hat es beschlossen!)

So weit, so gut.

Jetzt kommt aber der zweite Punkt. Da muss ich sagen: Ihre demenzähnliche Vergessenheitskampagne, die Sie da fahren, ist schon relativ bemerkenswert. Anfang dieses Jahres haben CDU und SPD gemeinsam den Einstieg in die Abschaffung der kalten Progression gemacht. Das war nicht Schwarz-Gelb; das waren Sie, und das waren wir. Ich bin nach wie vor der Überzeugung, dass das mehr denn je richtig war, weil diejenigen in diesem Land, die wenig haben, entlastet werden müssen, meine Damen und Herren. Untere und mittlere Einkommen müssen steuerlich entlastet werden. Das war der Sinn der Abschaffung der kalten Progression.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

(Stefan Mappus)

Das haben Sie mit uns gemeinsam beschlossen. Das kostet allein im nächsten Jahr 6 Milliarden €.

Übrigens waren wir uns in der Großen Koalition immer einig, dass wir das fortsetzen wollen. Das macht ja auch Sinn.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Nur einen Teil der kalten Progression abzuschaffen ist nicht so wahnsinnig sinnvoll. Wir waren uns immer einig, dass die nächste Stufe auch kommt – mit Ihrer Zustimmung. Übrigens war auch das in der Großen Koalition schuldenfinanziert. Sie hatten nie ein Problem damit.

Ich kann nur sagen: Ich stehe zu dem, was vor einem halben Jahr beschlossen wurde, zumal wir auch vor einem halben Jahr wussten, wie die Finanzsituation aussieht, und zumal das, was vor einem halben Jahr richtig war, jetzt doch nicht einfach falsch sein kann, nur weil Sie in Berlin aus der Regierung geflogen sind. Das gibt es doch gar nicht. Wir führen diesen Kurs weiter. Nur finde ich erstaunlich, dass Sie jetzt all das kritisieren, was Sie vor Kurzem noch selbst mitbeschlossen haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich will Ihrem Gedächtnis noch ein bisschen weiterhelfen. Sie haben vorhin gesagt, da würden jetzt Steuergeschenke gemacht, aber z. B. für die Kinder von Hartz-IV-Empfängern werde nichts gemacht. Ich kann nur sagen: Auch in der Großen Koalition – auch das scheinen Sie vergessen zu haben – haben wir mit Wirkung zum 1. Juli dieses Jahres, von Ihnen noch mitbeschlossen, die Sätze für Hartz IV in genau diesem Bereich erhöht. Ein Vierteljahr später stellen Sie sich hierher, haben offensichtlich schon vergessen, was Sie selbst mitbeschlossen haben, und sagen: Ihr macht da nichts.

Ich kann nur sagen:

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Gehen Sie einmal hinaus. Fragen Sie einmal denjenigen, der wenig verdient, ob er es gut oder schlecht findet, wenn die kalte Progression abgeschafft wird.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Da wird noch gar nichts abgeschafft! Das ist ja lächerlich!)

Fragen Sie einmal den Handwerker, ob er es gut oder schlecht findet, wenn die Zinsschranke verändert wird, damit er mehr in seinen Betrieb investieren kann. Fragen Sie einmal den kleinen Mittelständler, ob er es gut oder schlecht findet, dass er, wenn er in Zukunft den Betrieb an seinen Sohn oder an seine Tochter oder an wen auch immer weitergibt, nicht zunächst einmal einen Haufen Steuern zahlen muss, was das Unternehmen gefährdet, sondern dass er den Betrieb in Zukunft sorgenfrei übergeben kann. Ich will einmal sehen, ob derjenige, den Sie draußen fragen, das gut findet oder ob er das schlecht findet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt kommt der eigentliche Knaller – vor allem bei der SPD, aber die Grünen sind auch nicht besser.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Zunächst kritisieren Sie, dass wir all das, was wir jetzt „Schlimmes“ machen, über Schulden finanzieren. Aber zwei Minuten später machen Sie Vorschläge für Ausgaben über ein paar Hundert Millionen Euro für das Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Schulden sind Mappus-Schulden!)

– Gern, sagen Sie das überall – ich finde das klasse –, damit die Leute wissen, dass das, was wir machen, auch von uns kommt. Kein Problem, Herr Schmiedel. Ich mache ohnehin gleich noch einen Vorschlag, wie Sie Ihre Popularität,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Noch mehr steigern!)

die offensichtlich auch in der SPD noch ein bisschen steigerungsfähig ist – das kann ich feststellen, wenn ich die Ergebnisse der einen oder anderen Mitgliederbefragung anschau –, noch ein bisschen steigern können. Kein Problem. Da bin ich immer dabei.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Das sagt der Richtige! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Ich kann Ihnen nur sagen: Die Steuerbeschlüsse, die wir jetzt fassen, kosten das Land Baden-Württemberg pro Jahr anteilmäßig weniger als 200 Millionen €. Aber das, was Sie in den letzten Tagen vorgeschlagen haben, kostet mehr als eine halbe Milliarde Euro, meine Damen und Herren. Was ist denn daran redlich?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP zur SPD: So ist es! Schuldentreiber! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Schuldentreiber Schmiedel!)

Wer in der schwierigen Situation, in der sich diese Republik befindet, allen Ernstes bestreitet, dass Wachstumsimpulse, was das Land Baden-Württemberg angeht, sinnvoll und notwendig sind, dem kann ich wirklich nicht mehr helfen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Ich mache Ihnen deshalb folgenden Vorschlag, lieber Herr Schmiedel, was das Thema DEHOGA und anderes angeht: Ich Sorge dafür, dass Sie nächstes Jahr Hauptredner auf der DEHOGA-Tagung werden.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich Sorge dafür; ich traue mir das zu. Ich sage Ihnen: Da sitze ich in der ersten Reihe – egal, wann es ist –, und danach diskutieren wir bei dem DEHOGA einmal darüber, ob die 285 000 sozialversicherungs- und steuerpflichtigen Mitarbeiter in dieser Branche es gut oder schlecht finden, wenn ihre Betriebe entlastet werden. Die Mitarbeiterzahl in diesem Bereich ist mittlerweile übrigens höher als die Zahl derer, die in der Automobilbranche in Baden-Württemberg tätig sind.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wir nehmen Sie einmal mit zu den Wohlfahrtsverbänden!)

(Stefan Mappus)

Ich will einmal sehen, wer von uns beiden die besseren Argumente hat, um für diese Beschäftigten etwas zu tun, um auch dort Wachstumsimpulse zu setzen und dafür zu sorgen, dass in dem schwierigen Wettbewerb gegenüber der Schweiz und gegenüber Frankreich etwas getan werden kann.

Deshalb kann ich nur sagen: Hören Sie endlich auf mit dieser Fundamentalopposition. Vor allem behaupten Sie wenigstens nicht das Gegenteil von dem, was Sie vor einem Vierteljahr noch vertreten haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rust.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jetzt Schuldeingeständnis!)

Abg. Ingo Rust SPD: Herr Mappus, gerade zu Ihrer letzten Frage:

(Zuruf von der CDU: „Herr Präsident!“)

Selbstverständlich würde sich jeder Beschäftigte freuen, z. B. auch in der Automobilindustrie, wenn der Mehrwertsteuersatz in seiner Branche bei nur 7 % läge. Es ist doch selbstverständlich, dass sich jeder darüber freuen würde. Aber deswegen kann man das doch nicht immer nur für eine spezielle Klientel machen, die man zu einem bestimmten Zeitpunkt bedienen will, und alle anderen außen vor lassen. Das geht nicht. Das ist schlicht Klientelpolitik.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Sie haben leider auch viel zu wenig darüber gesagt, was das für Baden-Württemberg bedeutet. Von einem designierten Ministerpräsidenten hätte ich schon erwartet, dass er auch etwas darüber sagt, was dabei auch in Baden-Württemberg ankommt.

(Zuruf des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Das will ich jetzt tun. Ich habe es ein „Investitionsverhinderungsprogramm“ genannt, und genau das ist es. Wir alle waren uns doch in der Hochphase der Konjunkturkrise einig, dass es das Allerschlimmste wäre, wenn jetzt auch noch die staatlichen Investitionen – damit meine ich die kommunalen und die Landesinvestitionen – zurückgingen. Wir haben – darüber waren wir uns hier einig – die Investitionen des Landes und der Kommunen gesteigert, um der Konjunkturkrise entgegenzuwirken. Was bewirkt dieses Gesetz jetzt? Genau das Gegenteil.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ich kann Ihnen nur raten, einmal nachzulesen, was in der Anhörung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestags dazu gesagt wurde. Z. B. hat Helmut Dedy von der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände gesagt:

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wie heißt der? – Vereinzelt Heiterkeit)

Wir gehen davon aus, dass das Investitionspotenzial der Städte, Gemeinden und Kreise in den nächsten Jahren deutlich zurückgehen wird ...

„Deutlich zurückgehen wird“, Herr Rülke.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wie hieß der noch einmal?)

Dann sagen Sie, das würde dem Land etwas bringen. Die Kommunen können schon jetzt kaum ausgeglichene Haushalte vorlegen. Wenn Sie einmal zu den Gemeinderäten gehen, sehen Sie das. Mit diesem Programm schröpfen Sie unsere Kommunen zusätzlich.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Stimmt doch gar nicht!)

– Doch, das stimmt.

Unser ehemaliger Finanzminister – Herr Stächele, ich würde mir wünschen, Sie würden sich das zu eigen machen – hat immer gesagt: „Wer bestellt, bezahlt.“ Sie lassen für Ihre teuren Wahlversprechen jetzt das Land sowie die Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg bezahlen. Das haben die Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger nicht verdient, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Herr Mappus, zum Thema Schulden möchte ich doch noch ein paar Worte verlieren.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Da bin ich einmal gespannt!)

Sie werden nicht darum herumkommen, als der Rekordschulden-Ministerpräsident von Baden-Württemberg in die Geschichte einzugehen.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Ich? – Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Das warten wir einmal ab! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Jetzt warten Sie doch einmal ab!)

Da können Sie vielleicht nicht unbedingt etwas dafür, denn das ist im Prinzip von Ihrem Vorgänger schon vorgeliefert.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Helmut Walter Rüeck: Schön, dass Sie uns eine so lange Regierungszeit voraussagen! – Heiterkeit des Abg. Stefan Mappus CDU)

Die 4,5 Milliarden € stehen schon jetzt im Entwurf. Aber dabei wird es nicht bleiben.

Im Übrigen muss ich noch einmal etwas zum Herrn Finanzminister sagen. Sie haben uns die späteste Einbringung eines Landeshaushalts in der Geschichte des Landes Baden-Württemberg damit begründet – ich zitiere aus einem Brief des Herrn Finanzministers –:

... die Pläne der neuen Bundesregierung sollten daher im zu beratenden Haushaltsentwurf bereits enthalten sein.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wo sind sie denn?)

(Ingo Rust)

Was erwartet uns nächste Woche?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nichts!)

Ist irgendetwas eingearbeitet?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nichts wird eingearbeitet!)

– Es wird nichts eingearbeitet sein.

Ich möchte doch einmal wissen: Warum haben Sie diese Einbringung jetzt so lange hinausgezögert? Das kann nur den einen einzigen Grund haben, dass das, was jetzt in Berlin geplant ist, von Ihnen unterstützt wird, teilweise auch schon beschlossen ist, nicht in den Haushaltsplan eingearbeitet werden soll, weil damit diese Rekordverschuldung noch weiter getoppt wird.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Mogelpackung!)

In den kommenden Jahren haben wir, wenn alles umgesetzt wird, was Sie in Berlin planen, was Sie in Ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben haben, insgesamt 1,25 Milliarden € im Jahr an Steuermindereinnahmen im Land. Da wir das Geld nicht haben, bedeutet das, dass die Verschuldung insgesamt auf über 5,7 Milliarden € steigen wird. Das ist wirklich absolute Spitze in Baden-Württemberg.

Meine Damen und Herren, da kann ich nur sagen: Sie haben jetzt eigentlich nur zwei Möglichkeiten. In der Tat ist es momentan ein wenig verwirrend. Wen soll man jetzt ansprechen? Ist jetzt noch der amtierende Ministerpräsident – er ist gar nicht da – für den Haushalt verantwortlich, oder sind Sie dann für den Haushalt zuständig?

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Heiterkeit)

Ich sage es zu Ihnen, Herr Mappus, weil Sie jetzt da sind. Herr Oettinger ist offensichtlich schon weg. Entweder Sie lehnen diese Regelungen im Bundesrat ab,

(Abg. Stefan Mappus CDU: Niemals!)

oder Sie legen einen Entwurf des Landeshaushalts vor, der ehrlich ist, der den Menschen die Wahrheit sagt

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das tun wir!)

und alle Beschlüsse im Koalitionsvertrag berücksichtigt. Nur dann sind Sie ehrlich und redlich zu den Menschen und nicht nur – wie Sie, Herr Finanzminister, zu einem Kollegen gesagt haben – Mundwerker.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Hat er noch Redezeit?)

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will jetzt einen Punkt herausgrei-

fen, um deutlich zu machen, worum es bei der Frage „Generiert ein solches Gesetz überhaupt vernünftiges Wachstum?“ geht.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Ja!)

Nehmen wir jetzt einmal den Kinderfreibetrag, durch dessen Erhöhung Gutverdienende rund 400 € mehr bekommen. Ich frage Sie: Was bringt das eigentlich einem Gutverdienenden? Was bringt ihm dieser zusätzliche Kinderfreibetrag? Was für Wirkungen wird das auslösen?

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das investiert er in die Ausbildung seiner Kinder!)

Ich sage einmal: überhaupt keine. Im schlechtesten Fall legt er das zusätzliche Geld aufs Sparkonto. Eine Akademikerfamilie, die diese Steuerentlastung bekommt, braucht etwas ganz anderes. Sie braucht vielleicht einen Kinderbetreuungsplatz.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das ist es!)

Ein Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren ist, wie Sie wissen, teuer. Diese Kinderbetreuungsplätze müssen die Kommunen mit unserer hoffentlich größeren Unterstützung zur Verfügung stellen. Wenn wir das machen, hat das für ein solches Paar folgenden Effekt: Sie können sich ihren Kinderwunsch erfüllen – das ist höchst wichtig für die Zukunft des Landes –, und die Frau und der Mann können arbeiten gehen, wenn sie diese Kinderbetreuung haben. Angesichts dessen, was wir in Zukunft an Fachkräftemangel, an Ingenieurmangel, überhaupt an Mangel an qualifizierten Leuten erwarten müssen, ist das genau die richtige Strategie, um in diesem Land eine nachhaltige Prosperität zu sichern, wenn wir das einmal unter ökonomischen Aspekten sehen.

(Beifall bei den Grünen)

Dagegen wird das, was Sie machen, überhaupt keine nachhaltigen Effekte haben. Aber das, was wir machen müssen, um auf diesem Gebiet Nachhaltigkeit zu erzielen, das können die Kommunen nicht mehr finanzieren, weil ihnen die Steuereinnahmen wegbrechen und sie nicht mehr die Mittel haben, um darin zu investieren.

Darum geht es. Es geht nicht um Mängelverwaltung, sondern darum, wie wir knappe Mittel – Mittel, die wir überhaupt noch verantwortungsvoll ausgeben können, ohne in eine Schuldenfalle zu laufen – sinnvoll so investieren, dass in der Tat nachhaltiges Wachstum generiert wird. Ich glaube, dass ich Ihnen dafür ein überzeugendes Beispiel genannt habe.

Herr Mappus, Sie sind als zukünftiger Ministerpräsident originär dafür verantwortlich, ob es in unserem Land genügend qualifizierte und gute Kinderbetreuung und Bildung im Kindergarten gibt. Dafür sind Sie verantwortlich. Deswegen müssen Sie, wenn Sie die Verantwortung übernehmen, die beabsichtigten Steuersenkungen ablehnen, weil sie keine nachhaltigen Effekte haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Stefan Mappus CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke.

(Oh-Rufe von der SPD – Zuruf des Abg. Fritz Buschle SPD)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Rust, Sie haben ein eigenümliches Verständnis von Rekordhaltern entwickelt. Für Sie ist jemand schon Rekordhalter, der noch gar nicht im Amt ist,

(Abg. Ingo Rust SPD: Haben Sie Zweifel daran?)

während Sie die eigentlichen Rekordhalter, die wir ja kennen, verschweigen.

(Zurufe von der SPD)

– Ich komme schon noch zu den wahren Rekordhaltern. Es gab z. B. jemanden namens Steinbrück.

(Unruhe)

Möglicherweise ist dieser Name bei Ihnen schon in Vergessenheit geraten.

(Abg. Ingo Rust SPD: Ich habe ein gutes Gedächtnis!)

Er ist 2005 mit der höchsten Steuererhöhung aller Zeiten angetreten und ist 2009 mit der höchsten Neuverschuldung aller Zeiten abgetreten. Wer das zusammenbringt, ist ein wahrer Rekordhalter, Herr Rust.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Deshalb sollten Sie vor der eigenen Tür kehren, bevor Sie sich mit Leuten in Baden-Württemberg befassen,

(Abg. Ingo Rust SPD: Wir sind doch im Landtag und nicht im Bundestag! – Gegenruf der Abg. Katrin Altpeter SPD: Das hat er vergessen!)

die noch gar nicht in der Verantwortung sind und deshalb nicht als Rekordhalter bezeichnet werden können.

(Abg. Ingo Rust SPD: Zu Herrn Steinbrück gehen Sie nach Berlin!)

– Was heißt, zu Herrn Steinbrück soll ich nach Berlin gehen? Sie haben doch eine Berliner Debatte auf die heutige Tagesordnung gesetzt. Dann wird man doch über Berlin reden dürfen.

(Heiterkeit des Abg. Stefan Mappus CDU – Abg. Ingo Rust SPD: Aber es geht um die Rekordverschuldung des Landes!)

Wenn Sie jetzt über Redlichkeit und Täuscherei reden, kann ich Ihnen Folgendes sagen: Sie haben jetzt an das große ethische, christlich-soziale Gewissen der CDU appelliert

(Abg. Ingo Rust SPD: Ohne Erfolg!)

und haben der CDU vorgeworfen, sie senke Steuern nicht für Leute, die gar keine Steuern zahlen.

(Heiterkeit des Abg. Stefan Mappus CDU – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Sie sagten, die Hartz-IV-Empfänger würden keine Steuerentlastung erhalten.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Dabei haben Sie verschwiegen, dass der erste Beschluss der neuen Koalition in Berlin gewesen ist, das Schonvermögen für Hartz-IV-Empfänger zu erhöhen. Das ist eine soziale Tat, die Sie nicht unter den Teppich kehren können.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Sie haben keine Antwort auf das gegeben, was Kollege Mappus dem Kollegen Schmiedel, der sich inzwischen davongemacht hat, ins Stammbuch geschrieben hat.

(Zuruf des Abg. Ingo Rust SPD)

Kollege Mappus hat die Frage angesprochen, warum die rot-grüne Koalition zu Beginn des Jahrtausends trotz Staatsverschuldung Steuern gesenkt hat. Das ist genau der gleiche Vorwurf, den Sie uns heute machen. Siehe da, diese Maßnahme war erfolgreich. Das wollen Sie heute nicht mehr wahrhaben. Sie wollen sich von den Hartz-Gesetzen und den Steuersenkungen der Jahre 2003 bis 2005 davonstehlen.

(Abg. Ingo Rust SPD: Waren sie jetzt gut oder schlecht?)

Aber Fakt ist, dass die Steuersenkungen in dieser Zeit Wachstum hervorgebracht haben

(Abg. Ingo Rust SPD: Das haben Sie damals bestritten!)

und eine deutliche Steigerung der Staatseinnahmen bewirkt haben. Staatseinnahmen, meine Damen und Herren, und eine Verbesserung der Haushaltssituation beziehen sich nicht nur auf die Frage, inwiefern sich eine Steuerreform gegenfinanziert. Denn wenn wir Wachstum bekommen, haben wir auch weniger Arbeitslose und werden die sozialen Sicherungssysteme weniger belastet. Das unterschlagen Sie und die Experten, die Sie bei diesen Rechnungen zitieren, immer.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Denn wenn wir mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz tatsächlich Erfolg haben – das sollten sich alle wünschen; niemand sollte darauf hoffen, dass es schiefgeht,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es! Genau!)

um dann im Landtag von Baden-Württemberg große Reden schwingen zu können –, werden wir über das Wachstum nicht nur höhere Steuereinnahmen generieren, sondern auch die sozialen Lasten in diesem Staat reduzieren. Das müssen Sie in diesem ganzen Zusammenhang auch sehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wenn wir einmal einen weltweiten Vergleich ziehen, dann stellen wir fest, dass nicht dort, wo die Steuern am höchsten sind, sondern dort, wo überschaubare Steuern eine Motivation für die Beschäftigten sind, zu arbeiten, und eine Motivati-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

on für die Unternehmen sind, zu investieren, Wohlstand zu finden ist, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Da wollen wir hin – nicht irgendwo anders hin.

Diese Vergleiche hat es übrigens gegeben. Betrachten wir einmal die Achtzigerjahre, und zwar nicht nur die Regierungszeit von Rot-Grün vor einigen Jahren. In den Achtzigerjahren gab es einen Bundesfinanzminister namens Stoltenberg, der eine dreistufige Steuerreform durchgeführt hat. Ich erinnere mich auch noch gut an die Situation vor 20 Jahren, als wir gesagt haben: „Die Einheit kommt“, und als wir gesagt haben: „Die wirtschaftliche Situation ist gut; die Kassen sind voll.“ Das war das Ergebnis einer Steuerreform und nicht das Ergebnis von Steuererhöhungen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Deshalb ist und bleibt es richtig: Wenn wir wirtschaftliches Wachstum wollen, dann muss das Geld nicht in die Hände des Staates kommen; dieses Geld muss vielmehr Freiräume schaffen, dieses Geld muss in die Hände der Verbraucher, in die Hände der Familien, in die Hände der Unternehmen gelangen, damit sie investieren können.

Das ist der richtige Weg. Deshalb wird Baden-Württemberg dieses Wachstumsbeschleunigungsgesetz ganz bestimmt nicht blockieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aktuelle Debatte unter Tagesordnungspunkt 2 ist damit beendet.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Staatsvertrag zur Ausführung von Artikel 91 c GG – Drucksache 14/5490

Das Präsidium hat folgende Redezeit festgelegt: nach der Begründung durch die Regierung in der Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Zur Begründung durch die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Köberle das Wort.

Staatssekretär Rudolf Köberle: Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir alle erinnern uns an die Föderalismuskommission II, die im März dieses Jahres ein ganzes Bündel von Maßnahmen beschlossen hat. Zu diesen Maßnahmen gehört auch die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern auf dem Gebiet der Informationstechnik und der Informationsnetze. Der hierfür seinerzeit ebenfalls beschlossene neue Artikel 91 c des Grundgesetzes und das Gesetz über die Verbindung der informationstechnischen Netze des Bundes und der Länder sind bereits im August 2009 in Kraft getreten.

Mit dem Gesetzentwurf, den Ihnen die Landesregierung heute vorlegt, geht es um die Ratifizierung des Staatsvertrags über die Errichtung des IT-Planungsrats und über die Grundlagen

der Zusammenarbeit beim Einsatz der Informationstechnologie in den Verwaltungen in Bund und Ländern. Den Wortlaut dieses Staatsvertrags kennen Sie. Er war Gegenstand der Plenarsitzung am 8. Oktober. Die Regierungschefs aller Länder und der Bundesinnenminister haben den Staatsvertrag inzwischen paraphiert.

Was regelt dieser Staatsvertrag? Ich will die drei wichtigsten Punkte herausnehmen.

Erstens: Er soll Bund und Ländern ermöglichen, bei der Errichtung und dem Betrieb informationstechnischer Systeme zusammenzuwirken. Vor allem geht es um einheitliche Standards und Sicherheitsanforderungen, die wiederum Voraussetzungen für gemeinsame Projekte sind.

Zweitens geht es um ein gemeinsames Verbindungsnetz von Bund und Ländern auf der Basis der vorhandenen Netze. Wir wissen schon heute, dass wir damit einen Netzbetrieb erreichen werden, der noch wirtschaftlicher und noch sicherer sein wird.

Drittens will ich die Einrichtung eines IT-Planungsrats als beschließendes Bund-Länder-Organ ansprechen. Der IT-Planungsrat soll die Zusammenarbeit im Bereich der Informationstechnik koordinieren. Er soll gemeinsame IT-Standards beschließen und konkrete E-Government-Projekte steuern. Der IT-Planungsrat wird Mehrheitsentscheidungen treffen können, wenn der Bund sowie elf Länder einem Vorhaben zustimmen. Die zustimmenden Länder müssen mindestens zwei Drittel der Finanzierungsanteile an dem Königsteiner Schlüssel abbilden.

Der IT-Planungsrat wird über eine beim Bundesinnenminister angesiedelte Geschäftsstelle verfügen, die von Bund und Ländern gemeinsam getragen wird. Wir gehen davon aus, dass für die Finanzierung dieser Geschäftsstelle sowie jetzt schon anlaufender Projekte ein Mehraufwand von jährlich ca. 400 000 € auf das Land Baden-Württemberg zukommen wird. Weitere Kosten können aus konkreten Projekten entstehen. Allerdings müssen Investitionen in E-Government-Projekte das Ziel haben, Verwaltung insgesamt wirtschaftlicher zu machen. Das gilt übrigens auch für die Kundenseite, für die Bürgerinnen und Bürger und für die Wirtschaft. Sie sollen auf einfacherem und damit für sie kostengünstigerem Weg Verwaltungsdienstleistungen verlangen können und diese auch erhalten.

Die kommunale Seite wird im IT-Planungsrat mit beratender Stimme vertreten sein. Sie hat dennoch sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene die Sorge geäußert, dass Entscheidungen des IT-Planungsrats weitreichende Folgen für die IT der Kommunen haben könnten, ohne dass dies in der Stimmengewichtung im IT-Planungsrat zum Ausdruck käme. Außerdem könnten diese Entscheidungen die kommunalen Kassen belasten.

Diese Sorgen der kommunalen Seite nehmen wir sehr ernst. Uns ist die Einbindung der kommunalen Seite in den Meinungs- und Entscheidungsbildungsprozess ein wichtiges Anliegen. Wir haben deshalb die ressortübergreifenden Koordinierungsgremien im Bereich der Informationstechnik, nämlich den Landessystemausschuss und den Arbeitskreis Informationstechnik, um Vertreter der kommunalen Landesverbände erweitert.

(Staatssekretär Rudolf Köberle)

Zu den möglichen finanziellen Auswirkungen möchte ich anmerken, dass Beschlüsse des IT-Planungsrats nicht unmittelbar eine Bindungswirkung entfalten, wie dies etwa bei Gesetzen der Fall ist. Diese Wirkung haben sie letztlich erst dann, wenn sie landesrechtlich umgesetzt werden. Das Land wird vor Entscheidungen des IT-Planungsrats selbstverständlich darauf zu achten haben, ob das Konnexitätsprinzip greifen könnte.

Die Neuaufstellung der IT-Steuerung durch den IT-Planungsrat ist kein Selbstzweck. Wirtschaft und Bürger erwarten selbstverständlich ein durchgängiges und alle Verwaltungsebenen umgreifendes E-Government-Angebot. Es ist keine Frage, dass die IuK im Land und in den Kommunen auch künftig von den jeweils für IuK Zuständigen gestaltet wird.

Sinnvollen Abstimmungen und Standards können wir uns auf Bund-Länder-Ebene jedoch nicht verschließen. Die elektronische Kommunikation von Bürgern und Unternehmen mit der Verwaltung wird nach meiner Überzeugung zunehmend selbstverständlich werden. Der hier vorgestellte rechtliche Rahmen als Grundlage für die Zusammenarbeit von Bund und Ländern mit dem IT-Planungsrat wird ländergrenzenübergreifende Standards und Regeln ermöglichen. So wird z. B. ein Bürger, der in Ulm oder in Mannheim wohnt, jedoch als Arbeitnehmer oder als Unternehmer in Neu-Ulm oder in Ludwigshafen tätig ist, Verfahren diesseits und jenseits des Rheins bzw. der Donau nach einheitlichen Mustern abwickeln können.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, der Staatsvertrag wird zum 1. April 2010 in Kraft treten, wenn bis zum 31. März 2010 die Ratifikationsurkunden von mindestens 13 Vertragspartnern vorliegen. Ich bitte Sie, dem vorliegenden Gesetzentwurf zuzustimmen und damit die Unterschrift unseres Ministerpräsidenten unter den Staatsvertrag zu ratifizieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wolf.

Abg. Guido Wolf CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach den etwas hitzigen Debatten des heutigen Vormittags scheint mir dieses Thema nun durchaus geeignet, wieder zu einem großen Konsens in diesem Hohen Haus zu kommen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE und Abg. Peter Hofelich SPD: Abwarten! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Man soll den Tag nicht vor dem Ende der letzten Rede loben!)

Herr Staatssekretär Köberle hat, denke ich, den Inhalt des Staatsvertrags, um den es heute geht, umfassend dargelegt. Er hat nochmals ausgeführt – ich will mich dem anschließen –, dass der Ausgangspunkt eine Grundgesetzänderung im Zuge der Föderalismusreform II war, die sich mit der Informationstechnik als einer der bedeutendsten Infrastrukturen des 21. Jahrhunderts auseinandersetzt. Damit wurde Sorge dafür getragen, dass Deutschland der erste Staat ist, der Strukturregelungen für die Informationstechnik mit Verfassungsrang ausstattet.

Das ist die Basis, auf der wir heute über den Staatsvertrag beraten, der die Einrichtung eines IT-Planungsrats und die Abstimmung von Gesprächen und Diskussionen auf unterschiedlichen Ebenen – Bund, Land und Kommunen – vorsieht.

Ich möchte unserem Innenministerium dafür danken, dass dabei insbesondere auch die Belange und die Vorbehalte der kommunalen Landesverbände aufgegriffen worden sind.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Na ja! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Lobet und danket!)

Die Vorbehalte der kommunalen Landesverbände gingen in die Richtung, dass in den IT-Planungsrat in gleicher Weise auch kommunale Vertreter aufgenommen und die kommunalen Interessen gewahrt werden müssen. Das ist zugesagt. Natürlich müssen gemäß dem Konnexitätsprinzip auch gegebenenfalls entstehende Mehrkosten übernommen werden. Das alles ist den Kommunen zugesagt worden, und deshalb können wir seitens der CDU-Fraktion unsere Zustimmung zu diesem Staatsvertrag in Aussicht stellen.

Meine Damen und Herren, ich möchte doch noch einmal die Bedeutung des Staatsvertrags unterstreichen. Es geht hier nicht nur formal um die IT-Strukturen. Es geht vielmehr vor allem darum, dass wir eine Entwicklung, die sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten auf Bundes-, auf Länderebene und auf der Ebene der Kommunen vollzogen hat, nicht nur der freiwilligen Praxis überlassen, sondern dass wir hier verbindliche, verlässliche und schnellere Strukturen einziehen. Dem ist mit der Grundgesetzänderung und der darauf basierenden staatsvertraglichen Regelung Rechnung getragen. Insofern signalisiere ich, dass wir seitens der CDU-Landtagsfraktion diesem Staatsvertrag unsere Zustimmung erteilen werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofelich.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Er stimmt auch zu!)

Abg. Peter Hofelich SPD: Werter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Die Informations- und Kommunikationstechnik ist die Infrastruktur der Zukunft. Deswegen ist es richtig, dass wir ihr – ähnlich, wie das bei Eisenbahnen der Fall war und wie das beim Luftverkehr der Fall ist – auch Verfassungsrang geben, dass sie im Grundgesetz genannt wird. Dieser Staatsvertrag zu Artikel 91 c des Grundgesetzes ist notwendig und überfällig. So weit reicht der Konsens, Herr Kollege Wolf, in jedem Fall.

Wir haben es in der Informationstechnik in Baden-Württemberg mit einem Dickicht von Verantwortlichkeiten zu tun. Wir haben horizontale Kompetenzen, bei denen alle Länder in ihren jeweiligen Fachgebieten, etwa bei der Polizei, jeweils eigene Anwendungen eingeführt haben, und wir haben vertikale Kompetenzen, bei denen – etwa im Bereich der Steuerverwaltung – Fachlösungen umgesetzt wurden, die mit großer Mühe zusammengebracht worden sind und nicht immer optimal sind. Wir haben eine Situation, dass wir in Baden-Württemberg wie in Deutschland insgesamt ein Dickicht von Lö-

(Peter Hofelich)

sungen haben, bei denen wir nicht sicher sind, ob es wirklich die weltbesten sind und ob das der Standard ist, der in der Welt heute gefragt ist.

Wenn sich Delegationen von Politikerinnen und Politikern kundig machen wollen, gehen sie auf der Suche nach Vorbildern heute nach Österreich und schauen sich das dort an, gehen sie nach Wisconsin und schauen sich das dort an bzw. gehen sie in andere Teile der Welt, um sich zu informieren. Deutschland ist nicht der Platz, den man bei informationstechnischen Lösungen im öffentlichen Dienst als vorbildlich betrachtet. Dies ist die Situation.

Das neue Gesetz hebt darauf ab, dass wir etwas ändern. Spätestens mit E-Government, mit der Tatsache, dass die Benutzer bei der Informationstechnik im öffentlichen Dienst genauer hinschauen, dass sich IT nicht mehr irgendwo in Rechenzentren anonym abspielt, sondern dass sie zum Benutzer, zum Bürger gebracht wird, ist die Informationstechnik auch beweispflichtig geworden, dass sie funktioniert, und zwar in unserem Land wie in Gesamtdeutschland.

Deswegen sage ich an dieser Stelle: Es ist richtig, dass wir das Thema aufnehmen; es ist aber auch richtig, dass wir es kritisch daraufhin beleuchten, was sich auch bei uns im Land verändern muss. Dazu will ich ein paar Sätze sagen.

Zunächst einmal zum Gesetz selbst. Der IT-Planungsrat ist das zentrale Steuerungsinstrument, das von Bund und Ländern eingeführt wird. Das ist richtig. Der IT-Planungsrat löst auch bisherige Gremien ab, die etwa nur aufgesetzt waren, wie etwa die Staatssekretärsrunde Deutschland-Online und vor allem der KoopA, der im Grunde genommen die IT-Referenten von Bund und Ländern über viele Jahrzehnte vereinigt hat. Insofern ist das ein Akt der Vereinfachung, wenn das tatsächlich auch gelebt wird.

Bei den Aufgaben, Herr Staatssekretär, haben Sie darauf hingewiesen, was gemacht wird. Ich will an dieser Stelle nur sagen, was ich für besonders bedeutsam halte. Ich finde es bedeutsam, dass man vom Einstimmigkeitsprinzip zum Prinzip der qualifizierten Mehrheit kommt. Ich finde es bedeutsam, dass wir im Bereich der Interoperabilität in Zukunft vermeiden können, dass es Medienbrüche gibt. Das ist insbesondere für den Benutzer wichtig. Ich finde es auch wichtig, dass Bund und Länder bei den Vergabeverfahren möglicherweise eine andere Vorgehensweise wählen können und auch gemeinsam eine Bewirtschaftung vornehmen können. Das sind wichtige Fortschritte.

Es gibt Einwände, die wir auch nachlesen können. Ein Einwand betrifft den Datenschutz. Daher ist weiterhin – das gilt für die künftigen Beratungen im Ausschuss – eingehend über die Missbrauchsgefahr zu debattieren, weil wir es mit großen Datenmengen zu tun haben.

Es ist völlig klar, dass wir auf die Kosten achten müssen. Sie beziffern die Zusatzkosten für das Land auf 400 000 €. Diesen Beitrag erbringt nicht jedes Land. Hier bitten wir auch um eine klare Begründung.

Wir werden ferner darüber nachdenken müssen, was es für den Bereich der Beschaffung bedeutet – hier ist Artikel 91 c Abs. 3 bedeutsam –, dass Inhouse-Vergaben stattfinden kön-

nen. Sosehr wir im Bereich der Wasserwirtschaft daran interessiert waren, dass dies möglich ist, muss auch klar sein, dass der private Wettbewerb hier nicht ausgeschlossen wird. Das wird ein wichtiges Thema sein. Ferner wollen wir eine wirklich substanzielle Beteiligung der Kommunen haben, sodass die Kommunen nicht nur am Katzentisch sitzen.

Meine Damen und Herren auf der Regierungsseite, man sollte Subsidiarität nicht nur am Sonntag predigen, sondern man muss sie auch an Werktagen leben.

(Beifall bei der SPD)

Ich will jetzt ein paar Sätze dazu sagen, wo das politische Schwergewicht liegen muss. Das politische Schwergewicht muss darin liegen, dass das Land Baden-Württemberg selbst fit ist, sich im Bund-Länder-Konzert einzubringen. Ich behaupte: Wir sind es nicht. Bei uns steht die informationstechnische Politik, für die das Innenministerium die Hauptverantwortung trägt, im Schatten. Sie steht nicht im politischen Rampenlicht. Wir wissen nicht genau, was passiert. Wir haben im Grunde genommen Irrungen und Wirrungen bei Projekten, die wir gar nicht genau sehen, bei denen es in Baden-Württemberg aber um sehr viel Geld geht. Wenn sie sich auch der politischen Kontrolle nicht entziehen, so werden sie jedenfalls von der Politik nicht wirklich beobachtet.

Ich will ein paar weitere Punkte ansprechen. Der Justizminister, der gerade in seinen Unterlagen blättert, hat gestern das elektronische Grundbuch gelobt. Er weiß ganz genau, dass beim Projekt „Elektronisches Grundbuch“ jede Menge Geld versenkt worden ist. Der Justizminister weiß, dass er das Projekt zur Verfahrensautomation in der Gerichtsbarkeit hat, bei dem er über lange Zeit versucht hat, selbst etwas hinzubekommen, bis er zum Schluss eingestehen musste, dass es doch nicht klappt, und jetzt eine bayerische Lösung übernehmen muss. Welch eine Demütigung! Wir haben eine Situation, bei der das Innenministerium von Baden-Württemberg – –

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Herr Stickelberger ist anderer Meinung! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Er hat das Gleiche gesagt! Du hast nicht zugehört!)

– Dann werden wir noch einmal darüber reden. Herr Schüle, es ist überhaupt kein Problem, dass wir uns zu diesem Thema einmal austauschen. Ich sage Ihnen, dass dies meine Sicht ist.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Darum machen wir es ja! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Das machen wir innerhalb des Parlaments, weil hier das Parlament ist. Ich sage Ihnen: Auch Sie sind Mitglied im Ausschuss. Sie müssen sich schon anhören, wenn es nicht richtig klappt, und sich damit selbst auseinandersetzen, Herr Kollege.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Im Bereich der Bürokommunikation haben wir eine Situation, bei der das Innenministerium eine Vergabe getätigt hat, bei der man sich fragen kann, ob es wirklich eine zukunftsrechte Vergabe ist.

(Peter Hofelich)

Wir haben im Bereich der Finanzverwaltung die Situation, dass die Steuerverwaltung unter der Überschrift FISCUS in Deutschland sozusagen reformiert worden ist. Bei dieser Reform hat das Land Baden-Württemberg seine eigentlich starke Stellung, die es gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen und mit Hessen hatte, aufgegeben und jetzt wiederum eine bayerische Lösung akzeptiert, bei der wir auf einer veralteten Rechnerarchitektur arbeiten. Herr Wolf, man nennt das übrigens „KONSENS-Projekt“, was eine gewisse Ironie bedeutet, weil es eigentlich auch etwas ist, was nicht in die Zukunft gewandt ist. Wir haben eine Situation – ich habe NSI noch gar nicht erwähnt; bei diesem Thema halte ich mich zurück – von Projekten im Land, bei denen man zumindest einmal hinterfragen darf, wo eigentlich die politische Steuerung für diese Projekte ist, wo die politische Aufsicht für diese Projekte ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Herr Staatssekretär – der Minister ist heute nicht da –, ich vermisste eigentlich die wirkliche politische Transparenz bei der Steuerung der Informationstechnik in diesem Land. Diese würde unserem Land guttun, weil es um sehr viel Geld geht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen meine ich, dass wir das, was der Rechnungshof Ihnen gesagt hat – Herr Präsident, ich komme zum Ende –, nämlich dass Sie eine sehr –

(Abg. Jörg Döpfer CDU: Hol einmal Luft!)

– Herr Kollege, ich bin eigentlich ganz gut dabei; vielleicht liegt die Unsicherheit bei jemand anderem.

In Baden-Württemberg haben wir einen Rechnungshofbericht, der Ihnen sagt, dass man etwas ändern muss. Wir haben einen Landessystembeauftragten, bei dem man nicht genau weiß, wer das wirklich ist, und bei dem man eigentlich der Meinung sein sollte, dass er aufgewertet werden sollte, aber dann bitte schön hier fürs Parlament. Und wir haben eine Situation, bei der wir mehr Interesse und mehr Aufmerksamkeit für die Informationstechnik vom Land Baden-Württemberg und im Landtag von Baden-Württemberg brauchen.

Das, meine Damen und Herren, ist die Situation. Ich entnehme das auch Anträgen der Regierungsfractionen. Deswegen ist es z. B. ein wichtiger Schritt, dass wir im Land einen CIO einführen, einen Chief Information Officer, bei dem klar ist, dass er Staatssekretärsrang hat und bei ihm die politische Verantwortung gebündelt ist. Dieses Parlament muss wissen, was in der Informationstechnikpolitik des Landes vor sich geht und wie sie am besten auf das ausgerichtet wird, was wir beim Bund erreichen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: Bravo! – Abg. Jörg Döpfer CDU: Schneller klatzen! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Der nimmt keine Rücksicht auf die Mitarbeiter!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter.

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Herr Präsident hat mich gerade darauf aufmerksam gemacht, dass Kollege Hofelich seine Redezeit um einiges überschritten hat. Sein Grundsatzreferat möchte ich jetzt auch gar nicht wiederholen.

(Abg. Jörg Döpfer CDU: Es reicht, was er gesagt hat!)

Ich will mich hier auf zwei Punkte beschränken, Herr Kollege Döpfer.

(Abg. Jörg Döpfer CDU: Er hat dreimal so lange geredet! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Aber was er gesagt hat, hatte Hand und Fuß!)

Sie freuen sich schon auf die Mittagspause; ich sehe es Ihnen an.

(Heiterkeit des Abg. Jörg Döpfer CDU)

Zunächst möchte ich darauf eingehen,

(Zuruf des Abg. Jörg Döpfer CDU)

dass die Bedenken der Kommunen sowie des Landkreistags – Herr Kollege Wolf, Sie haben darauf hingewiesen – in einem gewissen Umfang Eingang gefunden haben und respektiert wurden. Ich frage mich aber schon, weshalb wir hier – Herr Kollege Hofelich hat darauf hingewiesen – zwar immer von Subsidiarität reden, es aber immer dann, wenn es darum geht, Subsidiarität auch zu leben und die unterhalb der Ebene von Landtag und Landesregierung angesiedelten Bereiche einzubinden, immer schwieriger wird.

Ich würde mir wünschen, dass wir hier eine Planungssicherheit haben, dass die Landkreise, der Gemeindetag, der Städtetag mitreden können, dass sie in diesen Kommissionen einen Sitz bekommen – vielleicht können wir uns im Ausschuss darauf verständigen, Herr Kollege Wolf – und nicht nur zuvor informiert werden. Das halte ich für einen ganz wichtigen Schritt.

Dasselbe gilt für den Datenschutz. Sie haben ausgeführt, dass der Landesdatenschutzbeauftragte vorher informiert wird. Aber wir fragen uns: Warum sitzt er nicht mit am Tisch und kann dort seine Argumente einbringen?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sehr gut!)

Auch das wollen wir im Ausschuss mit Ihnen beraten. Wir können uns auch gern vorher zusammensetzen, Kollege Wolf. Vielleicht treffen wir uns einmal und machen das interfraktionell. Ich bin sicher, Kollege Hofelich hat auch nichts dagegen, wenn wir in dieser Weise vorgehen.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Natürlich! Wir helfen der Regierung gern!)

Wenn wir schon Föderalismus haben, dann buchstabieren wir ihn richtig durch, und zwar von oben bis nach ganz unten. Dann bekommen wir sicherlich etwas, mit dem wir einverstanden sind.

(Jürgen Walter)

Kollege Hofelich hat darauf hingewiesen: Die IT-Industrie wird eine der Schlüsselindustrien der Zukunft sein. Deshalb ist der Verfassungsrang wichtig. Die Frage ist nur – darauf hat Kollege Hofelich ebenfalls hingewiesen –: Sind wir in Baden-Württemberg richtig aufgestellt? Nach meinem Eindruck gehen einige Kommunen in Baden-Württemberg, die das erkannt haben, voran – als Beispiel wird immer wieder einmal Sternefels genannt –, aber es gibt keine Vorgaben und kein Vordenken der Landesregierung bezüglich der Frage, worum es beim E-Government, wie man es auf Neuhochdeutsch nennt, eigentlich gehen soll. Wir wünschen uns, dass die Landesregierung dieses Thema mehr ins Bewusstsein rückt und dass man den Kommunen klarmacht, welche Vorteile darin liegen.

Der Herr Minister – er ist noch da – hat heute Morgen betont, wir lägen in puncto IT weit vorn. Herr Minister, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass das Arbeitsplätze sind, die man nicht exportieren kann. Sie sind hier und bleiben auch hier – zumindest zum Teil. Beispiele dafür, dass manches elektronisch in Indien oder anderswo gemacht wird, etwa Abrechnungen, kennen wir alle.

Aber ich frage Sie: Wenn Sie das erkannt haben, warum ist dann Baden-Württemberg – das gilt auch für diesen Landtag – in der Frage der Open-Source-Software noch immer hinten dran? Ich habe Ihnen schon in der Vergangenheit immer wieder gesagt: Sindelfingen – sprich IBM –, das Hauptquartier für Open-Source-Software, für Linux in ganz Europa, muss uns näher liegen als Seattle – sprich Windows.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Die sind aber nicht in Sindelfingen! Da ist Daimler! IBM ist in Böblingen! – Gegenruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Aber der Rest stimmt!)

– Ich weiß, Herr Kollege Nemeth. Sie wissen, was ich meine. Wenn Sie es nicht verstehen, Herr Kollege Nemeth, erkläre ich es Ihnen einmal. Auf jeden Fall geht es darum – dazu habe ich leider von Ihnen, Herr Kollege Nemeth, bisher keine Initiative gesehen –,

(Abg. Paul Nemeth CDU: Haben wir aber gemacht!)

dass wir in diesem Land mehr für Linux und für andere Open-Source-Software tun müssen, weil wir hier Arbeitsplätze schaffen müssen und nicht in Seattle. Darum geht es, Herr Kollege. Ob es nun Sindelfingen oder Böblingen ist – das ist wahrscheinlich sowieso bald eine Stadt –, ist hier überhaupt nicht die Frage. Beide Städtenamen fangen mit „S“ an, deswegen diese Begriffe.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sindelfingen und Böblingen?)

– Die FDP/DVP versteht, glaube ich, ohnehin nichts davon.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Deshalb habe ich mich an sie gar nicht gewandt. Es geht darum, dass wir in diesem Bereich einen erheblichen Nachholbedarf haben. Das fängt bei den Ministerien an und geht beim Landtag weiter. Das ist eine Aufgabe, der wir uns in den nächsten Jahren ebenfalls stellen müssen.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kluck.

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Walter, Sie haben gefragt, wie wir in Baden-Württemberg aufgestellt sind, und haben gemeint, die Landesregierung müsse den Kommunen auf die Sprünge helfen. Ich weiß nicht, wie es bei Ihnen in Asperg ist. Aber ich glaube, in manchen Bereichen sind die Kommunen auf diesem Sektor weiter als das Land.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Zu meinen, man müsse staatliche Kommissare schicken, die denen beibringen, wie man E-Government macht, ist doch ein bisschen weit hergeholt.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Kommissare schicken wir Ihnen!)

Wir machen mit diesem Gesetz – der Herr Staatssekretär hat es schon gesagt – praktisch den letzten Knopf an die Ergebnisse der Föderalismuskommission II, und das ist gut so. Im August wurde das Grundgesetz um den Artikel 91 c erweitert. Damit ist eine wichtige Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern in der Informationstechnik geschaffen.

Uns Liberale freut dabei, dass die Informationstechnik durch einfachere und effektivere Entscheidungsstrukturen verbessert werden kann.

Ärgerlich finden wir, dass der Datenschutz in diesem Vertrag nicht ausdrücklich aufgeführt wird. Dabei ist die Frage nach dem Datenschutz bei der Bewertung von IT-Sicherheitsstandards aus unserer Sicht sehr wichtig. Bei der Festlegung dieser Standards muss nämlich eine datenschutzrechtliche Verträglichkeit Berücksichtigung finden.

Generell ist es gut, wenn über den künftigen IT-Planungsrat die Zusammenarbeit im Bereich der öffentlichen Informationstechnik institutionalisiert wird. Dadurch wird eine Basis für sinnvolle, fachunabhängige und fachübergreifende Sicherheitsstandards geschaffen. Das Ganze wird auch einfacher und leichter handhabbar,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Ja! Super!)

sodass man sich dem schnellen technischen Fortschritt anpassen kann.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Ja!)

Durch die Neuaufstellung der IT-Steuerung wird die Möglichkeit für ein übergreifendes E-Government-Angebot geschaffen. Mir kommen diese neudeutschen Bezeichnungen etwas schwer über die Lippen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Er kann kein Englisch!)

Aber ich will es einmal mit einem Bild sagen:

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

(Hagen Kluck)

Die öffentliche Verwaltung kann der Wirtschaft und den Bürgerinnen und Bürgern auf der Datenautobahn nicht mit Tempo 30 hinterherhecheln. Deswegen ist es wichtig, dass wir jetzt in diesem Bereich etwas tun.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Die FDP/DVP-Landtagsfraktion will, dass in Baden-Württemberg in eine leistungsfähige IT-Infrastruktur investiert wird. Wir fördern neue Technologien und schaffen wettbewerbsfähig zukunftsfähige Strukturen.

Wir brauchen Rahmenbedingungen, damit der Arbeitskräftebedarf – auch das ist wichtig: Arbeitsplätze –, der Bedarf an hoch qualifizierten Spezialisten befriedigt wird. Unser Land muss zum Vorreiter in Sachen Internetkompetenz werden.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Oho!)

Moderne Technologien sind keine Bedrohung. Das unterscheidet uns von den Sozialdemokraten und den Grünen:

(Widerspruch bei der SPD und den Grünen – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Um Gottes willen! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Da biegen sich die Balken!)

Wir empfinden sie nicht als Bedrohung, sondern als eine Chance für Baden-Württemberg.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Einfach hinsetzen und Klappe halten!)

Mit dem heute eingebrachten Gesetzentwurf machen wir einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Verwirklichung der Internetrepublik Deutschland.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Oh-Rufe von der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ich glaube, diese Rede ist auf Ihrer Reiseschreibmaschine geschrieben worden! – Heiterkeit)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Justizminister Dr. Goll.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich mit nur wenigen Sätzen – weil es sein muss – auf das eingehen, was Herr Hofelich hier in meine Richtung geäußert hat.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Zu Recht!)

– „Zu Recht“, sagen Sie.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ja, zu Recht!)

Damit zeigen Sie, dass Sie in diesem Punkt leider genauso auf dem Informationsstand null sind.

(Beifall des Abg. Jörg Döpfer CDU)

Ich kann auf dieses komplette Zerrbild nur mit einigen Beispielen antworten: Wir haben in Baden-Württemberg das zen-

trale Mahnverfahren auf IT-Basis kreiert. Das hat der gesamte Bund übernommen.

(Zuruf des Abg. Jörg Döpfer CDU)

Wir haben im Justizministerium die Neuen Steuerungsinstrumente eingeführt. Dafür sind wir vom Rechnungshof ausdrücklich gelobt worden – alles ist natürlich EDV-gestützt und auf modernstem Niveau. Wir wären im Moment bereits in der Lage, die elektronische Akte komplett einzuführen. Voraussetzung dafür ist eigentlich nur noch, dass die Anwaltschaft flächig mitzieht.

Wir haben in den letzten Jahren Arbeitsplätze geschaffen, die so aussehen, dass jeder Richter und Staatsanwalt von seinem Arbeitsplatz aus per Knopfdruck am Computer an sämtliche juristischen Datenbanken herankommt.

Das sind nur einige Beispiele, die zeigen, dass wir wirklich sagen können, dass wir eigentlich an der Spitze des Fortschritts marschieren.

Ich habe allerdings schon vor Längerem die Losung ausgegeben, dass nicht jeder immer wieder selbst das Rad für sich neu erfinden muss.

(Zuruf des Abg. Manfred Groh CDU)

Es ist doch Blödsinn, zu sagen, dass es eine Schmach sei, etwas aus Bayern zu übernehmen;

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Lächerlich! Das war wirklich ein peinlicher Auftritt!)

das ist wirklich steinzeitliches Denken. Ich selbst habe mich dafür ausgesprochen, dass einer möglichst für alle etwas entwickelt und die anderen das dann übernehmen.

(Unruhe)

Herr Hofelich, jetzt sage ich Ihnen zum Schluss, wo unsere Probleme lagen – deswegen kann einem da schon ein bisschen der Kamm schwellen –: Es lag nicht daran, dass wir geschlafen hätten, nicht bestellt hätten oder nicht gewusst hätten, was wir wollten, sondern es lag regelmäßig daran, dass unsere Partner aus der Industrie – für die Industrie waren Sie auch einmal tätig – zu uns gesagt haben: Wir machen das schon. Unterwegs haben sie dann erkannt, dass es doch schwieriger ist.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Genau!)

Daraus sind unsere Probleme resultiert. Ich an Ihrer Stelle wäre ganz klein mit Hut,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Jörg Döpfer CDU: So ist es! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! So ist es! – Abg. Peter Hofelich SPD: Sicher nicht!)

bevor Sie bei denen die Schuld suchen, die diese Technik nutzen möchten.

(Abg. Jörg Döpfer CDU: Sehr gut!)

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an den Innenausschuss zu überweisen. – Sie stimmen zu. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt in Baden-Württemberg (DLR-Gesetz BW) – Drucksache 14/5516

Das Präsidium hat folgende Redezeit festgelegt: Die Begründung erfolgt durch die Regierung. Für die Aussprache sind fünf Minuten je Fraktion vorgesehen.

Das Wort erteile ich Herrn Minister Pfister.

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute findet der dritte Akt eines Schauspiels mit dem Titel „Dienstleistungsrichtlinie“ statt. Es geht bei diesem dritten Akt um die Frage nach dem Was, nachdem sich der erste Akt mit der Frage nach dem Wie befasst hat. Das heißt, es geht um die Frage, wie bei dieser Dienstleistungsrichtlinie das Zusammenspiel von Einheitlichem Ansprechpartner und den zuständigen Behörden zu funktionieren hat.

Das alles ist, wie Sie wissen, im Landesverwaltungsverfahrensgesetz im Sommer bereits abschließend geregelt worden. Das war der erste Akt.

Der zweite Akt betrifft die Frage nach dem Wer: Wer soll Einheitlicher Ansprechpartner in Baden-Württemberg sein? Sie wissen, wir haben uns hier vor zwei Wochen mit der Verabschiedung des Gesetzes über die Einheitlichen Ansprechpartner entschieden.

Wie gesagt, heute folgt der dritte Akt, die Frage nach dem Was. Da geht es um die Frage, was nun im Einzelnen über den Einheitlichen Ansprechpartner abgewickelt werden soll und kann.

Das alles ist im Fachrecht zu regeln. Das ist ein bisschen kompliziert, auch deshalb, weil das zuständige Wirtschaftsverwaltungsrecht zum großen Teil Bundesrecht ist. Dieses Bundesrecht gilt sowohl für das Recht der verkammerten Berufe als auch für die Gewerbeordnung. Was wir auf Landesebene jetzt noch in einem Artikelgesetz bündeln müssen, also die entsprechenden gesetzlichen Verfahrensordnungen, steht heute in erster Lesung zur Debatte.

Nur ganz kurz: Diese Verfahrensordnungen betreffen z. B. Übersetzer in Gerichtsverfahren, Sachverständige, Privathochschulen, Ergänzungsschulen und vieles andere mehr. Das ist die eine Seite. Die andere ist, dass dieses Gesetz die Ergebnisse der Normenprüfung auf Landesebene umsetzen muss.

Deshalb wurden die landesrechtlichen Zulassungsverfahren für Dienstleister vereinfacht, etwa dadurch, dass wir auf Ge-

nehmigungsverfahren in bestimmten Punkten verzichten, oder dadurch, dass wir die Abschaffung von Doppelprüfungen bei vergleichbaren Qualifikationsanforderungen vorschlagen – um nur zwei Beispiele zu nennen.

Einen Punkt darf ich noch besonders hervorheben. Wir haben eine Anhörung zu diesem Gesetzentwurf gemacht. In dieser ist deutlich geworden, dass es einigen Verbänden schwerfällt, zu akzeptieren, dass es hier um die Umsetzung einer EU-Richtlinie geht. Es scheint ja – jedenfalls bisweilen – eine deutsche Krankheit zu sein, dass bei solchen Umsetzungen von EU-Richtlinien immer noch ein bisschen draufgesetzt wird. Ich will Ihnen deutlich sagen, dass wir in diesem Fall ganz bewusst nichts draufgesetzt haben, sondern dass wir diese Richtlinie nun wirklich 1 : 1 umgesetzt haben und da, wo Vereinfachungen notwendig und auch möglich sind, diese Vereinfachungen noch zusätzlich durchgeführt haben.

Sie sollten diese Bescheidenheit honorieren und dem Gesetzentwurf zustimmen. Ich höre mit meinen großen Ohren, dass es doch noch eine Chance gibt, dass dieses Gesetz zum 1. Januar 2010 umgesetzt werden kann. Die Vertreter des Parlaments – das ist Ihre Aufgabe – werden da entsprechende Vorschläge machen. Ich würde mich sehr darüber freuen, wenn wir es über ein entsprechendes Timing noch schaffen könnten, dass dieses Gesetz zum 1. Januar umgesetzt werden kann. Wenn das nicht mehr gelingen würde, wäre es auch kein großer Beinbruch. Aber es wäre natürlich schöner, wenn wir, nachdem sich der Wirtschaftsausschuss damit befasst hat, in der nächsten Plenarsitzung die zweite Lesung durchführen könnten.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Wunderbar!)

Insgesamt steht das Gesetz, wie gesagt, im Zusammenhang mit der Diskussion über die Dienstleistungsrichtlinie. Es ist ein notwendiges Gesetz. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Löffler für die Fraktion der CDU.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie für den Bereich der Einheitlichen Ansprechpartner war wahrlich eine Herkulesaufgabe in diesem Haus und auch im Europäischen Parlament. Wir sind jetzt auf der Zielgeraden. In der vorletzten Plenarsitzung haben wir die Schaffung der Einheitlichen Ansprechpartner beschlossen und die Voraussetzung dafür geschaffen, dass es künftig für Unternehmen im In- und Ausland wesentlich leichter sein wird, hier ein Unternehmen zu beginnen, hier Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist aus mittelstandspolitischer Sicht ein wichtiges Signal.

Aber beim Signal darf es nicht bleiben. Jetzt muss auch die Arbeit dafür getan werden, dass die entsprechenden Regelungen in den Fachgesetzen aufgenommen werden, damit wir die Einheitlichen Ansprechpartner auch tatsächlich umsetzen können, damit innerhalb der Frist von drei Monaten die Genehmigung und die Informationen an die Unternehmer weitergegeben werden können.

(Dr. Reinhard Löffler)

All diese Änderungen sind vornehmlich im Landesverwaltungsverfahrensgesetz und in zahlreichen fachgesetzlichen Regelungen geregelt: im Architektengesetz, im Ingenieurgesetz; es gibt aber auch solche Exoten wie das Markscheidergesetz. Den unter das letzte Gesetz fallenden Beruf habe ich in meinem ganzen Leben noch nicht wahrgenommen. Ich weiß auch gar nicht so richtig, was das ist. Aber die Verwaltung hat sich die Mühe gemacht, alle betroffenen Gesetze detailliert ausfindig zu machen und die entsprechenden Regelungen dafür zu treffen.

Wir sind auf der Zielgeraden. Das heißt, wenn wir das Ziel der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie bis zum 31. Dezember dieses Jahres schaffen wollen, müssen wir auch das Artikelgesetz umsetzen. Um die Umsetzung auch tatsächlich hinzubekommen, brauchen wir noch die zweite Lesung. Ich weiß: Die Zeit ist knapp. Aber wir haben noch eine Woche. In dieser Woche könnten wir noch eine Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses durchführen. Wir könnten dann dieses Gesetz noch im Ausschuss beraten und es kurz vor Weihnachten noch in zweiter Lesung im Plenum verabschieden. Das würde ich für richtig halten.

Zwar befürchte ich jetzt nicht unbedingt ein EU-Vertragsverletzungsverfahren. Aber nach meinem Dafürhalten gebietet es der Respekt vor der Europäischen Union, dass wir die Zeitvorgaben einhalten. Wir können die Zeitvorgabe einhalten. Es gibt keine Notwendigkeit, die Ausschussberatung und die zweite Lesung auf das nächste Jahr zu verschieben. Ich will auch die Kollegen von der Opposition bitten, zuzustimmen, dass wir eine Sondersitzung des Ausschusses durchführen, damit wir bei der nächsten Plenarsitzung in einer Woche dieses Artikelgesetz verabschieden können.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Das wäre gut!)

Inhaltlich ist alles vernünftig und richtig. Ich kann das Ersuchen des Wirtschaftsministers auf Zustimmung zu diesem Gesetz nur unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Prewo für die SPD-Fraktion.

Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! So langweilig sich die Beratung dieses Gesetzentwurfs jetzt anhört, so innovativ ist die Sache, um die es geht. Zum ersten Mal denken wir in der Verwaltung vom Kunden und vom Bürger her –

(Zuruf des Abg. Guido Wolf CDU)

als Erste allerdings nicht wir in Baden-Württemberg, sondern in diesem Fall – das muss man ganz deutlich sagen – die Europäische Union. Die Europäische Union verlangt von uns und den anderen Ländern, dass wir von denjenigen, die ein Gewerbe ausüben wollen, nicht verlangen, dass sie über zehn, zwölf, 13 Stationen tingeln müssen und dort Anträge stellen müssen, sondern dass wir ihnen eine einzige Stelle hierfür anbieten. Diese Stelle vernetzt im Hintergrund und leistet die

Dienste, um die verschiedenen Behörden zusammenzubringen.

Das ist genau so, wie wenn Sie Ihr Auto in die Werkstatt bringen: Dort geben Sie das Auto ab; Ihnen wird ein Meister zugeteilt; Sie sagen, was getan werden soll, und der Meister sorgt dafür, dass das Auto all die notwendigen Stationen in der Werkstatt durchläuft. So sollte auch die Verwaltung arbeiten.

Das ist eine riesige Innovation. Nicht die Regierung in Baden-Württemberg ist auf diese Idee gekommen, sondern Brüssel ist auf die Idee gekommen und hat das verlangt.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Ihr habt nicht zugestimmt! – Gegenruf von der CDU: Das ist nichts Neues!)

Wir haben es bereits beschlossen. Wir, die SPD-Fraktion, wollten ein noch moderneres Gesetz. Wir wollten noch mehr Dezentralisierung, noch kürzere Wege und eine noch größere Kunden- und Bürgerfreundlichkeit.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Immerhin haben wir durchsetzen können – zusammen mit Teilen der CDU und mit den kommunalen Landesverbänden –, dass wenigstens eine Reihe von kommunalen Stellen einbezogen worden sind. Das ist so weit ganz gut.

Jetzt geht es sozusagen um die Aufräumarbeit. Da stimme ich meinem Vorredner zu. Wenn man schon etwas so Innovatives macht, dann muss man bei uns 16 verschiedene Gesetze ändern, damit all die verschiedenen Behörden und Fachstellen sozusagen vergattert werden, dieses Gesetz auch anzuwenden und untereinander im Hintergrund zusammenzuarbeiten. Das muss eben sein. Das ist der letzte Schliff, das ist die Aufräumarbeit. Ich sehe keinen Grund, dass es damit Probleme gibt.

Ein Schönheitsfehler ist natürlich, dass man es jetzt auf den letzten Drücker macht und es keine reguläre Ausschusssitzung zur Einzelberatung mehr gibt. Wenn es eine vernünftige Regelung gibt, wie man das noch im alten Jahr schaffen kann, damit wir die Zusagen, die wir nach Europa gegeben haben, einhalten können, wollen wir uns dem nicht verschließen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Sckerl für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die wesentliche Charakterisierung ist schon vorgenommen worden. Es geht darum, den Europäischen Binnenmarkt ein Stück weiter nach Baden-Württemberg zu bringen und die europäische Verwaltungszusammenarbeit zu verbessern. Diese trifft sicherlich in allen Mitgliedsländern, aber auch bei uns noch immer auf recht hohe Verwaltungshürden.

Wir sehen beim Blick in den Gesetzentwurf, wo der Einheitliche Ansprechpartner als künftiger Lotse für die Bürgerinnen und Bürger aus dem europäischen Raum implementiert wer-

(Hans-Ulrich Sckerl)

den muss, um Bürokratie abzubauen. Da ist ein erheblicher Handlungsbedarf. Es ist sicherlich richtig, was Kollege Dr. Prewo gesagt hat, dass nämlich der Anstoß dazu nicht aus dem Land Baden-Württemberg kam, sondern von der Europäischen Union gekommen ist.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ist das schlimm?)

Aber reformbedürftig wäre es auch im alten „Nationalstaat“.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Ja!)

Was jetzt geregelt werden muss, ist schlank – das billigen wir Ihnen, Herr Minister, gern zu –; es ist nichts draufgesattelt, und es ist im Verhältnis 1 : 1 umgesetzt. Das ist an diesem Punkt auch absolut notwendig. Die Stichworte sind genannt: die Lotsenfunktion des Einheitlichen Ansprechpartners, die Genehmigungsfiktion, die man unbedingt auf weitere Bereiche ausdehnen muss, um den Rechtsanspruch der europäischen Bürgerin und des europäischen Bürgers zu stärken, und – wie gesagt – die Stärkung der Verwaltungszusammenarbeit.

Wir sind gern bereit, bei einem handhabbaren Vorschlag die zweite Lesung vor der Weihnachtspause zu ermöglichen, weil wir uns gegenüber der Europäischen Union schon im Soll sehen. Für die Beratung im zuständigen Ausschuss gibt es zwei, drei kleinere Fragen aus der Anhörung der Verbände. Die gehören aber jetzt nicht in die erste Lesung. Aber ich kann bereits jetzt insgesamt die Zustimmung unserer Fraktion signalisieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dieses Artikelgesetz folgt dem Gesetz zum Einheitlichen Ansprechpartner, das wir vor einigen Wochen hier beschlossen und über das wir auch inhaltlich und von seiner Wirkung her intensiv diskutiert haben. Das ist jetzt die Komplettierung des Ganzen durch dieses umfangreiche Artikelgesetz, das sinnvoll ist und bei dem ich auch keinen großen inhaltlichen Diskussionsbedarf mehr sehe.

Deshalb unterstützt meine Fraktion dieses Gesetz natürlich auch. Was den Vorschlag zum Verfahren anbelangt, können wir dem selbstverständlich auch gern folgen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, damit ist die Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung, Drucksache 14/5516, beendet. Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. – Sie stimmen der Überweisung zu. Es ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 4 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Dreizehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften – Drucksache 14/5517

Das Präsidium hat Folgendes festgelegt: Die Begründung des Gesetzentwurfs erfolgt durch die Regierung. Für die Aussprache gilt eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort erteile ich Herrn Minister Professor Dr. Goll.

(Minister Dr. Ulrich Goll schüttelt den Kopf.)

– Wer spricht für die Regierung?

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Nein, der Kollege Pauli kann das übernehmen! – Gegenruf des Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Ich übernehme das mit! – Weitere Zurufe)

Will die Regierung nicht zur Begründung des Gesetzentwurfs sprechen?

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Tanja, komm! Product-Placement, da kannst du auch mitreden! – Gegenruf der Ministerin Tanja Gönner: Ich bin nicht für alles zuständig! – Weitere Zurufe)

Dann erteile ich zunächst Herrn Abg. Pauli für die Fraktion der CDU das Wort.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Er kann das besser als der Minister!)

Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Änderungen durch den Dreizehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag betreffen sowohl den Rundfunkstaatsvertrag als auch den Jugendmedienschutz-Staatsvertrag. Das vorliegende Artikelgesetz dehnt den Anwendungsbereich auf alle audiovisuellen Mediendienste aus. Ziel der Landesregierungen – das darf ich der Begründung durch die Landesregierung vorwegnehmen – waren wohl auch die Optimierung der Wettbewerbsbedingungen sowie eine größere Rechtssicherheit für unsere Unternehmen im Bereich der Informationstechnologie und in den Mediendiensten.

Meine Damen und Herren, die europarechtlichen Beschränkungen für Wettbewerb, für Werbung werden liberalisiert, z. B. durch Lockerung bei der Einfügung von Werbung. Strittig bleibt, ob diese Regelungen praktikabel und durchführbar sind. Es gibt Kritik sowohl aus den Reihen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten als auch aus den Reihen der privaten Anbieter. Über die Frage, ob diese Regelungen praktikabel sind, können wir uns gern im Ständigen Ausschuss unterhalten.

Herr Minister Pfister hat in der Debatte unter dem vorherigen Tagesordnungspunkt kritisiert, es sei eine deutsche Krankheit, dass wir alles immer noch gründlicher gestalten wollten, als es die Politik auf europäischer Ebene manchmal verlange. Ich sage ganz deutlich: Die strengeren Kennzeichnungspflichten, was Produktplatzierungen anbelangt, die früher zu Recht als

(Günther-Martin Pauli)

Schleichwerbung kritisiert worden sind, sind im Sinne eines größeren Verbraucherschutzes sicherlich richtig. Wir halten es für notwendig, dass die strengere Pflicht zur Kennzeichnung von Produktplatzierungen auch erreicht werden kann. Dies gilt auch für die eingekauften Produkte. Frau Kollegin Kipfer, das ist einer der Kritikpunkte, die vor allem auch von ARD-Anstalten an diesem Rundfunkänderungsstaatsvertrag geäußert werden.

Darüber werden wir uns auch im Ständigen Ausschuss unterhalten können. In diesem Sinn freue ich mich auf eine lebendige Auseinandersetzung über den Dreizehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Jetzt ist ja der Herr Minister da!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Kipfer. Ich weise darauf hin, dass Frau Kipfer heute ihre letzte Rede im Parlament hält.

(Oh-Rufe)

Frau Kipfer ist seit 1988 im Landtag. Damit hat sie hier 21 Redejahre verbracht.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Abg. Birgit Kipfer SPD: Vielen Dank. Ich weiß gar nicht, wie ich das jetzt verdient habe.

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, der Minister braucht zu dem Gesetzentwurf gar nicht zu reden, weil wir vier Insider wissen, worum es geht.

(Heiterkeit)

Es gibt auch noch eine Zweite Beratung, bei der man das Ganze vertiefen kann. Aber die Angelegenheit verkürzt sich, denn der Herr Minister hätte nicht viel anderes gesagt als das, was Herr Pauli geäußert hat.

(Zuruf des Abg. Günther-Martin Pauli CDU – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Manchmal ist auch Herr Pauli staatstragend!)

Ich möchte aber auf das Kernelement dieses Rundfunkänderungsstaatsvertrags eingehen. Das ist die Abkehr oder zumindest die Aufweichung von einem ehernen Grundsatz in der Presselandschaft, nämlich dass Werbung und redaktioneller Inhalt strikt voneinander zu trennen sind und Werbung immer dann, wenn sie auftaucht, entsprechend zu kennzeichnen ist.

Künftig wird das, was man gemeinhin als Schleichwerbung bezeichnet, grundsätzlich erlaubt sein – jedenfalls im kommerziellen Rundfunk und etwas abweichender, leichter auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Man nennt das nur nicht mehr Schleichwerbung, sondern Produktplatzierung. Das klingt vornehmer.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Product-Placement!)

Das kommt aus unserer Sicht einem Dambruch gleich, denn es ist schon zu fragen, ob die Zuschauer und Zuhörer künftig

wissen, ob und, wenn ja, wie sie unterschwellig beworben werden. Daher sollen diese vor und nach einer Sendung, die Produktplatzierungen enthält, bzw. auch vor und nach einer Werbeunterbrechung hierüber informiert werden. Die Produktplatzierung soll also gekennzeichnet werden.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: In Ordnung!)

Diese Regelung hat aus unserer Sicht Anmutungen eines Placeboeffekts.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Denn die Verbraucher zappen und sehen immer seltener eine Sendung von Anfang bis Ende inklusive des Abspanns, und es ist höchst fraglich, ob die Kennzeichnung von Produktplatzierungen überhaupt von ihnen aufgenommen wird. Wir sehen das sehr kritisch. Erfreulich ist immerhin, dass bestimmte Sendeformate, z. B. Kindersendungen, von dieser Erlaubnis ausgenommen sind.

Wäre es nun besser gewesen, die deutschen Verhandlungspartner hätten sich bei der Entstehung dieser EU-Richtlinie durchgesetzt – sie wollten diese Produktplatzierung verhindern –, und wäre es besser gewesen, die Ministerpräsidenten wären bei der Abfassung des Staatsvertrags bei der Möglichkeit geblieben, Produktplatzierung komplett zu verbieten? Ich denke, nein. Denn Film- und Fernsehproduktionen sind heute auf dem internationalen Markt. Was nützt es dem deutschen Markt, dass bei uns so etwas verboten ist, wenn ringsherum Produktplatzierung erlaubt ist? Wichtiger noch: Angesichts der sinkenden Erträge der privaten Rundfunkveranstalter durch die herkömmliche Werbung gibt es hier für sie neue Möglichkeiten, ihre Erträge zu steigern und neue zu generieren. Dies ist laut der Begründung des Gesetzentwurfs auch explizit so gewollt.

An dieser Stelle möchte ich aufgrund der aktuellen Diskussion auch darauf hinweisen, dass der private Rundfunk nicht nur kommerziell tätig sein sollte, sondern einen publizistischen Auftrag hat und seine Erträge z. B. auch für Nachrichtensendungen einsetzen muss, bevor er seine Shareholder befriedigt.

Schließlich werden Zuschauer dann nicht durch Produktplatzierung hinters Licht geführt, wenn sie breit informiert werden. Dies ist eine wichtige Aufgabe der Landesanstalt für Kommunikation. Die Aufgabe, Medienkompetenz zu verbreiten, ist bei ihr platziert. Der kritische Umgang mit Sendungen, die möglicherweise Produktplatzierungen enthalten, gehört dazu. Außerdem hat die Landesanstalt für Kommunikation die gesetzeskonforme Anwendung der neuen Regelungen zu überwachen. Insoweit wird sie eine Menge zu tun bekommen. Diese Aufgabe wahrzunehmen ist allemal wichtiger als, wie in letzter Zeit auffällig oft geschehen, allgemeine Grundsatzpapiere zur Zukunft des dualen Rundfunksystems oder zur Durchführung des Dreistufentests im Südwestrundfunk zu verfassen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Wir hatten den Eindruck, dass die Landesanstalt für Kommunikation mangels Aufgaben plötzlich solch allgemeine Papiere

(Birgit Kipfer)

verfasst. Jetzt bekommt sie eine ganz wichtige neue Aufgabe.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Genau!)

Im Übrigen betrifft eine Neuregelung den § 11 c des Rundfunkstaatsvertrags, in dem die Ermächtigung enthalten ist, den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nach Landesrecht digitale Verbreitungswege im Hörfunk zu ermöglichen. Das ist ganz wichtig, weil wir hoffen, dass dadurch dem digitalen Hörfunk, DAB plus, endlich auch in Deutschland und besonders bei uns zum Durchbruch verholfen wird. Denn im europäischen Vergleich haben wir diesbezüglich Nachholbedarf.

Auch wenn ich nicht mehr Mitglied dieses Hohen Hauses sein werde, wenn die zweite Lesung erfolgt und dieses Gesetz verabschiedet wird, darf ich die Zustimmung der SPD-Fraktion dazu ankündigen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe, dass medienpolitische Fragestellungen in Zukunft noch mehr auf das Interesse der Mitglieder dieses Hauses stoßen werden.

Danke.

(Anhaltender Beifall bei allen Fraktionen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst die Gelegenheit nutzen, der Kollegin Kipfer für die vielen Jahre der guten Zusammenarbeit zu danken. Frau Kipfer, ich wünsche Ihnen eine gute Zeit, und ich bin mir sicher, Sie werden sich auch weiterhin um dieses Thema kümmern.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Ich werde es mit Interesse verfolgen!)

Vielleicht können Sie auch entsprechende Anregungen in die SPD-Fraktion einspeisen.

Manches, was mit diesem Vertrag nun auf den Tisch kommt, ist wirklich unerfreulich. Die Kollegin Kipfer hat schon darauf hingewiesen. Wir müssen uns doch einmal die Frage stellen: Warum zappen so viele Leute von der Werbung weg?

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Weil sie das alles schon kennen!)

Weil sie diese Werbung schlichtweg nicht sehen wollen, weil sie von dieser Werbung und den ständigen Unterbrechungen der Sendungen genervt sind. Deshalb ist das Product-Placement natürlich nun für viele, die werben wollen, eine Hintertür. Man kann den Leuten dadurch Werbung zumuten, und zwar häufig so, dass sie das gar nicht merken. Man weiß, dass so etwas sehr perfide abläuft. Es bleibt im Unterbewusstsein haften, und letztlich ist das eine Art von Werbung, die eigentlich keinen Deut besser, sondern eher schlechter ist als die Werbung, die ganz offiziell als solche deklariert wird.

Kollegin Kipfer hat ebenfalls schon angemerkt, dass die Zuschauerinnen und Zuschauer, die spätestens mit dem Abspann schon wieder bei einer ganz anderen Sendung sind, die Hinweise, die nach einer Sendung kommen, etwa mit dem Inhalt: „Wir hatten im Film ein Product-Placement von diesen und

jenen Firmen“ – fünf Firmen, 100 Firmen oder wie viele es auch immer gewesen sind –, gar nicht mehr mitbekommen. Ein solcher Hinweis läuft also ins Leere.

Positiv ist, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk – ARD und ZDF haben bereits erklärt, auf Product-Placement verzichten zu wollen – weiterhin davon verschont bleiben wird. Auch das ist zukünftig sicherlich ein Markenzeichen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Etwas fraglich ist es aber schon, wenn man diesen Gedanken zu Ende denkt, dass gesagt wird: Wir legen jetzt hier noch weitere Kriterien vor. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss bei Sendungen, die er einkauft – beispielsweise eine amerikanische Serie –, alles genau kontrollieren. Ich finde, das ist zum Teil wieder ein hoher bürokratischer Aufwand, der hier dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk aufgebürdet wird, und das schießt meines Erachtens über das Ziel hinaus.

Man muss sich nur einmal überlegen, welcher Aufwand derzeit mit dem Dreistufentest – der Kollege Müller bekommt dies praktisch täglich mit – betrieben wird. Hier wird einiges gemacht, bei dem man sich allmählich fragt, ob das noch einen Sinn macht. Wir reden immer von Entbürokratisierung, entdecken oder erfinden dann aber doch immer wieder neue Monster, um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk – –

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Nicht wir! Wir haben das nicht erfunden! Man hat es erfunden! – Gegenruf des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Mit zwei „n“ oder mit einem?)

– Nein, wir haben das nicht erfunden, aber man oder teilweise auch frau.

Ich kann aber nur noch einmal an alle appellieren: Wenn die erste Phase des Dreistufentests im nächsten Jahr abgeschlossen sein wird, sollten wir uns ernsthaft überlegen, ob wir das wirklich so weitertreiben wollen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Na, na, na!)

– Genau, Herr Kollege Kluck, Sie geben das richtige Stichwort.

(Heiterkeit – Abg. Norbert Zeller SPD: Was ist denn „Na, na, na“ für ein Stichwort?)

Ich komme nun zu den Lobbyisten des Privatrundfunks, und damit ist der Kollege Kluck natürlich auch gemeint. Es ist in der Tat allmählich sehr fragwürdig, wie sich die Landesmedienanstalten in der Öffentlichkeit präsentieren. Ich habe den Eindruck, seit Herr Langheinrich aus Stuttgart hier den Vorsitz hat, sind die Landesmedienanstalten nur ein Lobbyismusverein für den Privatrundfunk.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: So ist es! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Solch ein Unfug!)

Die Aufgabe der Landesmedienanstalten ist es, diesen Rundfunk zu kontrollieren, und nicht, ihn in eine bessere Position gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu bringen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Eine bessere Position? Kennen Sie die Zahlen?)

– Ja, dieser Versuch wird doch hier gemacht.

(Jürgen Walter)

Ich bin also skeptisch, Frau Kollegin Kipfer, dass die neuen Aufgaben die Landesmedienanstalten tatsächlich davon abbringen, etwas zu tun, wofür sie eigentlich gar nicht zuständig sind, und sie dazu bewegen, sich wieder ihrer eigentlichen Aufgabe zuzuwenden. Wir als Landtag sollten dies in Zukunft jedoch ebenfalls besser kontrollieren.

Wir diskutieren hier beispielsweise immer über die Frage der Rundfunkgebühren – manchmal kontrovers; meist sind wir uns aber einig. Aber es ist doch bekannt: Die Landesmedienanstalten werden durch einen Teil der Rundfunkgebühren finanziert. Das heißt, wenn die Landesmedienanstalten mit ihren eigentlichen Aufgaben gar nicht ausgelastet sind und sich andere Aufgaben suchen, dann müssen wir uns fragen, ob der Zuschuss, den wir ihnen geben, in dieser Höhe überhaupt noch gerechtfertigt ist oder ob wir uns darüber nicht andere Gedanken machen müssen.

Gut finde ich, dass es in diesem Vertrag bestimmte Restriktionen gibt, was die Teleshopping- und die Werbebestimmungen anbelangt. Aber insgesamt findet hier ein Dambruch statt, der nicht in unserem Sinn und sicherlich auch nicht im Sinn der Zuschauerinnen und Zuschauer ist.

Letztes Stichwort: Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass wir die Digitalisierung des Rundfunks voranbringen müssen. Ich hoffe, dass der morgige Kongress in Karlsruhe – manchmal macht die LFK auch Sachen, die noch in die Zukunft weisen – dazu beitragen wird, dass wir da jetzt wieder in die Gänge kommen. Wenn die Privaten nicht dabei sein wollen, dann muss der öffentlich-rechtliche Rundfunk das Recht und die Möglichkeit bekommen, hier allein voranzugehen. Denn wir sind in Europa mittlerweile tatsächlich fast schon von dieser Entwicklung abgehängt, und es ist dringend nötig – Kollege Kluck, wir haben gerade heute Morgen schon mehrfach darüber diskutiert, wohin die Zukunft geht, was Technologien der Zukunft sind –, in der Frage der Digitalisierung einen Schritt voranzukommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Kleinmann für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch die FDP/DVP-Landtagsfraktion dankt Ihnen, liebe Frau Kipfer, herzlich für die gute Zusammenarbeit. Wir wünschen Ihnen alles Gute. Begleiten Sie auch weiterhin nicht nur die Arbeit der Medienpolitik, sondern die gesamte Arbeit dieses Hohen Hauses.

Meine Damen und Herren, die mit dieser Richtlinie einhergehende Legalisierung von Product-Placement – Herr Kollege Walter hat darauf hingewiesen – hat Auswirkungen auf die Ausgestaltung und Interpretation des Grundsatzes der Trennung von Werbung und Programm. Darum geht es letztlich.

Auch wenn sich in der Praxis schon seit der Etablierung der dualen Rundfunkordnung eine zunehmende Erosion des Trennungsgrundsatzes feststellen ließ, blieb das Trennungsgebot dennoch medienrechtlich unangetastet, Herr Walter. Dies ändert sich jedenfalls jetzt ein Stück weit. Trennung bedeutet jetzt nicht mehr eine strikte Trennung von Werbung und Pro-

gramm, sondern eher eine Aufteilung in Sendungen mit und in Sendungen ohne inhärente Werbebotschaften.

Das Ziel des Trennungsgrundsatzes ist damit nicht mehr die faktische Abgrenzung von Programm einerseits und Werbung andererseits, sondern die Transparenz für den Zuschauer, ob und, wenn ja, wann er auf Werbung treffen kann. Zwar bleibt es grundsätzlich beim Verbot von Product-Placement, jedoch werden, wie Sie wissen, mit § 15 für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und mit § 44 für den privaten Rundfunk Ausnahmen eröffnet.

Betrachtet man das Ganze zusammenfassend, so kann man sagen: Bei diesem Rundfunkänderungsstaatsvertrag geht es um Transparenz für den Nutzer statt um faktische Trennung. Da ist es gut, dass zumindest Nachrichten, Sendungen zum politischen Zeitgeschehen, Ratgeber- und Verbrauchersendungen, Kindersendungen und auch Gottesdienste im öffentlich-rechtlichen wie im privaten Fernsehen völlig frei von Product-Placement bleiben. – Sie schmunzeln.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Messwein!)

– Sie denken an Gottesdienste? Man könnte z. B. noch für den Messwein werben.

Der Entwurf dieses Staatsvertrags ist schon vor einigen Monaten im Ständigen Ausschuss ohne Aussprache zur Kenntnis genommen worden. Selbstverständlich werden wir Liberalen der Ratifizierung zustimmen. Aber es wird, Herr Walter, in angemessenem zeitlichen Abstand doch nötig sein, genauer zu untersuchen, wie sich Werbung in ihren verschiedenen Sonderformen weiterhin entwickelt und ob die Transparenz für den Bürger, die wir von diesem Staatsvertrag erwarten – deshalb machen wir ihn –, tatsächlich auch gewährleistet werden kann. Darum geht es unserer Fraktion.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, der Herr Minister muss nicht reden, aber er darf reden. Ich erteile ihm das Wort.

Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums Dr. Wolfgang Reinhart: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir, dass ich mich zunächst ebenfalls bei der Kollegin Kipfer persönlich und auch im Namen der Landesregierung bedanke.

Sie waren eine stets kritische, aber immer sachkundige Wegbegleiterin. Ich durfte das 17 Jahre lang miterleben. Sie werden in Ihrer Fraktion sicherlich eine Lücke hinterlassen. Denn ich darf sagen: Man musste stets mit Ihnen rechnen, man konnte aber auch immer auf Sie zählen, wenn es um Forderungen des Medienrechts, der Medienpolitik ging. Insoweit herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich möchte nur wenige Gesichtspunkte ansprechen, weil die Vorredner viele Punkte inhaltlich beleuchtet haben. Es ist na-

(Minister Dr. Wolfgang Reinhart)

türlich richtig, dass die deutschen Länder zunächst gern eine andere Regelung gehabt hätten, was die entgeltliche Produktplatzierung angeht.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Allerdings muss man der Vollständigkeit halber hinzufügen: Der jetzige Staatsvertrag trägt natürlich die Unterschriften der 16 Ministerpräsidenten.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das ist immer so!)

Ich habe mich eben noch einmal versichert: Herr Beck, Herr Böhrnsen, Herr Platzek, alle haben ihre Unterschrift unter den Vertrag gesetzt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Carstensen auch? – Gegenruf des Abg. Rainer Stickleberger SPD: Auch Schleswig-Holstein!)

So viel nur dazu, was die Unterstützung und die Unterzeichnung dieses Rundfunkänderungsstaatsvertrags angeht.

Nun muss man fragen: Warum unterschreiben die Ministerpräsidenten so etwas? Zunächst haben wir in der Tat ein Rahmenrecht Europas.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

– Herr Kollege Walter, der Medienminister vertritt immer die Interessen des Landes Baden-Württemberg, der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und der privaten Anbieter. Deshalb haben sowohl Sie als auch die Kollegen Pauli und Kleinmann sowie die Kollegin Kipfer auf etwas hingewiesen, was den Kern trifft, nämlich die Frage der Wettbewerbsfähigkeit.

Das Problem ist ja, dass wir selbst dann, wenn wir bei uns etwas verboten hätten, damit nicht verhindert hätten, dass rundherum, von Amerika und überall her, all die Filme, die ausgestrahlt worden sind oder ausgestrahlt werden, trotzdem mit Produktplatzierungen versehen sind. Das heißt, Sie können das mit der Diskussion vergleichen, die wir jetzt in Kopenhagen oder sonst wo haben: Am deutschen Wesen allein wird die Welt nicht genesen. Dann stellt sich die Frage: Wie stellen wir uns auf, um in der Frage der Wettbewerbsfähigkeit richtig verortet zu sein?

Deshalb hat man bei diesem Staatsvertrag zumindest dort Grenzen gezogen, wo sie wichtig sind, wo sie Sinn machen. Das heißt, kein entgeltliches Product-Placement bei den Öffentlich-Rechtlichen, und bei den Privaten haben Sie die Schranken angesprochen.

Ich will nur auf die wesentlichen Schranken eingehen. Wir sagen: Sowohl bei privaten als auch bei öffentlich-rechtlichen Angeboten gilt, dass versteckte Werbebotschaften absolut unzulässig sind bei Nachrichtensendungen, bei Sendungen zum politischen Zeitgeschehen, bei Ratgebersendungen, bei Verbrauchersendungen und – was ich besonders bemerkenswert finde – gerade auch bei Kindersendungen.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Das heißt, dort hat man – auch mit absoluten Verboten von Produktplatzierungen – Grenzen gezogen.

Ansonsten will ich zu Recht sagen: Im Schwerpunkt geht es um die Regelungen zur Produktplatzierung. Es geht eben darum, dass wir auch im privaten Bereich eine internationale Wettbewerbsfähigkeit von deutschen Produzenten und Veranstaltern sichern. So lässt sich im Grunde genommen die Unterschrift der 16 Regierungschefs erklären.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Deshalb hat man zum Dritten zu Recht darauf geschaut, dass in besonders sensiblen Sendungen – insbesondere in den von mir eben genannten – Produktplatzierungen grundsätzlich untersagt werden.

Deshalb glaube ich, dass wir mit diesem Gesetzentwurf unter Beachtung aller Rahmenbedingungen, die zu Recht geschildert wurden, einen ausgewogenen Kompromiss gefunden haben.

Ich bedanke mich, wenn Sie diesem Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, damit ist die Erste Beratung des Gesetzentwurfs Drucksache 14/5517 beendet. Der Gesetzentwurf wird zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss überwiesen. – Sie stimmen zu.

Punkt 5 der Tagesordnung ist damit erledigt.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Wir sind einverstanden!)

Ich wollte Frau Kipfer eigentlich noch nicht verabschieden – denn sie ist nächste Woche noch da –, sondern nur ankündigen, dass dies ihre letzte Rede hier war. Die Verabschiedung holen wir dann noch nach.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Vielleicht redet sie nächste Woche noch einmal!)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie darauf hinweisen, dass die Tagesordnung für die Zeit nach der Mittagspause im Einvernehmen mit den Fraktionen umgestellt worden ist: Wir werden zunächst Punkt 7 der Tagesordnung behandeln. Daran schließt sich die Fragestunde an.

Wir unterbrechen jetzt die Sitzung bis 14:00 Uhr und beginnen nach der Pause mit Punkt 7: Information zum Bahnprojekt Stuttgart–Ulm durch den Ministerpräsidenten und Aussprache.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:45 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:02 Uhr)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, darf ich Ihnen mitteilen, dass Tagesordnungspunkt 11, Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Umweltministeriums – Investitionen in Hochwasserschutzmaßnahmen in 2009 –, Drucksache 14/3863, auf Wunsch der Fraktion der SPD im Einvernehmen mit den anderen Fraktionen abgesetzt wird.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Information zum Bahnprojekt Stuttgart–Ulm durch den Ministerpräsidenten und Aussprache

Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Ministerpräsident Günther Oettinger: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin dem Hohen Haus dankbar, dass Sie bereit sind, abweichend von der geplanten Tagesordnung diesen Punkt zu behandeln. Ich glaube, es ist angezeigt, nachdem der Lenkungskreis heute Vormittag getagt hat und nachdem gestern der Aufsichtsrat der Bahn AG getagt hat und beide Gremien zu Entscheidungen gekommen sind und gerade auch der Presse Informationen gegeben, dass jetzt die Landesregierung den Landtag umfassend informiert und in der Debatte auf die Positionen der Fraktionen und der Kolleginnen und Kollegen eingeht.

Ausgangspunkt dieser Entscheidung ist die Lage Baden-Württembergs – geografisch, topografisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich. Wir liegen im Herzen Europas und sind deshalb von Mehrverkehren mehr als nahezu jedes andere Land Europas berührt, egal, ob Nord-Süd oder West-Ost. Wir sind exportorientiert, das heißt, die Beförderung von Waren, Gütern und Menschen ist ein Anliegen für den Wirtschaftsstandort und seine Attraktivität. Wir sind ein Land hoher Mobilität und haben im Bereich der Infrastruktur und der Kapazitäten eindeutig Nachholbedarf.

Nehmen wir die vier Verkehrsmedien. Beim Luftverkehr sind wir mit unseren regionalen Flughäfen und dem Landesflughafen gut aufgestellt, aber in die europäische Liga – Frankfurt, München, Zürich – kommen wir nicht. Das heißt, wir genügen einer nationalen und eingeschränkt einer europäischen Dimension; aber der Flugverkehr ist für ein Land, das mit der Welt verbunden ist, direkt in Baden-Württemberg nicht hervorragend aufgestellt. Dies ändert sich auch nicht mehr.

Bei den Wasserstraßen, einer ökologisch sehr positiven Infrastruktur, haben wir nennenswerte Binnenhäfen. Aber auch hier gilt, dass andere Häfen an Rhein und Ruhr und im Norden und Osten Deutschlands leistungsstärker sind als Mannheim, Karlsruhe, Offenburg, Heilbronn, Stuttgart und Plochingen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das eignet sich nur begrenzt für den Personenverkehr!)

Man könnte auch sagen: Mit der Berta Epple kommt man nicht in die Welt.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Bei den Fernstraßen, den Autobahnen und Bundesstraßen, holen wir auf.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Aber nur langsam! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Zu langsam!)

Nie wurde mehr in die Bundesfernstraßen investiert als in diesem Jahr.

(Zuruf von der SPD: Aber an der falschen Stelle!)

Aber auch hier gilt, dass durch die dichte Besiedlung Baden-Württembergs und die Lage im Herzen Europas der Ausbau der Kapazitäten im Zweifel immer an finanzielle Grenzen des Bundes und auch an ökologische Grenzen stößt. Deswegen gilt auch hier, dass die Ausbaumaßnahmen innerhalb unserer schönen Landschaft – Rheintal, Neckartal, Schwarzwald, Schwäbische Alb – nur begrenzt europatauglich sind.

Es bleibt die Bahn. Ich meine, dass Baden-Württemberg nur mit der Schiene eine Chance hat, im Standard bei Qualität und Kapazität in der europäischen Spitze zu sein. Dies gilt für Nord-Süd, und dies gilt für West-Ost.

Es gibt von Norden nach Süden und von Westen nach Osten mehrere bestehende Linien. Aber unstrittig ist Folgendes: Die wichtigste Nord-Süd-Verbindung Europas und die wichtigste West-Ost-Verbindung Europas kann durch Baden-Württemberg führen, wenn wir die Entscheidungen treffen und bereit sind, alles dafür zu tun.

Nord-Süd heißt von Rotterdam, Amsterdam über Rhein-Ruhr, Rhein-Main, Rhein-Neckar, den Mittleren Oberrhein, dann den Abzweig nach Lyon, Rhône-Alpes, dann über Basel, Weil am Rhein, durch den Gotthardtunnel, Richtung Turin in Piemont, Mailand in der Lombardei, Genua und bis Sizilien.

Deswegen werden wir alles dafür tun, dass die Rheintalbahn kommt.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Was ist mit Prag?)

Gleichzeitig werden wir alles tun, damit der Bund die Rheintalbahn

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Was ist mit Marrakesch?)

mit dem notwendigen Lärmschutz und mit den vereinbarten Trassenführungen

(Abg. Bärl Mielich GRÜNE: Mit welchem Geld sollen wir das bezahlen? Es ist doch kein Geld mehr da!)

den Bürgern in Baden-Württemberg gerade im badischen Landesteil möglich macht.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Alle klatschen, nur die Grünen nicht! – Heiterkeit – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Denen kann es nicht genug Lärm geben! – Zuruf der Abg. Bärl Mielich GRÜNE – Unruhe bei den Grünen)

Die Verbindung West-Ost ist die andere große Magistrale, die Europa prägen wird: von Paris bis nach Wien

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Bratislava!)

und weiter Richtung Slowakei, Rumänien, Bulgarien.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Bratislava! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Bagdad! – Weitere Zurufe von den Grünen)

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Ich glaube schon, dass die Frage, ob der europäische Verkehr von Paris beginnend über München, Salzburg, Linz, Wien und weiterführend – –

(Zurufe von den Grünen, u. a. des Abg. Reinhold Pix – Unruhe bei den Grünen)

– Ich habe eine Bitte. Ich höre nachher dem Kollegen Kretschmann oder dem Kollegen Wölfler gern zu, wenn er irgendwann einmal kommt.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Muss nicht sein!)

– Ernsthaft. Ich habe ihn gerade mit dem Fahrrad in den Parkanlagen gesehen, wo man das Fahrrad eigentlich schieben sollte.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Er ist hier!)

– Er ist hier. Es ist sein zentrales Thema. Die jetzige Behandlung dieses Themas war angekündigt.

(Zurufe der Abg. Winfried Scheuermann CDU und Peter Hofelich SPD – Unruhe bei den Grünen)

Ich würde ihm nachher gern aufmerksam zuhören. Meine Bitte wäre: Hören Sie mir jetzt bitte eine begrenzte Zeit lang zu.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Ich höre Ihnen doch zu!)

– Aber Ihr Hühnerstall nicht.

(Lebhafte Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wann hört Ihr schwarzer Laden einmal ohne Zwischenrufe zu? – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: „Schwarzer Laden“? – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Warum sind Sie so nervös? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Lehmann hört zu!)

– Im Augenblick sind Sie das Problem. Ich beziehe sowohl die Hühner als auch die Hähne und die Küken mit ein.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich meine das ganz geschlechtsneutral.

(Zurufe der Abg. Franz Untersteller und Jürgen Walter GRÜNE)

Jedenfalls geht es um eine West-Ost-Verbindung. Jetzt haben wir auf der Achse München–Wien und teilweise darüber hinaus die Mehrzahl der Strecken in Bezug auf die Sicherheit und in der Frage der Geschwindigkeit in einem europatauglichen Zustand.

Es geht in Paris los. Da ist ein Kopfbahnhof, der Gare de l'Est, generalsaniert. Es wendet mancher ein: Warum bleibt dort ein Kopfbahnhof, während in Baden-Württemberg der Kopfbahnhof überwunden werden soll? Der Grund ist klar: Westlich

von Paris sind keine Ballungsräume mehr. Daher ist kein Durchgangsbahnhof notwendig, sondern dort endet die Magistrale Europas. Deswegen bleibt dort der Kopfbahnhof.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Stuttgart aber ist mittendrin, weswegen bei uns der Durchgangsbahnhof nahe liegt.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Dann ist der Kopfbahnhof in München, oder wie?)

– Die Münchner wären froh, sie hätten die Chance, die Baden-Württemberg und Stuttgart bekommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Der Zug beginnt in Paris – egal, ob deutsche Technik mit dem ICE der Deutschen Bahn AG oder französische Technik mit dem TGV der französischen Bahn –,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ganz Paris ist ein Kopfbahnhof!)

fährt über dieses Netz auf sicherem neuem Gleis mit 320 km/h bis nach Metz, dann kommt der Abzweig. Die Verbindung Metz–Saarbrücken ist fertiggestellt, die Verbindung Saarbrücken–Mannheim ist fertiggestellt, die Verbindung Mannheim–Frankfurt kommt.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Frankfurt hat auch einen Kopfbahnhof!)

Das heißt, Mannheim und Baden-Württemberg werden am Rande tangiert. Über Frankfurt geht es weiter nach Nürnberg, Ingolstadt und München.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Frankfurt hat auch einen Kopfbahnhof!)

Die „perfekte Umfahrung“ Baden-Württembergs, die in den nächsten Jahren der europäische Standard wird – eine längere Strecke, aber eine deutlich schnellere Strecke –, geht in Betrieb.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Überall Kopfbahnhöfe!)

Parallel bauen die Franzosen derzeit die Strecke Metz–Straßburg aus. Die Rheinbrücke wird gebaut. Das betrifft die Strecke Kehl–Appenweier–Karlsruhe.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Seit wann kann er Französisch?)

– Mir ist das Thema ernsthaft wichtig; ich hoffe, Ihnen auch.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ja! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Die Strecke Karlsruhe–Bruchsal–Stuttgart ist fertig. Wir haben die kürzere Strecke, aber die zeitlich schlechtere Strecke, weil der Streckenabschnitt Stuttgart–Ulm derzeit – ich glaube, das ist unstrittig – ein Industriedenkmal ist. Von Ulm nach München, nach Salzburg, Linz, Wien und in die neuen Bei-

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

trittsländer ist die Infrastruktur weitgehend europatauglich ausgebaut. Es bleibt Stuttgart–Ulm.

Jetzt wenden nennenswerte Kollegen Ihrer Partei ein, dass man die Neubaustrecke Wendlingen–Ulm nicht brauche. Meine Bitte ist: Beantworten Sie nachher die Frage, ob Sie für die Strecke Wendlingen–Ulm oder gegen Wendlingen–Ulm sind.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Das ist eine entscheidende Frage!)

Wer gar nichts will, wer Wendlingen–Ulm ablehnt, muss wissen, dass er auf Dauer mit Geschwindigkeiten von zum Teil 63 km/h entlang der Geislinger Steige fährt und damit

(Abg. Jörg Döpfer CDU: Das ist ja eine grüne Geschwindigkeit!)

einen Zug, der Europa zusammenbringt, einen Zug, der ökologisch leistungsfähig ist, ausbremst.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Wer für die Strecke Wendlingen–Ulm entlang der Autobahn mit Verkehrsbündelung und auch für den Autobahnausbau ist, der zeitgleich auf der Alb kommen muss, muss sich überlegen, ob er sich zumindest für dieses Teilstück auch heute zu den bisherigen Beschlüssen bekennen will.

Für uns gilt unverändert: Die Strecke über das Filstal und die Steige in Geislingen ist nicht die Zukunft.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Der Neubau entlang der Autobahn kann die erste wichtige Maßnahme in Baden-Württemberg sein.

Dazu hat das Bundesverkehrsministerium letzte Woche im Verkehrsausschuss des Bundestags auf der Grundlage der Planungen dargelegt, dass die Kostenrechnung für die Strecke Wendlingen–Ulm mit 2,1 Milliarden € unverändert trägt. Das könnte uns egal sein, weil Baden-Württemberg hier mit einem Festbetrag von nur 950 Millionen € dabei ist. Das heißt, eine Kostensteigerung beträfe uns nicht. Aber nochmals: Letzte Woche wurde festgestellt: Die aktuellen Planungen sagen aus, dass der Betrag von 2,1 Milliarden € stimmt.

Deswegen meine Frage an den Abgeordneten von Ulm,

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Der kommt auch so nach Stuttgart!)

an die Abgeordneten von ganz Baden-Württemberg: Sind Sie mit Ihrem Kollegen Winfried Hermann gegen dieses Teilstück,

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD – Gegenruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

oder sind Sie mit uns der Meinung, dass Wendlingen–Ulm eine Neubaumaßnahme werden muss?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Wenn man vermuten darf, dass die Neubaumaßnahme Wendlingen–Ulm zumindest auch hier heute eine klare demokra-

tische Mehrheit hat, dann entsteht die Frage: Wie komme ich von Stuttgart nach Wendlingen? Diese Frage entstand erstmals im Jahr 1985, als die K-Trasse, die Krittian-Trasse, in der Rohform entworfen worden ist. Wenige Jahre später kam mit der Heimerl-Trasse und mit dem neuen Bahnhof am Flughafen der Wechsel in der Trassenführung vom Hauptbahnhof zum Flughafen und dann entlang der Autobahn von Wendlingen nach Ulm auf. Dafür entschied man sich bei der Bahn und auch im Land Baden-Württemberg.

Das heißt, seit 19 Jahren wird entlang der Strecke Stuttgart-Feuerbach über den Pragsattel, dann über die neue Einspeisung, den neuen Hauptbahnhof, hinauf auf die Filder, zum Flughafenbahnhof und dann entlang der Autobahn von Wendlingen bis Ulm geplant. Die Planfeststellung ist nahezu fertig und weitgehend rechtskräftig. Das heißt, diese 15 Jahre der Planung waren nicht unnötig. Sie sind die Grundlage für den Baubeginn im Februar nächsten Jahres – wenn er hier mitgetragen wird.

Wer Überlegungen für eine andere Trasse anstellt, muss zum einen über die Trassenführung entscheiden und wissen, dass wir dann beim Planungsstand null sind. Das heißt, wer das, was wir mit Stuttgart–Ulm wollen, ablehnt, muss wissen, dass Baden-Württemberg noch 15 bis 20 Jahre – eine Generation lang – nicht europatauglich ist.

Gerade im Strukturwandel – ich erinnere an die Debatte von heute Morgen unter Punkt 1 –,

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Oje!)

in dem man gute Argumente für einen Standort braucht, damit Unternehmensansiedlung und der Erhalt von Arbeitsplätzen gelingen, ist die Infrastruktur für ein Hochlohnland ein entscheidender Faktor, den man zugunsten des Standorts einbringen kann.

Nochmals: Wer die Heimerl-Trasse, wer unser Konzept ablehnt, muss wissen, dass mit einer neuen Trasse 15 bis 20 Jahre der Planung in der Vergangenheit verloren wären und nun als Planungsjahre vor uns lägen. Baubeginn wäre dann nicht im Februar nächsten Jahres, sondern eher Ende des übernächsten Jahrzehnts.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Da brauchen wir nicht mehr anzufangen!)

Dann kommt hinzu, dass die bestehende Trasse einer Generalsanierung der Gleiswerke bis zum Neckar bedarf. Wer einmal mit wachem Auge – egal, ob mit S-Bahn oder Regionalzug – vom Hauptbahnhof Stuttgart in Richtung Bad Cannstatt fährt, sieht, wie morsch und brüchig der Beton und die Bauten unterhalb der Gleise sind.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Was für ein Glück, dass ich morgens noch hierherkomme!)

Man braucht dann eine neue Brücke über den Neckar und muss auch den Bürgern in Stuttgart-Bad Cannstatt, Untertürkheim, Rotenberg und Obertürkheim, aber auch in Mettingen und Esslingen erklären, dass bei den bestehenden Gleiswerken zwei neue Gleise unstrittig notwendig sind.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Wer jetzt fährt, sollte einen Helm tragen!)

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Diese Gleise bekommen dann Lärmschutz. Sie bekommen garantiert nie einen Halt. Das heißt, den Zügen, die dort fahren, kann man in Bad Cannstatt und Esslingen winken, aber sie werden dort nie halten. Die Akzeptanz hierfür wird in diesen großen, stolzen Städten nie erreichbar sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Ich verweise auf Offenburg.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

In Offenburg wird derzeit von der Bahn die neue Gleisführung für das dritte und vierte Gleis der Rheintalbahn auf der bestehenden Trasse mit Lärmschutz planerisch dargestellt. Diese Variante wird von Zehntausenden von Bürgern sowie von Gemeinderäten, Kreistagen und auch von der Landesregierung und dem Landtag von Baden-Württemberg so nicht akzeptiert.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Zu Recht!)

Etwas Vergleichbares wie das, was wir für Stuttgart wollen – dort wollen wir einen Tunnel auf weiten Teilen von Stuttgart nach Wendlingen anstatt einer oberirdischen Streckenführung durch Bad Cannstatt und Esslingen –, sehnen die Bürger in Offenburg herbei. Das heißt, im Hinblick auf die Projektgegner haben wir da eine nicht ganz nachvollziehbare Situation.

Ich möchte behaupten: Wenn die Bürger in Bad Cannstatt, Untertürkheim, Rotenberg, Obertürkheim, Mettingen und Esslingen ernsthaft die Gefahr sähen, dass diese oberirdische Trasse kommen könnte,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Dann würden sie auch demonstrieren!)

dann – aber erst dann – begäbe die Aktivität vor Ort und bei den Stuttgarter Zeitungen. Das heißt, wenn die Grünen den Cannstattern sagen würden: „Ihr bekommt zwei Gleise und keinen Halt“, würden sie merken, wie stark der Gegenwind werden würde.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Gegenwind bei euch, nicht bei uns!)

Hinzu kommt: Wer von Mettingen nach Wendlingen kommen will, braucht ein neues Gleis, das durch den Berg führt. Das heißt, hier werden eine Trassenführung und ein Tunnelbau mit allen Risiken und Zeitfaktoren notwendig, weil dafür derzeit nicht die Infrastruktur vom Neckartal nach Wendlingen besteht. Zu all diesen Fragen sagen Sie bewusst nichts aus,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Doch, heute schon!)

weil Sie bei diesem Thema destruktiv eine ablehnende Haltung haben. Sie wissen: Wer konstruktiv die anderen Wege aufzeigt, bekommt Gegenwind. Im Grunde genommen sind Sie hier eine zutiefst populistische Partei.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Zurufe von den Grünen)

Es geht also um eine Infrastruktur, die von Stuttgart-Feuerbach über den Pragsattel zum Hauptbahnhof, hoch auf den

Flughafen zum Filderbahnhof und dann entlang der Autobahn bis Ulm reichen soll.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Sagen Sie jetzt bald einmal etwas zum Geld, oder wie lange soll man sich das noch anhören? – Gegenrufe von der CDU: Unverschämt! – Oh-Rufe von der CDU)

– Anhören müssen Sie gar nichts. Aber komplexe Themen benötigen etwas Zeit. Ich habe die Absicht, bei dem Thema der Sache gerecht zu werden. Prüfen Sie, ob Ihr Zwischenruf der Sache gerecht geworden ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Stefan Mappus CDU zu den Grünen: Das ist einfach nur noch peinlich!)

Ich komme nachher bei dem Thema Stuttgart–Wendlingen auf die aktuelle Kostenrechnung zurück. Für die Gesamttrasse von Stuttgart-Feuerbach bis Ulm – Tunnel, Brücken, Gleiswerk, Oberbau, Sicherheit, zwei Bahnhöfe – gehen wir von Gesamtaufwendungen in Höhe von 6,2 Milliarden € aus.

Jetzt denken manche Bürger, dass dies die Kosten für den neuen Bahnhof seien. Weit gefehlt! Die Kosten für den neuen Hauptbahnhof unter dem Bahnhof, der in seinen wesentlichen Strukturen bleibt, als Denkmal erhalten wird, machen 400 Millionen € aus. Die Kosten für den neuen Flughafenbahnhof machen 85 Millionen € aus. Das heißt, zwei neue Bahnhöfe im Herzen Baden-Württembergs entstehen zu einem Zeitpunkt, an dem andere Bahnhöfe geschlossen werden, davon ein neuer Bahnhof auf den Fildern, den mit Sicherheit Boris Palmer einmal am häufigsten nutzen wird, wenn er bis dahin noch in Baden-Württemberg ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Der Hauptbahnhof macht 400 Millionen € aus – das heißt, gerade einmal 7 % der Gesamtinvestitionen –, der Flughafenbahnhof 85 Millionen €, wovon schon längst 30 Millionen € in Form von Beton im Untergeschoss der Messe verbaut sind. Das heißt, die Infrastruktur der Bahnhöfe kostet eine knappe halbe Milliarde Euro, alle anderen Mittel werden für Gleise, Schienen, Oberbauten, Strom, Sicherheit, Tunnel und Brücken gemäß der aktuellen Richtlinien ausgegeben. Diese Kosten entstehen im Neckartal oder im Filstal oder von Mettingen nach Wendlingen ganz genauso. Sparen kann nur der, der gar nichts macht. Da werden die Kinder sagen, es wurde am völlig falschen Ende zulasten der Zukunft Baden-Württembergs gespart.

(Beifall bei der CDU, der FDP/DVP und der SPD – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Wir haben in unserer Finanzierungsvereinbarung geregelt, dass entsprechend der möglichen Kostenentwicklung zum einen eine Risikovorsorge und auch die Aufteilung der Mehrkosten auf die Finanzträger und Partner festgelegt sein muss. Zum Zweiten haben wir eine Ausstiegsklausel bei 4,5 Milliarden € angelegt. Sie erinnern sich: 3,07 Milliarden € war der Wert, der der Vereinbarung zugrunde gelegt worden ist.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Genau!)

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Man hat als Sicherheit für Mehrausgaben und Risiken weitere knapp 1,5 Milliarden € auf die Partner – die Bahn, das Land, die Stadt, den Flughafen – verteilt. Wenn der Betrag von 4,5 Milliarden € überschritten werden würde, besteht für alle Beteiligten bis zum Ende des Jahres 2009 ein Sonderkündigungsrecht.

Deswegen haben wir in den letzten Wochen alle Planungsunterlagen von der Bahn erhalten und geprüft. Deswegen haben wir auf Arbeitsebene intensiv nach der Konkretisierung von Risiken geschaut, und deswegen haben wir heute im Lenkungskreis abschließend beraten. Man kann nach der Sitzung sagen: Die Sonderkündigungsklausel wird nicht angewendet.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Wir bleiben bei der Ermittlung der Gesamtkosten deutlich innerhalb des Risikovorsorgefonds.

(Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: 1 Milliarde € teurer als geplant! – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Ab nach Brüssel! – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Wir gehen anhand der von uns geprüften Planungsunterlagen und Kostenrechnungen von reinen Baukosten in Höhe von 3,218 Milliarden € aus – für die beiden Bahnhöfe und für die Infrastruktur. Hierzu kommen 17 % pauschaliert an Planungsaufwendungen. Wir haben für künftige Preissteigerungen – für künftige, nach Baubeginn – einen Betrag von weiteren 323 Millionen € eingestellt.

(Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Nur!)

Es bleibt, dass bei 4,087 Milliarden € noch ein erheblicher weiterer Betrag des Risikovorsorgefonds nicht ausgeschöpft ist.

(Zuruf der Abg. Bärtl Mielich GRÜNE)

Alles in allem: Mit der konkretisierten Vorsorge für Preissteigerungen einerseits und dem nicht ausgeschöpften Betrag andererseits

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

stellen wir, bezogen auf die Bau- und Planungskosten, eine Gesamtvorsorge von 18 % an Puffer her.

760 Millionen € – zum Teil für künftige Preissteigerungen konkretisiert, zum Teil für andere offene Risiken externalisiert – stehen zur Einhaltung der vereinbarten Gesamtsumme bereit.

Dies ist der Sachstand. In dieser Güterabwägung bitten wir den Landtag, uns dabei zu unterstützen, die restlichen Planungen durchzuführen, die letzten rechtskräftigen Bescheide herbeizuführen und dies im Februar nächsten Jahres mit dem Beginn der Baumaßnahme demokratisch mitzutragen.

Nochmals: Die Europäische Union steht hinter dem Projekt, der Bundestag steht dahinter – vor Wahlen und nach Wahlen –, drei Fraktionen des Landtags von Baden-Württemberg stehen dahinter, und der Gemeinderat der Stadt Stuttgart – auch nach der Gemeinderatswahl – steht dahinter.

Ich glaube, das Projekt ist technisch gut geplant. Es handelt sich um eine Maßnahme, die dem Umweltschutz, dem Naturschutz dient,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Die ist von vorgestern!)

die Verkehrspolitik und Wirtschaftsförderung bedeutet.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Die ist veraltet!)

Deswegen halten wir an unserer Meinung fest: Das Projekt ist alternativlos.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Meine Damen und Herren, auf zwei Punkte will ich abschließend eingehen. Ich spreche den Bundestagskollegen Winfried Hermann an, den ich aus seiner Landtagstätigkeit noch kenne und schätze. Aber einige Äußerungen, die er in den letzten Tagen gemacht hat, finde ich schon sehr, sehr eigenartig.

Hermann, der seinen Wahlkreis in Baden-Württemberg hat, der von Ihnen seit Jahren einen sicheren Listenplatz bekommt, sagt wörtlich – ich zitiere aus der Mittwochausgabe des „Tagesspiegels“ –:

Womöglich fließt bald der Großteil der gesamten Schienen-Investitionen nach Stuttgart.

(Zurufe: Gut so!)

So weit unser Patriot.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU, der FDP/DVP und der SPD – Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Ja du lieber Himmel! Ob er vielleicht für das ganze Land im Bundestag ist?)

Weiter heißt es:

Für den Rest des Landes bleibt dann nichts mehr übrig.

(Beifall des Abg. Werner Wölfle GRÜNE – Abg. Werner Wölfle GRÜNE: Sehr gut! – Weitere Zurufe von den Grünen)

– Herr Wölfle, grüß Gott! Schön, dass Sie eingetroffen sind.

(Abg. Jörg Döpfer CDU: Er hat so lange einen Parkplatz gesucht!)

Dabei

– so sagt Hermann weiter –

gibt es einen immensen Bedarf – die Anbindung der Seehäfen ...

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU, der FDP/DVP und der SPD)

– Er meint nicht den Max-Eyth-See.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU, der FDP/DVP und der SPD)

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Dass sich ein auf Ihrer Liste gewählter Abgeordneter zentral Sorgen um die Seehäfen macht

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

und deswegen mit allen Ihnen gebotenen Möglichkeiten ein Projekt zugunsten Baden-Württembergs verhindern will,

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Jörg Döpper: Skandalös!)

hat mit seinem Auftrag, mit seinen Wählern und dem Land Baden-Württemberg überhaupt nichts zu tun; im Gegenteil.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Nun ein letzter Punkt, weit über das Projekt hinaus – wie ich meine, arrogant – „Montagsdemonstration“ genannt.

(Lachen des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Es gibt Begriffe, die im Geschichtsbuch stehen, und die stehen fest.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Ja!)

Am 4. September des Jahres 1989 haben sich in Leipzig

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Auch an einem Bahnhof!)

nach dem Friedensgebet Menschen spontan versammelt und gegen die politischen Verhältnisse demonstriert

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Da ist auch ein Kopfbahnhof! – Weitere Zurufe von den Grünen)

mit dem Ziel, die SED-Herrschaft zu beenden und für eine friedliche, demokratische Neuordnung einzutreten. „Wir sind das Volk!“, lautete die Parole, die noch heute bekannt ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber jetzt sind sie eine Minderheit und keine Mehrheit! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Ich bin nicht sicher, ob ich damals den Mut gehabt hätte, angesichts der herrschenden Verhältnisse und in Kenntnis darüber, wie in den Jahren 1953, 1956 und 1968 friedliche Demonstrationen gewaltsam und blutig niedergeschlagen worden sind, dasselbe zu tun, was als Montagsdemonstration aufrechter Demokraten im Geschichtsbuch steht.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Die demonstrieren jetzt donnerstags! – Gegenruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Sie nennen Ihre klägliche Veranstaltung am Hauptbahnhof

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sie ist nicht kläglich!)

völlig unberechtigt, aber beabsichtigt auch „Montagsdemonstration“.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Lächerlich! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Geschichtslosigkeit der Grünen! – Zurufe von den Grünen)

Ich finde es schon zynisch, sich in unserer parlamentarischen Demokratie, in der man streiten kann,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ihr Argument ist zynisch!)

in der Meinungsfreiheit besteht, die Sie auch weidlich nutzen – innerhalb und außerhalb –, auch nur annähernd in Verbindung mit den aufrechten Demokraten in der alten DDR zu bringen, die montags dort gewesen sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Zurufe: Jawohl! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das machen doch Sie! Sie machen das! – Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Widerstandskämpfer!)

Man kann sich in der Politik die Partner aussuchen, aber man kann sich auch von Partnern distanzieren. Ich bin auf Ihre Distanzierung gespannt.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Von dieser Rede distanzieren wir uns auch!)

Ich spreche noch Zitate des bekannten und herausragenden Architekten und Stuttgarter Bürgers Roland Ostertag an. Als Architekten anerkenne ich ihn sehr.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das ist unglaublich! – Weitere Zurufe von den Grünen)

Wenn er aber mir und dem Kollegen Dr. Schuster vorwirft, wegen der Veränderung am Hauptbahnhof „Kulturvernichter“ zu sein,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Dann muss man das zur Kenntnis nehmen!)

so ist das ein weitreichender Begriff. Ich finde es abenteuerlich, dass dann noch gesagt wird, was wir machen, sei ein „kaltblütiger bewusster Mord an der Stadt“.

(Lachen bei der CDU)

Diese Wortwahl entlarvt den, der die Worte wählt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Von demselben Mitbürger wird gesagt, der Geist der Stadt gehe so verloren. Bei denen – er meint mich, Schuster und andere – könne der Geist nicht irren, weil keiner vorhanden sei.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Unverschämtheit!)

Man kann gern mein Gegner sein, man kann Mitbewerber sein, hart streiten; aber ich finde, der Stil prägt auch die Glaubwürdigkeit.

(Zurufe von der CDU: So ist es!)

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Ich streite gern mit Ihnen um, für und gegen das Projekt. Ich bin von den Argumenten überzeugt. Aber wenn man Sie ernst nehmen soll, muss dieser Stil und der anmaßende Begriff „Montagsdemonstration“ von Ihnen abgelegt werden. Dies ist ein Stil, der dem Haus, der dem Umgang miteinander in Baden-Württemberg und der Demokratie in diesem Land nicht würdig ist.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP
– Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, für die Aussprache hat das Präsidium eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Aussprache erteile ich nach § 83 a Abs. 3 der Geschäftsordnung Herrn Abg. Schmiedel für die Fraktion der SPD das Wort.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Lasst doch den Herrn Drexler sprechen! Der ist näher dran!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem heutigen Tag geht eine Phase von 20 Jahren zu Ende, in der noch darüber diskutiert werden konnte, ob Stuttgart 21 kommt. Diese Frage wird heute entschieden, und das ist gut so.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Herr Ministerpräsident, Sie haben alle Argumente pro und kontra sowie mögliche Alternativen zu Stuttgart 21 präsentiert.

(Abg. Bärl Mielich GRÜNE: Aber nichts zur Finanzierung!)

Ich muss das nicht wiederholen, und ich will es auch gar nicht wiederholen,

(Abg. Bärl Mielich GRÜNE: Oettinger spricht für die SPD!)

denn Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass die Alternative zu Stuttgart 21 nichts wäre. Das wäre nichts; das wäre mindestens 20 Jahre lang nichts. Es gäbe dann nicht nur keine Planung, sondern es gäbe auch keine Träger und keine Finanzierung, und alles müsste von vorn beginnen. Das würde bedeuten, dass am Bahnknoten Stuttgart 20 Jahre lang nichts passiert.

Weshalb haben wir uns seit Jahren für dieses Projekt eingesetzt und stark gemacht? Wir wollen, dass der Verkehr in Europa zwischen den Zentren, zwischen den Metropolen auf mittlerer Distanz, das heißt über Strecken von 500, 600 oder 700 km, nicht mit dem Flugzeug

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

und nicht auf der Autobahn stattfindet, sondern dass dafür Züge eingesetzt werden.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb haben wir uns übrigens auch so entschieden gegen die zweite Start- und Landebahn beim Flughafen ausgespro-

chen. Denn wir wollen, dass wir von Baden-Württemberg aus die internationalen Flughäfen in München, in Frankfurt, aber auch in Zürich mit schnellen Zügen erreichen, sodass wir entsprechend der bisherigen Konzeption, den Stuttgarter Flughafen auf schon bestehende sowie auf weitere europäische Distanzen auszuliegen, ausreichend bedient sind.

Wenn wir eine solche Konzeption verfolgen, heißt das aber auch, dass wir uns nicht mit der Tatsache abfinden können, dass vor 20 Jahren die letzte und bislang einzige Schnellbahnstrecke in Baden-Württemberg realisiert wurde, nämlich die Strecke zwischen Mannheim und Stuttgart. Seither ist Schluss, und seit diesem Zeitpunkt wird darüber diskutiert, wie die Verlängerung stattfinden soll.

Sie haben die Gründe dafür dargelegt, weshalb man sich für die Heimerl-Trasse entschieden hat. An diesen Gründen hat sich in den vergangenen 20 Jahren überhaupt nichts geändert.

Ich möchte ein weiteres Beispiel bringen: Wie schwierig es ist, heute zwei neue Gleise, die in bzw. aus Richtung Süden unbestritten notwendig sind, und zwar aus der Stadt heraus wie auch in die Stadt hinein, zu realisieren, zeigt ein Fall, den Sie, Herr Ministerpräsident, nicht aufgegriffen haben, nämlich das Beispiel Zürich. In Zürich gab es denselben Engpass.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: In der Schweiz fährt man viel schneller mit dem Zug!)

In Zürich hatte man sich dafür entschieden, zwei neue Gleise oberirdisch quer durch die Stadt zu legen; man hat die Planungen vorangetrieben und hat die Bürgerschaft mit diesen Planungen konfrontiert. Was war das Ergebnis? Es kam zu einer ähnlichen Situation wie jetzt im Rheintal, nämlich zu einem Aufstand ohne Ende, weil die Bürger zu Recht gesagt haben: „Wir wollen unsere Stadt nicht durch neue Gleise und die gleichzeitig nötig werdenden 4, 5 oder 6 m hohen Lärmschutzmauern zerschneiden lassen.“ Daraufhin hat man in einer zweiten Planungsphase die Alternative entwickelt, mit der Streckenführung für die Fernbahn unter die Erde zu gehen.

Zurzeit entsteht also für die Fernbahn durch Zürich dasselbe, was wir mit Stuttgart 21 vorhaben. Es wurde eine Volksabstimmung durchgeführt mit dem Ergebnis einer Zustimmung von 80 %, weil die Bürger gemerkt haben, dass die Streckenführung unter der Erde verträglich ist, während es oberirdisch in einem so dicht bebauten Gebiet völlig unverträglich wäre, zwei weitere, neue Gleise hindurchzuführen.

(Beifall bei der SPD und der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Im Übrigen würde mich auch einmal interessieren, was jetzt eigentlich die grüne Position zur Schnellbahnstrecke ist, denn bis vor Kurzem haben Sie unisono die Haltung vertreten, dieses Vorhaben sei völlig unbestritten. Sie stehen dann aber in Wendlingen vor der Frage: Wie kommen die Menschen in die Stadt, wie kommt der Zug in die Stadt? Diese Frage können Sie bis heute nicht schlüssig beantworten. Haben Sie entdeckt, dass man jetzt auch gegen diese Strecke ist, dass sie „Luxus“ ist, dass man leicht darauf verzichten und sich dann mit der alten Strecke bescheiden kann, damit dieser Bahnknoten nicht realisiert wird?

(Claus Schmiedel)

Überrascht hat uns übrigens auch, dass Sie nicht nur gegen diese Schienenstrecke sind, sondern dass Sie – –

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Was heißt denn „Sie“? – Gegenruf von der CDU: Die Grünen!)

– Die Grünen. Sie können doch sagen, Sie seien dafür.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Und was ist mit Conradi? – Gegenruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

Oder Sie können sagen, welcher Teil dafür ist. Das können Sie doch sagen.

Uns hat auch noch überrascht, dass Sie mittlerweile auch gegen die Stadtbahn in Karlsruhe sind,

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Für die Stadtbahn!)

obwohl es da einen Bürgerentscheid mit einem positiven Ergebnis gab. Da haben Sie plötzlich entdeckt: Das ist auch ein Großprojekt mit Schiene; daraus kann man vielleicht auch Honig saugen.

Was wir Ihnen vorwerfen, ist, dass Sie sich letztlich nicht inhaltlich, sondern taktisch einstellen –

(Zuruf von der CDU: Genau!)

taktisch deshalb, weil natürlich mit jedem größeren Bauprojekt Widerstände verbunden sind und sich auf einer solchen Widerstandswelle auch gut surfen lässt, egal, ob man eine Alternative hat oder nicht.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Das ist richtig!)

Meine Damen und Herren, wir wollen ab dem heutigen Tag nicht mehr über das Ob reden – diese Frage ist entschieden –, sondern wir wollen über das Wie reden. Da gibt es, Herr Ministerpräsident und meine lieben Kolleginnen und Kollegen, jetzt natürlich weiteren Diskussionsbedarf. Wenn wir diese große Magistrale und mit der neuen Schnellbahnstrecke dieses tolle, schnelle Verkehrsmittel auf der Schiene haben, dann müssen wir die Frage beantworten: Wie kommen denn die Menschen zu diesem neuen Bahnknoten? Dann stellen sich natürlich die Fragen: Kann man die Frankenbahn so lassen, wie sie ist? Kann man die Gäubahn so lassen, wie sie ist? Kann man die Murrbahn so lassen, wie sie ist?

(Zuruf von den Grünen: Nein! Das Geld haben wir ja!)

Wir sind uns sehr einig, was das dritte und vierte Gleis im Rheintal anbelangt. Aber was wir jetzt wollen, ist ein Gesamtkonzept Baden-Württemberg 21 auf der Schiene, das diesen neuen Knoten Stuttgart mit der Fläche in Baden-Württemberg verbindet. Dazu sind neue Anstrengungen nötig, und da sollten wir auch gemeinsam an einem Strang ziehen, damit wir das gegen mögliche Widerstände durchsetzen. Wir wollen das Schienenland Baden-Württemberg gestalten.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP – Abg. Klaus Herrmann CDU: Die Grünen sind bestimmt auch dagegen!)

Wenn ich schon bei der Anbindung bin, dann muss ich doch noch einmal sagen, was uns wirklich umgehauen hat. Bei der letzten Diskussion zu diesem Thema haben Sie, Herr Kollege Kretschmann, ganz stolz gesagt: „Unsere Alternative kommt mit einem Bahnhof aus. Wir brauchen keine drei Bahnhöfe.“ Was haben wir gelernt? Wir haben gelernt, dass ein neuer Bahnhof schlecht fürs Land ist.

Wir sagen: Ein neuer Bahnhof am Flughafen, der als Umsteigebahnhof funktioniert, der einen Engpass im Regionalverkehr beseitigt – von dort gelangt man nämlich von der Wachstumsfläche Filderebene hinein in die Stadt –, ein schnelles öffentliches Verkehrsmittel, das angefahren wird, das mit anderen Regionalbahnen verknüpft ist, das von Bussen angefahren werden kann, ein neuer Bahnhof, der eine Engstelle im Verkehr löst – weil es diese Engstelle gibt, ist die B 27 jeden Tag voll und verstopft –, schafft ein öffentliches Angebot. Die Grünen aber sagen: Wir kommen ohne das aus.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Dasselbe gilt übrigens für den neuen S-Bahnhof, der auch neue Kapazitäten schafft. Heute drängen sich die Leute unterm Bahnhof; es ist dort beengt, er ist nicht mehr ausbaufähig. Der neue S-Bahnhof schafft neue Verknüpfungen und neues Potenzial. Dieses Potenzial, in dessen Realisierung wir jetzt gehen, optimal auszuschöpfen und dafür auch die notwendigen Mittel zu akquirieren, das sind unsere Aufgaben. Es geht nicht mehr um das Ob, es geht um das Wie. Es geht um eine attraktive Gestaltung auch um den Bahnhof herum. Auch da gibt es genügend Chancen, sich einzubringen

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt. – Glocke der Präsidentin)

und sich zu beteiligen. Dazu laden wir alle ein. Es wäre schön und gut, wenn mit diesem Tag auch die Zeit beendet wäre, in der es einen Fundamentalwiderstand gab. Dieser hat sich durch die Entscheidung des heutigen Tages erledigt.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Bärbl Mielich und Franz Untersteller GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Mappus für die Fraktion der CDU.

Abg. Stefan Mappus CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind in der CDU-Fraktion der Überzeugung, dass heute ein sehr, sehr guter Tag für Baden-Württemberg ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb möchte ich bei dieser Gelegenheit zuallererst sehr herzlich Dank sagen. Ich danke dem Ministerpräsidenten und seiner Regierung dafür, dass man trotz aller Anfeindungen, trotz aller auch nicht so ganz sauberen Aktionen, die liefen – das wurde ja gerade vorgetragen –, die Kraft, die Stärke und die Konsequenz gehabt hat, dieses komplexe Projekt zum Ende bzw. zum Bau zu führen. Dafür vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

(Stefan Mappus)

Ich danke unserem Koalitionspartner – wobei dieses Projekt bei uns nie zur Debatte stand –, und ich danke – auch wenn wir sonst ab und zu die Klängen kreuzen – ausdrücklich der SPD, stellvertretend Ihnen, Herr Kollege Schmiedel.

(Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Jetzt schmusen Sie ja richtig! – Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Heidenei! – Gegenruf des Abg. Jörg Döpper CDU: Sind Sie eifersüchtig? – Heiterkeit)

– Jetzt sollten Sie von den Grünen einmal genau zuhören, ganz genau sogar.

(Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Das tun wir immer! – Weitere Zurufe)

Ich danke dem Kollegen Schmiedel deshalb, weil es für ihn und seine Fraktion im Zweifel angenehmer und einfacher gewesen wäre, das Ruder herumzureißen, dagegen zu sein, populistisch dagegen zu agitieren, so, wie es die Grünen gemacht haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Was ist denn das für ein Demokratieverständnis! – Zuruf der Abg. Bärtl Mielich GRÜNE)

Ich danke Ihnen ausdrücklich dafür, dass Sie dem nicht erlegen sind.

Wenn wir schon einmal bei den Grünen sind – es gibt ohne Frage auch Argumente gegen Stuttgart 21,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Finanzielle!)

so, wie es bei vielen Projekten oder Themenfeldern unterschiedliche Ansichten geben kann –, dann fällt mir eines auf: Wenn es irgendwo, vor allem im Verkehrsbereich, ein großes Projekt gibt, über das die Diskussion noch gar nicht richtig ausgetragen ist, sind Sie, meine Damen und Herren, immer die Ersten, die sofort auf der Matte stehen und automatisch dagegen sind. Ich fordere Sie ausdrücklich auf, in Zukunft gerade auch bei verkehrswirksamen Großprojekten, auch wenn sie teuer sind – –

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Windparks! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Sie meinen die Windparks!)

– Ich meine jetzt nicht nur Stuttgart 21, ich meine z. B. das Thema „Untertunnelung in Karlsruhe“, ich meine – diese Debatte hatten wir vor zwei Wochen – das Thema Autobahnausbau, bei dem Sie, um es einmal sehr vorsichtig auszudrücken, auch eine eher vermeintlich populäre, aber nicht unbedingt sachliche Variante vorgetragen haben.

(Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Wir wollen halt Klimaschutz! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Ich fordere Sie ausdrücklich auf: Kehren Sie vor allem bei verkehrspolitischen Themen zu einer sachlichen Debatte zurück. Hören Sie auf, in diesem Parlament fundamental-oppositionell zu agitieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt zum Thema Verkehrspolitik: Wir waren uns – jedenfalls hatte ich dieses Gefühl, auch in meiner früheren Funktion im Ministerium für Umwelt und Verkehr – eigentlich immer darin einig, dass wir alles versuchen müssen, um moderne Verkehrsströme zu bündeln und so viel wie möglich – und zwar im Fern- und im Nahverkehr – auf die Schiene zu bekommen. Der Ministerpräsident hat das vorgetragen.

Es gibt in Deutschland exakt zwei Bundesländer – nur zwei! –, die die große Chance haben, an der Magistrale für Europa teilzunehmen, die in diesem Bereich, im Fernverkehr, eine einmalige Chance wahrnehmen können. Ich kann nicht nachvollziehen, warum Sie dagegen sind.

Ich könnte noch die Gegnerschaft zu Stuttgart 21 nachvollziehen. Aber nachdem Sie – obwohl Sie nach meinem Eindruck lange dafür waren – jetzt auch gegen die bisherige Konzeption der Schnellbahntrasse Stuttgart–Wendlingen–Ulm sind und dadurch diese einmalige Chance kaputt machen wollen, nachdem Sie gegen ein Projekt sind, für das wir Gelder von der Europäischen Union bekommen, das von Berlin unterstützt wird, ein Projekt, für das alle sind – Flughafen, die Region, die Stadt, das Land, der Bund, die Bahn –

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Die Bevölkerung auch?)

und gegen das nur Sie sind, muss die Frage erlaubt sein, ob Sie damit nicht aus reiner Fundamentalopposition von den ursprünglich gemeinsamen Planungen für unsere Verkehrspolitik abgewichen sind, meine Damen und Herren.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Rückwärtsgewandt!)

Wenn Sie jetzt in einem Zwischenruf auf die Bevölkerung verweisen, darf ich sagen: Ich nehme alle Stimmen der Bevölkerung ernst. Aber aus 26 % Zustimmung bei den Kommunalwahlen automatisch darauf zu schließen, dass die große Mehrheit gegen das Projekt ist, diese Argumentation ist, mit Verlaub, sehr mutig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Warum habt ihr dann keinen Bürgerentscheid gemacht, wenn ihr so sicher seid? – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: 65 000 Unterschriften! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Eines sage ich Ihnen – und das ist ganz gewiss –: Wir werden uns in den nächsten Jahren, auch bei der politischen Debatte in diesem Haus, auch auf die Frage konzentrieren: Wer macht in Berlin die Politik? Vor allem: Macht er in Berlin Politik für oder gegen Baden-Württemberg?

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau!)

Ich habe nicht den Eindruck, dass wir in Baden-Württemberg darunter leiden, dass wir zu viel Geld aus Berlin bekommen. Ich habe eher den Eindruck, dass wir das Problem haben, dass sehr viel mehr Geld aus Baden-Württemberg in den Rest der Republik abfließt: Länderfinanzausgleich, Risikostrukturausgleich, Einkommensteuerausgleich, was weiß ich, was es alles gibt.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Gesundheitsfonds!)

(Stefan Mappus)

Wenn wir jetzt die Möglichkeit haben, in einem Bereich, in dem wir in der Tat einen gewissen Nachholbedarf haben – das ist der Bereich Infrastruktur/Verkehrspolitik –, Unterstützung von Berlin zu bekommen, und einer Ihrer vermeintlich führenden Köpfe dann nichts Besseres weiß, als in Berlin massiv dagegen zu schießen, dann müssen Sie den Menschen in Baden-Württemberg auch bei den nächsten Wahlen erklären, warum Sie als Grüne von Berlin aus Politik gegen Baden-Württemberg machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU zu den Grünen: Ziehen Sie ihn aus dem Verkehr!)

Ich kenne viele Städte in Deutschland, die sich alle Finger danach lecken würden, wenn sie zu Beginn des 21. Jahrhunderts die einmalige Chance hätten, weite Teile ihrer Innenstadt, die bisher ineffizient genutzt wurden, neu zu gestalten, modern zu gestalten, auf das 21. Jahrhundert vorzubereiten. Ich kann nur sagen: Dies ist eine großartige Chance.

(Lachen des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Deswegen erwarte ich – und zwar jetzt gleich, Kollege Kretschmann – zumindest eine Erklärung dafür, wie Sie Stuttgart–Wendlingen–Ulm gestalten würden, wenn nicht so, wie wir das ansonsten in diesem Parlament vereinbart haben. Wenn Sie noch ein Fünkchen Glaubwürdigkeit

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Machen Sie sich da keine Sorgen!)

für sich in puncto Verkehrspolitik haben wollen, dann stellen Sie sich hierher und erklären Ihren Wechsel auch in diesem Bereich. Ansonsten sind Sie in verkehrspolitischen Debatten nicht mehr ernst zu nehmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Für die Fraktion GRÜNE erhält Herr Abg. Kretschmann das Wort.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Jetzt kommt der Schienengegner! – Gegenruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Sie können ja fusionieren!)

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eine kleine Historie zu Stuttgart 21:

Am 19. Juli 2007 wurde das sogenannte Memorandum of Understanding unterzeichnet. Darin heißt es:

Die Kosten für das Projekt betragen voraussichtlich rund 2,8 Milliarden €.

Oettinger:

Die positive Situation der Steuereinnahmen bringt dem Land den nötigen Spielraum.

(Heiterkeit der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Am 6. März 2008 fand die erste Sitzung des Lenkungskreises statt. Oettinger:

Die Einhaltung des Kostenrahmens hat für das Land hohe Priorität, ebenso aber die geplante verstärkte Öffentlichkeitsarbeit. Wir haben hier im Land noch viel Gemeinsames vor. Daher ist es wichtig, dass die Bürger der Deutschen Bahn vertrauen und die Akzeptanz des Projekts steigt.

Im Juli 2008 gaben die Grünen ein Gutachten beim Ingenieurbüro Vieregge-Rößler in Auftrag, das durch seine Berechnungen das Transrapid-Projekt zu Fall gebracht hat. Die Gutachter veranschlagten dort die Baukosten auf 6,9 bis 8,7 Milliarden €.

Am 18. Juli 2008 sagte Minister Rech:

Die Deutsche Bahn AG und das Land Baden-Württemberg weisen Aussagen des Ingenieurbüros Vieregge-Rößler zu angeblichen Kostensteigerungen beim Projekt Stuttgart 21 als rein spekulativ zurück. Tatsache ist vielmehr: Das Bahnprojekt Stuttgart–Ulm ist eines der am besten und umfassendsten geplanten Projekte der Deutschen Bahn AG. Daher ist davon auszugehen, dass der derzeit vorgesehene Kostenrahmen eingehalten wird.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Oh, oh!)

19. August 2008: überarbeitete Kostenrechnung, jetzt 3,076 Milliarden €. Dazu sagte Oettinger:

Das Bahnprojekt Stuttgart–Ulm mit dem neuen Hauptbahnhof in Stuttgart ist solide geplant. ...

(Heiterkeit bei den Grünen)

Auch Gutachten mit zweifelhaften Kostenkalkulationen werden uns nicht vom eingeschlagenen Weg für die Zukunft des Landes abbringen.

Rech:

Wir haben den Risikofonds hoch dotiert, obwohl niemand damit rechnet, dass wir ihn ausschöpfen.

(Heiterkeit bei den Grünen)

Oliver Kraft, Vorstand Produktion der DB Netz AG,

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

sprach vom Zahlenwerk sogenannter Experten. Drexler:

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sind Sie für Wendlingen–Ulm?)

Wir sind froh, dass die Gegner des Projekts mit ihrer Kostenschätzung ganz offensichtlich falsch liegen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ist doch so! – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Das ist peinlich!)

Die Bahn hat ihre Kostenkalkulation gut begründet und das Gutachten der Projektgegner alt aussehen lassen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist so! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Na also! Das ist doch so! – Zurufe von der CDU: Ja!)

(Winfried Kretschmann)

4. November 2008: Der Bundesrechnungshof erwartet, dass die Baukosten von Stuttgart 21 auf voraussichtlich 5,3 Milliarden € steigen werden.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Nur bei den Grünen!)

Oettinger:

Ich gehe trotz der Warnung des Bundesrechnungshofs davon aus, dass die Kostenberechnung für das Projekt tragfähig ist.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Geben Sie irgendwann einmal auch einen eigenen Gedanken wieder? – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Rech:

Ich halte den Bericht des Rechnungshofs in einigen Teilen für nicht zutreffend.

(Zuruf von der CDU: Ist das eine Vorlesung?)

Drexler sagte am 18. August 2009:

Die immer wiederkehrenden Meldungen über „gewaltige“ Kostensteigerungen sind reine Panikmache.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Fühlen Sie sich als Landesarchivar? – Heiterkeit – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Aussagen kennen wir alle!)

Gestern nun genehmigte der Aufsichtsrat der DB AG die Kostenberechnung von 4,1 Milliarden €. Das ist das, was Sie uns heute hier verkündet haben.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Es sind knapp 5 Milliarden €!)

Wir wissen, dass auf der Arbeitsebene der DB von 4,9 Milliarden € die Rede war.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: 5 Milliarden €! Das ist der Punkt!)

Innerhalb eines Monats 1 Milliarde € mehr an Kosten,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Falsch! Fünf Jahre später!)

und noch ist kein Spatenstich erfolgt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Unglaublich! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Fünf Jahre später! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Was muss man von der Glaubwürdigkeit von Leuten halten,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Kommen Sie einmal weg von den Kosten! Reden Sie doch endlich einmal vom Nutzen!)

die alle Ecken wieder eine Kostenberechnung machen, die diejenigen, die diese Berechnungen anzweifeln, diskriminieren

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Falsch! Das ist doch gar nicht wahr! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

und dann selbst dauernd die Kostenberechnungen nach oben setzen wie jetzt auf 4,1 Milliarden €? Solchen Leuten muss niemand mehr glauben.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe von den Grünen – Abg. Stefan Mappus CDU: So ein Blödsinn! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das, was Sie sagen, ist unseriös!)

Wer so agiert und selbst den Kostenrahmen ständig ändern muss, aber diejenigen, die den Kostenrahmen anzweifeln, in die Ecke stellt, ist mit der Glaubwürdigkeit schon im Tunnel.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Jörg Döppler CDU: Ja, ja, ja! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sprechen Sie doch endlich einmal über den Nutzen! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Drexler?

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Nein, ich erlaube jetzt keine Zwischenfrage.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er will jetzt über den Nutzen sprechen! Jetzt kommt der Nutzen! – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das kommt peinlich für Sie! – Abg. Ursula Haubmann SPD: Na, toll! – Weitere Zurufe – Lebhaftige Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort hat Herr Abg. Kretschmann.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das ist die Entwicklung des Kostenrahmens in wenigen Monaten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sagen Sie etwas zum Nutzen!)

Bahnchef Grube hat gesagt: „Bei 4,5 Milliarden € liegt die Sollbruchstelle.“ Wir müssen also davon ausgehen, dass die jetzigen 4,1 Milliarden € wieder eine politisch geschönte Zahl sind, damit man unter diesem Kostenrahmen bleibt und die Sollbruchstelle jedenfalls nicht jetzt erreicht wird.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das steht im Vertrag drin!)

Das sind Kostensteigerungen vor dem ersten Spatenstich.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So steht es im Vertrag! Natürlich! – Gegenruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Jeder weiß: Hinter der Hacke ist es dunkel.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Was passiert nun mit den Kostensteigerungen, die beim Bau noch erfolgen können?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein!)

(Winfried Kretschmann)

Wer trägt diese Kosten? Dazu möchten wir eine klare Aussage von Ihnen.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Auch das wissen wir!)

Der Bahnaufsichtsrat sagt: Die ganzen Kostensteigerungen – über 4,5 Milliarden € – haben das Land und die Kommune zu tragen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Falsch! Lies doch den Vertrag! – Abg. Stefan Mappus CDU: Das stimmt doch gar nicht! Das ist unglaublich! Die gleiche Show wie gestern! Den Vertrag lesen, bevor man so daher-redet!)

Herr Ministerpräsident, jemand, der schon beim Zahlenwerk jeden Ansatz solider Bürgerlichkeit vermissen lässt, braucht uns hier nicht mit falschem Pathos zu belämmern.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Stefan Mappus CDU: Das sagt der Richtige! – Abg. Georg Nelius SPD: Eine Runde Mitleid!)

Wer sich in ein falsches Pathos flüchten muss, da es hier zunächst einmal um die Fragen „Wie ist der Kostenrahmen des Landes, und was bedeutet das für die Zukunft unseres Haushalts, unseres Landes und unserer ganzen Verkehrsinfrastruktur?“ geht, braucht uns damit wirklich nicht zu kommen.

(Beifall bei den Grünen)

Wenn sich Herr Abg. Hermann, der Bundestagsabgeordneter ist,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Vorsitzender des Verkehrsausschusses!)

einen Kopf über die Bundesrepublik Deutschland macht, dann nimmt er seine Aufgabe ernst, denn in der Verfassung lesen wir:

Die Abgeordneten ... sind Vertreter des ganzen Volkes ...

(Beifall bei den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Auch von Baden-Württemberg! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber auch Baden-Württembergs! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Baden-Württemberg ist immer außen vor, Herr Kollege!)

Dass man vielleicht nur seinen eigenen Wahlkreis im Kopf hat, das mag Ihre Tradition sein; unsere ist es nicht. Wir haben das Ganze im Blick.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Stefan Mappus CDU)

Vollkommen abwegig – darauf kann und will ich aber in der kurzen Zeit gar nicht mehr eingehen – sind natürlich Ihre Angriffe, das alles sei Fundamentalopposition und Fundamentalwiderstand.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie sieht es mit Wendlingen-Ulm aus? Sagen Sie einfach einen Satz! – Abg. Stefan Mappus CDU: Was ist jetzt mit Wendlingen-Ulm?)

Das ist überhaupt kein Fundamentalwiderstand. Wir haben eine klare Alternative dagegengesetzt,

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Haben Sie nicht! – Abg. Stefan Mappus CDU: Ah ja!)

den Kopfbahnhof 21.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber doch nicht bei Wendlingen-Ulm!)

Diese Alternative mag Ihnen nun, aus welchen Gründen auch immer, nicht gefallen. Aber jemand, der eine klare Alternative, die gut, richtig, kostengünstig und verkehrspolitisch sinnvoll ist,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Alles falsch!)

als Fundamentalopposition hinstellt, weiß gar nicht, worüber er redet.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das wissen Sie nicht!)

Es ist überhaupt der Sinn – jedenfalls ist das eine bürgerliche Tradition –, bei solchen Projekten zu schauen: Ist der Wunsch der richtige? Kann man ihn auf andere, kostengünstigere Art erfüllen?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Menschenverträgliche Art! Darum geht es!)

Ist seine Realisierung bezahlbar? Das ist sozusagen das kleine Einmaleins der Bürgerlichkeit.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Stefan Mappus CDU: Dann sagen Sie doch einmal, wie Sie auf die Filder hochkommen, wie Sie Stuttgart-Ulm machen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir wollen eine menschenfreundliche Lösung!)

Das alles haben wir gemacht. Die Stuttgart-21-Gegner haben die Alternative „Kopfbahnhof 21“ dargelegt. Das war eine klare, preisgünstige und verkehrspolitisch sinnvolle Alternative.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Falsch! – Abg. Stefan Mappus CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Wenn Sie in der Planungszeit von Stuttgart 21 nicht gemerkt haben, dass es inzwischen Wendezüge gibt, dass es einen Integralen Taktfahrplan gibt, dann ist das Ihr Problem und nicht unseres.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Jörg Döpfer CDU: Und wie kommen Sie von Wendlingen nach Ulm?)

Ich kann noch einmal sagen: Bei diesem explodierenden Kostenrahmen – wir wissen von anderen Bahnprojekten, dass die Kostenexplosion noch viel größer ist – müssen wir davon ausgehen, dass die Kosten mit Sicherheit in Richtung der Kalkulation des Bundesrechnungshofs, wenn nicht gar des Gutachtens von Vieregge-Rößler gehen. Das heißt, dass mit den Mitteln überhaupt nicht auszukommen ist.

(Winfried Kretschmann)

Sie selbst, Herr Ministerpräsident, haben beim Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie klipp und klar gesagt, dass wir für andere Projekte wie die Aufrüstung der Rheintalstrecke aus den vorhandenen Mitteln das Geld nicht haben. Deswegen haben Sie gefordert, dass in diese Infrastrukturen 1 Milliarde € mehr vom Bund fließen muss. Ich möchte nur wissen, woher der Bund sie nehmen soll.

(Abg. Bärl Mielich GRÜNE: Ganz genau!)

Aber gut. Jedenfalls haben Sie damit zugegeben, dass das, was der Bahnexperte Michael Holzhey gesagt hat, richtig ist:

(Abg. Jörg Döpfer CDU: Experte?)

Stuttgart 21 wirkt in Zeiten knapper Kassen wie ein Kanibale, der alle anderen Vorhaben auffrisst.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Genau!)

Deswegen ist das kein wirkliches Zukunftsprojekt für eine nachhaltige Verkehrspolitik, sondern das ist ein völlig ungedeckter Wechsel für Baden-Württemberg, für unseren Haushalt und für die Mittel, die wir im Haushalt für andere, wichtige Verkehrsinfrastrukturinvestitionen, aber auch für die anderen wichtigen Kernaufgaben des Landes brauchen. Deswegen sind hier Sie und nicht wir in der Glaubwürdigkeitsfalle.

(Beifall bei den Grünen – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Ende.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Jetzt Wendlingen! Wie kommen Sie denn da hoch? Das wüssten wir gern einmal! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ein Satz zu Wendlingen–Ulm!)

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wir haben immer klipp und klar zur Neubaustrecke Stuttgart–Ulm gestanden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein, stimmt nicht! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Und heute?)

Das hat sich überhaupt nicht geändert.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Wolfgang Drexler SPD: 2019!)

Allerdings wird die Bahn erst im April über die Wirtschaftlichkeit dieser Strecke entscheiden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Völlig falsch! – Abg. Georg Neliuss SPD: Die wollen die Postkutsche wieder!)

Da wird es noch einmal dazu kommen: Genauso wie hier bei Stuttgart 21 wird der Kostenrahmen nicht einzuhalten sein; das sage ich Ihnen.

(Unruhe – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Kann man den Mann nicht einmal ausreden lassen? – Glocke der Präsidentin)

Da Stuttgart 21 und die Neubaustrecke sinnvollerweise nur parallel gebaut werden könnten, sitzen Sie wieder in einer Falle,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Der redet einen Stuss heraus, und zwar ständig!)

weil wir dann erpressbar sind, wenn die Bahn die gestiegenen Kosten nicht aufbringt und das Bahnprojekt streckt, was sie bei anderen Strecken auch macht. Dann sind wir unter Druck, über die 950 Millionen € hinaus wieder Mittel zuschießen zu müssen.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Das stimmt auch nicht! Das ist unglaublich!)

Das ist das Thema, um das es hier geht.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Ende.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Auch wenn Sie nicht über Geld reden wollen: Wir tun es.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen – Abg. Stefan Mappus CDU: Das stimmt nicht, was Sie erzählen! Der sagt glatt die Unwahrheit! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Winfried, du hast wieder einen Unsinn geredet! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Die waren doch schon gegen Stuttgart–Mannheim! – Vereinzelt Heiterkeit)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE – Unruhe)

Zunächst darf ich Ihnen, Herr Ministerpräsident, zu der Leistung der von Ihnen geführten Koalition und der von Ihnen geführten Regierung ganz herzlich gratulieren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Dieses Bahnprojekt ist eines der großen Projekte der letzten Jahrzehnte und auch der nächsten Jahrzehnte. Entgegen manchem, was man jetzt aus dem vielstimmigen politischen Chor hört und noch hören wird, ist es eines der Projekte – dessen bin ich ganz sicher –, die in zukünftigen Jahrzehnten unumstritten sein werden.

Auch wenn Sie jetzt Ihren Arbeitsschwerpunkt verlagern, Herr Ministerpräsident: Dieses Projekt wird bleiben. Dafür herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Ich danke auch allen, die dieses Projekt verstanden haben oder verstehen konnten,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

ausdrücklich den beiden Regierungsfractionen, aber auch der SPD-Fraktion. Da schließe ich mich dem an, was Herr Kolle-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

ge Mappus gesagt hat. Ich will Ihnen auch nicht vorwerfen, dass einige „bucklige Verwandte“ in Ihrer Partei die Kurve nicht bekommen haben.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Wenn ich da hinüberschaue, sehe ich, dass es bei der FDP/DVP bauchige Verwandte gibt! – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Sie haben der Versuchung widerstanden, mit billigem Populismus gegen dieses Projekt zu polemisieren, um vielleicht Wählerstimmen zu gewinnen, die zumindest Ihre Stuttgarter Fraktion bei den zurückliegenden Kommunalwahlen möglicherweise hätte abstauben können.

(Zurufe von den Grünen)

Das Projekt ist ein wesentliches Infrastrukturprojekt. Herr Kollege Schmiedel, wir haben uns heute Vormittag darüber gestritten, was man in der Krise tun kann. Ich glaube, dieses Projekt gehört zu dem, was man in der Krise tun kann. Ich danke Ihnen dafür, dass Sie da mitziehen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was heißt „mitziehen“? Wir haben da gezogen!)

Allerdings ist es natürlich so: Dieses Projekt kostet Geld; das ist überhaupt keine Frage.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

(Abg. Bärl Mielich GRÜNE: Das ist schwer bei diesem Redner!)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: In einer Situation, in der wir verschuldet sind, könnten wir natürlich argumentieren: „Dieses Projekt können wir uns nicht leisten, weil wir Schulden haben.“ Aber wir machen es trotzdem, wie wir auch einiges andere machen, und das ist richtig so.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Dieses Projekt bringt natürlich auch Investitionen ins Land. Denn es ist doch völlig klar: Wenn wir dieses Projekt abblasen würden, dann würden wir diese 1 Milliarde €, die Sie angesprochen haben, zwar mehr haben – natürlich hätten wir dieses Geld gern, überhaupt keine Frage –, aber andererseits würde auch sehr viel von den Investitionen aus Bundesmitteln, die jetzt kommen, weil wir dieses Projekt durchführen, eben nicht nach Baden-Württemberg fließen, sondern irgendwo anders hin.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Hauptsache Mittel!)

Genau das ist Konjunkturpolitik, das ist Investitionspolitik.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist FDP-Politik!)

So kommen wir aus der Krise und nicht so, wie sich die Grünen das vorstellen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wenn wir über Investitionen und über Infrastruktur reden, dann habe ich noch ein gewisses Verständnis dafür, dass Sie,

wie es vor 14 Tagen wieder der Fall war, die Meinung vertreten: Bei der Forderung nach mehr Straßenbaumaßnahmen machen wir nicht mit, weil – ceterum censeo – Straßen keinen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Das kann ein Grüner nicht mit seinem Gewissen vereinbaren. Aber offensichtlich ist es mittlerweile so, dass Sie auch die Schiene nicht mehr mit dem grünen Gewissen vereinbaren können.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wir sind für das alternative Schienenprojekt! – Abg. Thomas Blenke CDU: Als nächstes kommt das Fahrrad!)

Jetzt machen wir ein wesentliches Schienenprojekt. Kollege Schmiedel hat Ihnen an einem Beispiel aufgezeigt, wie wir den CO₂-Ausstoß dadurch deutlich reduzieren können; aber auch dagegen sind Sie.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wir wollen halt ein anderes Schienenprojekt, Herr Rülke! – Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Dann vergessen Sie plötzlich den Klimaschutz und machen damit deutlich, worum es Ihnen eigentlich geht. Sie haben des Öfteren erklärt, Sie als Grüne wollten aus einer kleinen Partei eine große machen. Da haben Sie in manche Geschichtsbücher hineingeschaut und gesehen, wie man das vielleicht machen kann, nämlich dadurch, dass man Emotionen schürt und populistische Themen aufgreift.

(Zurufe der Abg. Hagen Kluck FDP/DVP und Brigitte Lösch GRÜNE)

Dann sind Sie von Ihrem Wahlergebnis bei der Kommunalwahl in Stuttgart ganz besoffen

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

und haben dieses Thema jetzt als das große Thema entdeckt, mit dem Sie meinen, vielleicht zur Volkspartei werden zu können.

(Zuruf der Abg. Andrea Krueger CDU)

Sie werden feststellen: Mit diesem Thema werden Sie nicht zur Volkspartei, sondern werden bei Ihren eigenen Anhängern unglaubwürdig.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Die werden auch irgendwann einmal merken, dass es eben keine Politik ist, gegen die Schiene zu polemisieren, wenn man andererseits in jeder anderen Rede

(Abg. Bärl Mielich GRÜNE: Wie wäre es, wenn Sie inhaltlich etwas sagten?)

den Klimaschutz im Munde führt. Denn das Einzige, was Sie, Herr Schmiedel, bei Ihrer Vorlese- und Zitatestunde zu bieten hatten, war die Argumentation – –

(Zurufe: Schmiedel? – Abg. Claus Schmiedel SPD: Schmiedel hier, Kretschmann da! – Heiterkeit)

– Entschuldigung, ich nehme das zurück: Streiche Schmiedel, setze Kretschmann.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die Macht der Gewohnheit!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Das Einzige, was Sie zu bieten hatten, waren finanzielle Erwägungen. Das meiste von dem, was Sie aufgezählt haben, hat nicht gestimmt.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Was hat denn nicht gestimmt?)

Aber sei es drum; das gilt ansonsten auch. Aber das einzige Argument, das Sie tatsächlich vorgebracht haben, war die Vermutung, es werde zu teuer.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Darauf hat sich Ihre ganze Rede am heutigen Tag reduziert, also auf rein finanzpolitische Erwägungen – wenn sie denn überhaupt stimmen würden; das meiste waren Prognosen.

(Abg. Bärl Mielich GRÜNE: Ganz elementare Erwägungen!)

Wo ist denn da der Klimaschutz, Herr Schmiedel?

(Zurufe)

– Herr Kretschmann. Entschuldigung.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Wenn man immer so einseitig eingeschossen ist! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das sind die eingefahrenen Muster!)

– Nein, ich bin noch so begeistert von Ihrer Haltung zu Stuttgart 21, dass ich das projiziere.

(Beifall bei der CDU)

Das Einzige, Herr Kretschmann, was Sie zu bieten hatten, waren finanzpolitische Erwägungen.

(Abg. Bärl Mielich GRÜNE: Ist das nichts? – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das war gar nichts!)

Da war nichts mehr mit dem Klimaschutz. Sie waren nicht einmal in der Lage, eine klare Antwort auf die Frage zu geben, ob Sie noch zu Ulm–Wendlingen stehen.

(Abg. Jörg Döpfer CDU: Der weiß das nicht!)

Um diese Antwort haben Sie sich gedrückt, weil Sie mittlerweile in der eigenen Partei immer mehr Leute haben, die der Meinung sind, man könnte sogar noch in Berlin Honig daraus saugen, dass man gegen Stuttgart 21 ist. Sie erklären dann: Herr Hermann ist ein Vertreter des ganzen Volkes.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Unser Herrmann schon!)

Wenn man sich den Herrn Hermann so anschaut: Diese staatspolitische Verantwortung ist schon erstaunlich.

(Zuruf der Abg. Bärl Mielich GRÜNE)

Wir im Landtag von Baden-Württemberg haben aber Verantwortung für Baden-Württemberg und tragen die Verantwortung dafür, dass ein wichtiges Infrastrukturprojekt realisiert wird und dass möglichst Investitionen nach Baden-Württemberg kommen

(Abg. Bärl Mielich GRÜNE: Eine Beleidigung für den Landtag!)

und nicht zu den Seehäfen oder was Herr Hermann sonst im Schilde führt. Das sind unsere Überlegungen hier in Baden-Württemberg.

Die Argumente sind altbekannt, sie sind längst ausgetauscht. Man kann Ihnen wahrscheinlich noch einige Hundert Mal erklären, dass wir diese Verkehrsinfrastruktur brauchen, damit der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg florieren kann, und dass eine Investition in die Schiene auch ökologisch sinnvoller ist als alles andere.

Vor diesem Hintergrund ist der Widerstand, den Sie leisten, besonders ungläubwürdig.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Bärl Mielich GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler. Herr Abgeordneter, ich weise Sie darauf hin, dass Sie noch 43 Sekunden Redezeit haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Den Herrn Drexler wollen wir länger hören!)

Abg. Wolfgang Drexler SPD: Trotzdem: Ich muss etwas zu Herrn Kretschmann sagen. – Lieber Winfried, ein paar Punkte muss man richtigstellen.

Am 2. April, als der Vertrag geschlossen worden ist, wurde festgelegt, dass der Risikofonds ausdrücklich auch für die Zeit vorher verwandt wird. Andernfalls wäre die Ausstiegsklausel unsinnig. Die Vertragspartner haben das vereinbart. Ihr erzählt zwar immer etwas anderes, aber es ist so. Im Vertrag steht, dass man bis Ende dieses Jahres aussteigen kann, wenn sich zeigt, dass der Risikofonds vollständig schon in diesem Zeitraum, bevor überhaupt begonnen wird, verbraucht wird.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Dann kann man aussteigen. Das heißt, die Vertragspartner waren der Auffassung: vor und während der Bauzeit. Ihr erzählt den Leuten etwas Falsches. Das muss man richtigstellen: vor und während der Bauzeit.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Die zweite Behauptung lautete, Stadt und Land würden während der Bauzeit die Kosten übernehmen. Woher hast du das denn?

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Habe ich nicht behauptet!)

– Doch, das hast du vorhin behauptet.

(Heiterkeit – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Er weiß nicht, was er redet! – Zuruf des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Genau so war es.

Im Vertrag steht ausdrücklich – – Das steht zwar heute in der Zeitung, aber nicht alles, was darin steht, stimmt. Im Vertrag, über den du hier mit mir diskutiert hast, steht: Wenn die Kosten während der Bauzeit über 4,5 Milliarden € hinausgehen,

(Wolfgang Drexler)

muss das Land mit der Bahn sprechen oder muss die Bahn mit dem Land sprechen. Sonst steht gar nichts drin, weder eine Verpflichtung noch eine Nebenabrede.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Deswegen haben sie jetzt richtig gerechnet, weil sie während der Bauzeit nicht über die 4,5 Milliarden € hinausgehen wollen. Man muss das nur zur Kenntnis nehmen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Aber du hast ja ihre falschen Rechnungen vorher immer hinausposaunt!)

– Nein, gar nicht. – Jetzt kommen wir zur falschen Rechnung. Weißt du, wann die 2,8 Milliarden € festgelegt worden sind? Wann sind die denn festgelegt worden? Doch nicht vor einem Jahr, auch nicht vor zwei Jahren. Es war die Kostenrechnung von 2004, als noch keine Planfeststellung erfolgt war. Da waren es 2,8 Milliarden €.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Aber damals waren sie auch dagegen! – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Hören Sie auf, schönzureden!)

– Ich rede überhaupt nichts schön. Hören Sie einfach einmal zu. Wenn man die Verträge nicht kennt, sollte man zuhören.

Dann hat man 2007 gesagt: In dem Schienenprojekt muss man über die Bauzeit noch eine Preissteigerungsrate von 1,5 % einrechnen, und dann kam man auf 3,076 Milliarden €.

Das ist das einzige Schienenprojekt in ganz Deutschland, bei dem es –

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das bestgerechnetel!)

– Herr Kollege, hören Sie einfach einmal zu.

(Heiterkeit)

Das ist das einzige Projekt, bei dem überhaupt eine Preissteigerungsrate eingerechnet ist. Das gibt es bei keinem anderen Schienenprojekt.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Genau! Es gibt kein anderes Schienenprojekt!)

Nur in Stuttgart ist unter der Annahme gerechnet worden, dass es eine Preissteigerungsrate von 1,5 % gibt. Das gibt es nur in Stuttgart. Dann zieht ihr darüber her. Das gibt es sonst in ganz Deutschland nicht. Das gibt es nur hier.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Gibt es das denn bei der Strecke Wendlingen–Ulm? Nein. Gibt es das bei der Umfahrung Nürnberg? Nein. Hat es das in Berlin gegeben? Nein. Das gibt es nur in Stuttgart.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Das erhebt ihr auch noch zum Kritikpunkt, anstatt zu sagen:

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Das ist sauber gerechnet mit einem Risikofonds.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP)

Ganz kurz: Für K 21 wurden 2004 – so steht es in der eigenen Broschüre – 2,3 Milliarden € geschätzt. Von der Bahn wurde K 21 im Jahr 2004 auf 2,6 Milliarden € geschätzt, nämlich 1,2 Milliarden € für den Umbau des Bahnhofs, 1 Milliarde € für die Neckartalstrecke und Tunnel, 400 Millionen € für den Anschluss an den Flughafen. Wenn du das zusammenrechnest, kommst du auf 2,6 Milliarden € – geschätzt.

Zum Vergleich: Damals lag Stuttgart 21 bei 2,8 Milliarden €. Die Behauptung, K 21 koste nur ein Drittel von Stuttgart 21, ist also völlig falsch. Selbst die Gegner von Stuttgart 21 sagten im Jahr 2004 über K 21: 2,3 Milliarden €.

Hören Sie also mit diesem Märchen auf. Ich bin nicht dafür, dass man jetzt sagt: Die machen das falsch. Ich sage nur: Man muss auch deren Zahlen und Rechnungen realistisch überprüfen. Da sage ich: Es kann nicht stimmen,

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

was da berechnet worden ist.

(Beifall des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Zum Schluss zu eurem Holzhey, der behauptet, Stuttgart 21 sei ein „Kannibale“, wie er es nennt. Rechnen Sie nur einmal mit.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: So lange 43 Sekunden will ich auch einmal haben!)

Er sagt bezüglich der Bedarfsplanung: Wenn Stuttgart 21 und die Neubaustrecke kommen, gibt es nichts anderes mehr in Deutschland. Das hast du vorhin bestätigt. Ich rechne das genau so, wie es in der Bedarfsplanung steht. Bedarfsplanung Neubau heißt: 563 Millionen € in Stuttgart 21 sind vom Bund – 563 Millionen €, und zwar auf zehn Jahre. In den nächsten zehn Jahren hat der Bund 10 bis 11 Milliarden € für Verkehrsprojekte vorgesehen. Das heißt, 5 % davon – und zwar gedeckelt, ohne Zuwachs – kostet Stuttgart 21 den Bund, und euer Fachmann erklärt, damit breche in ganz Deutschland alles zusammen. Das ist doch Unsinn.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP – Zurufe: Bravo! – Zugabe!)

Zum Schluss: Bei der Neubaustrecke sagt ihr genau das Gleiche. Auch Herr Hermann sagt es. Ich glaube, du hast es vorhin auch gesagt. Sie kostet 2 Milliarden €. Davon trägt das Land 950 Millionen €. Nun kann man natürlich sagen, verfassungsrechtlich gesehen sei dies eine Bundesaufgabe. Darüber haben wir schon diskutiert. Aber es ist doch keine Belastung des Bundes, wenn das Land 50 % einer Neubaustrecke trägt, für die ausschließlich der Bund zuständig ist. Der Bund hat damit mehr Möglichkeiten, in andere Bundesländer zu investieren. Das ist doch keine Einschränkung. Wie kann man das in der Öffentlichkeit überhaupt sagen? Ich verstehe das nicht.

(Heiterkeit und anhaltender Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Bei der Sprache merkt man, wer Polier ist und wer Bauhelfer! Bei der Sprache wird man ja cholerisch!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Punkt 7 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe jetzt **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Fragestunde – Drucksache 14/5550

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage der Abg. Rita Haller-Haid SPD – Die Überwachungsintensität des Wirtschaftskontrolldienstes nach der Verwaltungsreform

Frau Kollegin Haller-Haid, Sie haben das Wort.

Abg. Rita Haller-Haid SPD: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Grunde habe ich jetzt die falsche Anfrage dabei. Eigentlich hätte ich fragen müssen, warum die Grünen in Tübingen für den Bau eines Straßentunnels sind, ganz gleich, was es letzten Endes kostet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU –
Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Ich komme jetzt zu meiner eigentlichen Anfrage.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

- a) Wie erklärt sich die Landesregierung, dass die Zahl der Strafanzeigen wegen des Verdachts einer Straftat gegen Vorschriften des Lebensmittel- oder Futtermittelrechts im Bereich des Regierungspräsidiums Tübingen seit der Eingliederung des Wirtschaftskontrolldienstes in die Landratsämter drastisch zurückgegangen ist?
- b) Wie viele Lebensmittelbetriebe gibt es im Land, die seit der Umsetzung der Verwaltungsreform weniger als einmal im Jahr kontrolliert worden sind?

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Zur Beantwortung der Anfrage erteile ich Frau Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch das Wort.

Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich beantworte die Anfrage der Kollegin Haller-Haid namens der Landesregierung wie folgt:

Zunächst möchte ich feststellen: Es gibt keine spezielle Statistik für derartige Vorgänge, weshalb es auch kein vollständiges Zahlenmaterial gibt. Im Trend stellen aber auch wir einen Rückgang der Zahl der Strafanzeigen fest.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Unterhaltungen nach außerhalb des Plenarsaals zu verlegen. Hier ist kaum noch zu verstehen, was gesprochen wird.

Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Mit den Staatsanwaltschaften und den Vertretern der unteren Lebensmittelüberwachungsbehörden wurden die mutmaßlichen Gründe für den Rückgang der Anzeigen erörtert. Dabei hat sich herausgestellt, dass ein wesentlicher Grund in den gesetzlichen Änderungen liegen dürfte. So wurden zahlreiche nationale hygienerechtliche Bestimmungen und damit auch mögliche Straftatbestände im Zusammenhang mit dem neuen, im Jahr 2006 erlassenen EU-Hygienepaket aufgehoben, z. B. die Hackfleischverordnung, die auch jeder ehrenamtlich Tätige hinreichend kannte. Hierauf lag seinerzeit auch ein Schwerpunkt bei den Anzeigen, die über den WKD eingegangen sind.

Sehr geehrte Damen und Herren, abgesehen von den gesetzlichen Veränderungen bei den Straftatbeständen sind die Vorgaben des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum an die Lebensmittelbehörden ganz eindeutig. In der gemeinsamen Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum, des Justizministeriums sowie des Innenministeriums, die die Grundlagen für die Zusammenarbeit der Verwaltungs- und Strafrechtsbehörden im Bereich der Bekämpfung von Verstößen gegen den gesundheitlichen Verbraucherschutz schafft, ist festgelegt worden, dass bei Fakten, die geeignet sind, den Verdacht einer Straftat zu begründen, die Strafverfolgungsbehörden zwingend zu unterrichten sind.

Das wird jetzt im Vorfeld auch gemacht. Im Zweifel sollte die Staatsanwaltschaft in einem Verdachtsfall lieber einmal mehr als einmal zu wenig informiert werden. Hierzu finden jetzt auch schon Besprechungen statt.

In dieser Verwaltungsvorschrift sind auch regelmäßige Besprechungen der Lebensmittelüberwachungsbehörden mit den Staatsanwaltschaften auf der Ebene der Regierungsbezirke vorgesehen, um sich gegenseitig über die Belange der Lebensmittelüberwachung zu unterrichten und sich gegenseitig dafür zu sensibilisieren. Nach Rückmeldung der zuständigen Behörden werden diese Besprechungen regelmäßig durchgeführt und werden auch sehr gut angenommen.

Das sind für uns die Gründe, warum es hier weniger Strafanzeigen gibt. Der Wegfall der Hemmschwelle, bereits im Vorfeld mit der Staatsanwaltschaft in Kontakt zu treten, und eine durch die Verwaltungsvorschrift unkompliziertere Zusammenarbeit haben, denke ich, eine hohe Sachlichkeit in die Thematik gebracht.

Zu Ihrer zweiten Frage gebe ich namens der Landesregierung folgende Antwort: Zunächst möchte ich sagen, dass die Frage eigentlich falsch gestellt ist. Die Häufigkeit der Kontrollen in Lebensmittelbetrieben wird bei uns in Baden-Württemberg – da waren wir federführend – auf der Grundlage von Risikobeurteilungen festgelegt. Das heißt also, hier werden einzelne Betriebe spezifisch auf den Hygienestatus, auf die baulichen Voraussetzungen und das bestehende Eigenkontrollsystem hin bewertet. Aus diesen Kriterien heraus leitet sich dann die Kontrollfrequenz ab.

Der Rahmen des Systems der Risikobeurteilung ist überdies auch über die allgemeine Verwaltungsvorschrift als Rahmenüberwachung des Bundes für alle Länder verbindlich vorgegeben. Hiernach gibt es bei den Betrieben in Abhängigkeit von ihrem betrieblichen Risiko ein breites Spektrum zwischen

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

der täglichen Kontrolle bis hin zu einer Kontrollhäufigkeit von in der Regel einmal in drei Jahren.

Einige Betriebsarten wie der Getränkehandel sind zwar auch zu kontrollieren, aber ich meine, es ist sehr leicht nachzuvollziehen, dass es wenig Sinn machen würde, dort immer wieder zu kontrollieren, da diese Betriebe ohnehin zumeist nur mit geschlossenen Flaschen handeln, für die die lebensmittelrechtliche Zuständigkeit beim Hersteller liegt. Andere Händler von nicht kühlpflichtig verpackten Lebensmitteln werden bei diesem System möglicherweise alle fünf Jahre mit einer Kontrolle zu rechnen haben.

Betriebsarten mit einem höheren Risiko, z. B. Betriebe zur Herstellung von leicht verderblichen Fleischerzeugnissen – ich nenne hier noch einmal das Beispiel Hackfleisch oder mariniertes Fleisch, Frischwurst und anderes –, sind so kategorisiert, dass sie zumindest einmal im Vierteljahr kontrolliert werden müssen. Dann, wenn ein Betrieb kein schlüssiges Eigenkontrollsystem hat oder in anderer Weise auffällig ist, kann eine Kontrolle auch täglich stattfinden.

Ich denke, dass das eine sehr zielorientierte Vorgehensweise ist. Deswegen ist es auch nicht möglich, zu sagen, hier gebe es eine Statistik und auf dieser Basis könne eine Datenabfrage gestartet werden. Es gibt keine Standardisierung.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abg. Haller-Haid, Sie hatten noch eine Nachfrage. Bitte sehr.

Abg. Rita Haller-Haid SPD: Frau Staatssekretärin, Sie sagten, die Betriebe würden regelmäßig kontrolliert. Allerdings kommt man auch dann auf eine hohe Anzahl von Kontrollen, wenn man beispielsweise Stände unter freiem Himmel kontrolliert. Man könnte also auf den Weihnachtsmarkt gehen und auf einen Schlag 200 Kontrollen durchführen. Mit solchen Methoden erhöht man natürlich die Zahlen in der Statistik.

Wie wollen Sie verhindern, dass die Landratsämter – möglicherweise schon aus Gründen der Personalknappheit – genau so vorgehen? Das ist meine erste Frage.

Meine zweite Frage ist: Kann es sein, dass die Zahl der Kontrollen auch deshalb zurückgegangen ist, weil die Landratsämter möglicherweise ein hohes Interesse daran haben, die Bußgelder selbst zu verhängen, und auch aus diesem Grund Anzeigen an Polizei oder Staatsanwaltschaft nicht in dem entsprechenden Umfang weitergeben? Wenn Betriebe daraufhin jedoch tatsächlich nicht kontrolliert werden – das betrifft nicht nur Getränkehändler, sondern meines Wissens auch andere Betriebe –, dann verleitet das ...

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Ich bitte Sie, sich kurz zu fassen, Frau Kollegin.

Abg. Rita Haller-Haid SPD: ... meiner Meinung nach zu einer Art Schludrigkeit, da man doch damit rechnen kann, dass keine Kontrollen erfolgen.

Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Frau Kollegin Haller-Haid, ich möchte sagen, mich befremdet schon, dass

Sie bei der hohen Verantwortung, die wir als oberste Behörde für die Lebensmittelkontrolle haben, so etwas in unserem Land für möglich halten, dass Sie hier also eine gewisse Beliebigkeit unterstellen. Tatsache ist, dass wir deswegen risikoorientiert vorgehen, weil die Zahl der Lebensmittelkontrolleure – das sei zugegeben – auf der Ebene der Landratsämter und der Stadtkreise nicht üppig ist. Darüber haben wir – auch mit Ihnen, Kollegin Kipfer – schon häufig gesprochen.

Ich möchte ebenso feststellen, dass ich als Vertreterin des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum sehr froh bin, dass in diesen Wochen oder Tagen eine Regelung im Benehmen mit den unteren Verwaltungsbehörden gefunden wurde, nämlich dass in den nächsten drei Jahren weitere 66 Lebensmittelkontrolleure ins System gegeben werden. Das ist immerhin ein Drittel mehr. Welche Landesverwaltung kann schon sagen, dass sie eine Erweiterung des Personals um 30 % erfahren hat?

Daher waren wir schon immer gezwungen, unser Personal sehr effizient einzusetzen. Das haben vor allem die Landratsämter mit einem sehr großen Verantwortungsgefühl gemacht. Ich möchte hier nicht unterstellen, dass irgendwelche Einnahmequellen, die dem Landratsamt zugutekommen, eine Rolle gespielt hätten. Ich habe Ihnen die beiden Gründe genannt. Ansonsten gibt es sicherlich auch die Möglichkeit, dass das eine oder andere in den Bereich der Ordnungswidrigkeit fällt.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort hat Frau Abg. Kipfer für eine weitere Nachfrage.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Frau Staatssekretärin, um die Möglichkeit der Anzeige von Straftaten gegen das Lebensmittelrecht zu erleichtern, wurde auch von Ihrem Haus vor einigen Jahren infolge der Fleischskandale vorgeschlagen, dass Mitarbeiter entsprechender Betriebe vor Nachteilen geschützt werden, wenn sie ihren Betrieb anzeigen, wenn sie denn wissen, dass in diesem Betrieb Straftaten begangen werden. Können Sie mir sagen, wie dieser Vorschlag weiter gediehen ist? Er wurde auch von Ihrem Minister unterstützt.

Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Darüber ist auf bundespolitischer Ebene im Bundesrat diskutiert worden; das fand keine Mehrheit.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Gott sei Dank! – Abg. Birgit Kipfer SPD: Im Bundesrat?)

– Ja.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Vielen Dank. Damit ist die erste Mündliche Anfrage beantwortet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Wagenmaterial auf der Murrtalbahn Stuttgart–Nürnberg

Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

(Beifall des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD)

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Frau Präsidentin! Ich frage die Landesregierung:

- a) Welche Bahnstrecken wurden im Nahverkehr Baden-Württembergs bisher und werden bis 2016 mit neuem Wagenmaterial ausgestattet?
- b) Ist es möglich, den Nachrüstungsprozess beim Wagenmaterial so zu gestalten, dass zeitnah mindestens zwei oder vier Zugpaare auf der Murraltalbahn nachgerüstet werden und somit zu den Hauptpendlerzeiten ein zumutbares SPNV-Angebot gewährleistet werden kann?

(Beifall des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Köberle für die Beantwortung der Anfrage.

Staatssekretär Rudolf Köberle: Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ihre Anfrage zur Murraltalbahn, lieber Kollege Bullinger, beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

In den letzten Jahren kamen auf einer ganzen Reihe von Bahnstrecken neue Fahrzeuge zum Einsatz. Ich kann Ihnen einmal die 17 Strecken nennen oder Ihnen das schriftlich zukommen lassen – wie Sie es wollen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Lassen Sie es mir schriftlich zukommen!)

Aber ich glaube, es ist sehr beeindruckend, dass im Lauf der letzten Jahre fast flächendeckend im ganzen Land investiert wurde.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Außer Murraltalbahn!)

– Ja, außer bei der Murraltalbahn.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Genau so ist es!)

Die Anfrage wäre nicht gestellt worden, wenn es dort keine Probleme, sondern rundum Zufriedenheit gäbe.

In Teil a wurde gefragt, auf welchen Strecken Wagen neu ausgestattet wurden. Dazu will ich auch einmal eine erfreuliche Botschaft sagen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Es geht um die gerechte Verteilung, Herr Staatssekretär!)

Auf 17 Strecken ist – auch mit großem finanziellem Aufwand – das Fahrzeugmaterial, das Wagenmaterial modernisiert und deutlich ausgeweitet worden.

Wir haben diese Modernisierung im großen Verkehrsvertrag vereinbart, dann aber auch in weiteren Verkehrsverträgen, die nach dem großen Verkehrsvertrag abgeschlossen worden sind.

Die Murraltalbahn war nicht dabei. Zu der Frage „Warum nicht?“

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

finden wir schnell eine Antwort: Weil uns natürlich die Mittel aus dem Topf der Regionalisierungsmittel nur beschränkt zur Verfügung stehen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ungleich verteilt worden!)

– Was heißt „ungleich“? Wir brauchen auf einer Relation auf der Schiene durchgehend ein entsprechendes Wagenmaterial. Wir könnten da nicht kunterbunt Wagenmaterial einsetzen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Da ist viel kunterbunt!)

Es muss alles auch rationell und vernünftig organisiert sein.

Tatsache ist und bleibt, dass es für die Murraltalbahn nicht gereicht hat. Wir tragen der Bahn dieses Problem immer wieder vor, weil wir der Meinung sind, dass es nicht sein kann, dass nur dort neues oder besseres Wagenmaterial eingesetzt wird, wo das Land vorher die Rechnung bezahlt hat,

(Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

sondern es auch zur Aufgabe, zur Kundenfreundlichkeit, zur Marktorientierung eines Unternehmens wie der Deutschen Bahn gehört, auch von sich aus entsprechendes Wagenmaterial anzubieten.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Es wäre falsch, wenn wir jeden Wunsch nach besseren Fahrzeugen sofort aus der Landeskasse finanzieren würden, wenn die Regionalisierungsmittel nicht mehr hergeben. Deshalb bleibt dieses Thema „Wagenmaterial auf der Murraltalbahn“ bei allen Gesprächen mit der Bahn auf der Tagesordnung.

Die Frage, ob vereinzelt Fahrzeuge ausgetauscht werden können, kann ich mit Nein beantworten, und zwar erstens, weil der Verkehrsvertrag bis 2016 dies nicht hergibt, und zweitens, weil es – aber dies ist ein Thema der Experten der Bahn – wenig Sinn macht, ein kunterbuntes Programm von Fahrzeugen oder Wagen auf einer Schiene einzusetzen.

Wir tun allerdings eines: Wir arbeiten momentan darauf hin, dass wir beim großen Verkehrsvertrag, für den wir ab dem Jahr 2017 einen Nachfolgevertrag brauchen, entzerren können, dass wir Teilverträge früher abschließen können. Spätestens dann kommt im Zusammenhang mit der Vergabe natürlich das Thema Wagenmaterial auf die Tagesordnung. Zum jetzigen Zeitpunkt wäre es, weil die Ergebnisse aus den Gesprächen noch nicht vorliegen, zu früh, als dass man sagen könnte: Als Erstes steht die Murraltalbahn für einen neuen Bahnvertrag an.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Eine Nachfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich bin dezidiert der Auffassung, dass morgens und abends zwei Zugpaare mit anständigem Material durchaus einsetzbar wären, wenn man bereit wäre – Ich darf das nur anmerken.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, würden Sie bitte eine Frage stellen.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich muss die Frage vorher begründen. Ich vertrete auch die Ansicht der mittelfränkischen Kommunalpolitiker, die geschlossen einen Appell an das hiesige Haus gerichtet haben.

Ich frage die Landesregierung, ob sie denn bereit ist, mit der Bayerischen Staatsregierung dahin gehend zu verhandeln und zu sprechen, dass man bei den betroffenen Metropolregionen in der Verbindung Stuttgart–Nürnberg – man stelle sich einmal vor: die letzte Verbindung zwischen zwei Metropolregionen mit etwa fünf Millionen Bürgerinnen und Bürgern ist um 18:07 Uhr;

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

der letzte Regionalzug geht um 18:40 Uhr – darauf hinwirkt, dass diese beiden Landesverkehrsverbände eine bessere Wagenausstattung erhalten, was durch eine gerechtere Mittelverteilung – um die geht es hier – meiner Auffassung nach kostenneutral möglich ist. Ist die Landesregierung bereit, mit dem dortigen Verkehrsminister zu verhandeln?

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Du kannst nicht alles haben! Jetzt gibt es erst einmal einen tiefer gelegten Bahnhof! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das hast du noch nicht begriffen, dass das zweierlei Dinge sind! – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Dummes Geschwätz!)

Staatssekretär Rudolf Köberle: Bevor ich diese Frage beantworte, möchte ich erst etwas auf den Zuruf erwidern, weil die Grünen mit diesem Argument landauf, landab unterwegs sind: Wenn wir im Nahverkehrsbereich eine Modernisierung bekommen – heute sind von Ihrer Fraktion eine ganze Reihe von Strecken angesprochen worden, die auf Modernisierung oder Ausbau oder Elektrifizierung warten –, muss klar sein: Jeder Ausbauschnitt ist nur dann möglich, wenn eine positive Kosten-Nutzen-Rechnung vorliegt. Das ist Voraussetzung.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist auch richtig!)

Wenn Sie sich die Modernisierungswünsche einmal genauer anschauen, dann sehen Sie, dass Stuttgart 21 nicht das Problem ist, sondern ganz im Gegenteil. Wir kommen nicht trotz, sondern wegen Stuttgart 21 z. B. zur Elektrifizierung der Südbahn.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Wir kommen nicht trotz, sondern wegen Stuttgart 21 zum Ausbau der Gäubahn und zu weiteren Ausbauschnitten. Der Eindruck, dass alles Geld in einem Bahnhof in Stuttgart vergraben würde, dieses falsche Bild ist heute zu Recht nochmals – und zwar mehrfach – richtiggestellt worden.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir schaffen ein ganz anderes Bahnsystem, und zwar nicht nur für den Fernverkehr, den europäischen Verkehr, sondern es gibt auch einen riesigen Modernisierungsschub für den Nahverkehr, und zwar im ganzen Land.

Wenn Sie die unterschiedlichen Regionen nehmen, dann sehen Sie, wie viele Millionen Euro – teilweise 100, 200, 300 Millionen € – z. B. in Mannheim, in Freiburg, in Stuttgart, in die Südbahn, in die Hochrheinbahn in den nächsten Jahren parallel zu Stuttgart 21 – und weil Stuttgart 21 kommt – investiert werden. Ich finde, dieses Gerede ist für einen Abgeordneten ziemlich dünn.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Ich bin gespannt!)

Dahinter steckt nichts anderes als Taktik. Bei Ihnen geht es nicht aus Überzeugung gegen Stuttgart 21 und die Neubausstrecke, sondern es geht taktisch darum, dass man Vorbehalte, Ängste, Befürchtungen und Unsicherheiten in der Wählerschaft erzeugt und versucht, das alles auf die grüne Schiene zu kanalisieren.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: „Populismus“ nennt man das!)

Das halte ich im Sinne einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der Verkehrspolitik für nicht gerechtfertigt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Soll ich die Frage wiederholen?)

Nun zu Ihrer Frage, lieber Kollege Dr. Bullinger. Ich muss es noch einmal sagen – ich habe die Antwort schon gegeben –: Das ist nicht möglich. Es geht nicht so einfach, dass, wenn wir Probleme oder Wünsche haben, die bayerische Seite die Hälfte der Kosten übernimmt. Wir führen ständig Gespräche mit der bayerischen Seite darüber, wie wir grenzüberschreitende oder metropolverbindende Verkehre, wie Sie sie ansprechen, weiter verbessern. Aber es gelten nun einmal auch in diesem Bereich Vertragslaufzeiten und Vertragsbedingungen.

Ich habe schon vorhin gesagt, dass wir erstens daran arbeiten, dass die Bahn über die Vertragsbedingungen hinaus selbst investiert, und dass wir zweitens die Vertragsdauer nicht bei allen Strecken bis zum Jahr 2016 durchhalten, sondern dass die Bahn bereit ist, früher zu neuen Verträgen zu kommen. Wenn es neue Verträge gibt, dann stehen die Themen „Qualität der Strecke“, Wagenmaterial und Fahrplanangebot im Zentrum der neuen Vereinbarungen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Der bayerische Verkehrsminister sagt, auch in Zukunft verweigern sie sich nicht!)

– Er darf Geld mitbringen und für unsere Wagenausstattung zahlen. Aber das wird er sicherlich nicht tun.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Für eine weitere Nachfrage erteile ich Herrn Abg. Sakellariou das Wort.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Herr Staatssekretär, noch eine Nachfrage. Teilen Sie meine Auffassung, dass die Murraltbahn nicht nur bezüglich des Wagenmaterials ins Hintertreffen geraten ist, sondern wahrscheinlich die einzige Strecke ist, an deren Haltestellen im Landkreis Schwäbisch Hall

(Nikolaos Sakellariou)

sich keine funktionsfähige Bahnhofstoilette mehr befindet, während in anderen Regionen in diesem Bereich keine Mangelerscheinungen zu verzeichnen sind?

Teilen Sie meine Auffassung, dass dies auch die einzige Strecke ist, die in den vergangenen Jahren vom Stundentakt abgekommen ist, und dass die Abfahrtszeitenregelung, die wir nach dem Fahrplanwechsel inzwischen haben, nämlich 40er-, 58er- oder 03er-Abfahrtszeiten, nicht mehr übersichtlich ist?

Und teilen Sie meine Auffassung – –

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Sakellariou, Sie hatten eine Frage stellen wollen. Jetzt waren es schon zwei.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Zahlreiche Nachfragen!
– Abg. Peter Hofelich SPD: Eine facettenreiche Frage!)

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Es geht darum, dass es noch weitere Punkte gibt, die neben dem Wagenmaterial zu betrachten sind.

(Heiterkeit – Abg. Thomas Blenke CDU: Können Sie sich bitte auf eine Bahnhofstoilette beschränken?)

Dritte Teilfrage: Trifft es zu, dass das eine der ganz wenigen, wahrscheinlich die einzige Strecke ist, bei der die Schnellverbindung sowohl am Morgen als auch am Abend eingestellt worden ist?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Stimmt nicht! Neuffen auch! Da fährt auch kein Schnellverkehr mehr!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Staatssekretär, bitte schön. Sie haben das Wort.

Staatssekretär Rudolf Köberle: Jeder kämpft natürlich für seine Strecke. Dafür habe ich größtes Verständnis. Es gibt in Ihren Reihen Kollegen, die sagen: Wir haben so viel Fahrgastnachfrage. Wir brauchen längere Züge, mehr Wagen, wir brauchen eine kürzere Vertaktung, wir brauchen mehr Abfahrts- und Ankunftszeiten am Tag und vieles mehr.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Selbst auf gut frequentierten Strecken wie Stuttgart–Tübingen fahren die alten Silberlinge!)

All diese Wünsche sind nachvollziehbar, auch alle drei Fragen, die Sie zur Murrthalbahn angesprochen haben. Wenn ich Ihre Auffassung hierzu nicht teilen würde, wäre die Murrthalbahn bei uns nicht auf der Tagesordnung, wenn es um Gespräche mit der Bahn geht. Weil wir da nicht zufrieden sein können – Sie nicht und wir nicht –, ist das ein offenes Thema. Aber ich habe aufgezeigt, dass wir momentan nicht die Mittel haben, um landesweit auf jeder Strecke alle Wünsche erfüllen zu können. Das können wir nur Stück für Stück machen.

Ich habe gerade die einzelnen Schritte dargestellt: Wir versuchen, vor 2016 etwas hinzubekommen, spätestens ab 2016 mit einem neuen Vertrag.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Walter Krögner SPD – Postkartenaktion der Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen Baden-Württemberg

Bitte schön.

(Zuruf: Der Nachfolger von Gustav-Adolf!)

Abg. Walter Krögner SPD: Der Nachfolger von Gustav-Adolf kann Ihnen noch nicht versprechen, dass es so weitergeht. Aber ich mache heute einmal einen Aufschlag.

(Heiterkeit – Beifall – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU:
Grüßen Sie ihn herzlich! – Abg. Karl Zimmermann
CDU: Sie sind sein Sprachrohr!)

– Ich werde ihn grüßen. Ich denke, Sie werden sich auch an meine Sprechweise gewöhnen können.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben gestern über das Thema Integration gesprochen, und wir haben in den Medien von einer Privatschule gelesen, die zeigt, wie Migrantenkinder in der Schule Erfolg haben können. Ich stelle u. a. vor diesem Hintergrund folgende Fragen an die Landesregierung:

a) Wie bewertet die Landesregierung die Postkartenaktion der Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen Baden-Württemberg zur Erhöhung der Landesförderung für die Schulen in freier Trägerschaft pro Schüler auf 80 % der Kosten eines staatlichen Schülers?

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Eines Schülers an einer staatlichen Schule!)

b) Wird der Bericht zu den Berechnungen über die Kosten des öffentlichen Schulwesens durch die Landesregierung nach § 18 a des Privatschulgesetzes dem Landtag so rechtzeitig vorgelegt, dass er dort noch vor den Beratungen zum Doppelhaushalt 2010/2011 diskutiert werden kann?

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort zur Beantwortung der Anfrage erteile ich Herrn Staatssekretär Wacker.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wenn ich frage, wird es nicht beantwortet, aber wenn die Opposition fragt, wird es beantwortet! – Gegenrufe – Vereinzelt Heiterkeit)

Staatssekretär Georg Wacker: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich beantworte die Mündliche Anfrage wie folgt:

Die Durchführung von Postkartenaktionen ist natürlich ein legitimes Recht, um auf die Interessenlagen besonderer Gruppen hinzuweisen. Das gehört zur Meinungsfreiheit.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

(Staatssekretär Georg Wacker)

Es gehört zur Demokratie. Insofern nehmen wir es natürlich zur Kenntnis.

Ich weise aber gleichzeitig darauf hin, dass es durchaus auch andere, kostengünstigere Möglichkeiten gäbe, um Protest kundzutun,

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ja!)

beispielsweise über den E-Mail-Verkehr.

Des Weiteren wird der Haushaltsgesetzgeber im Rahmen der Haushaltsberatungen über die Bezuschussung der Schulen in freier Trägerschaft im Rahmen seines Budgetrechts entscheiden.

Zur Frage b: Die Erstellung eines Berichts zur Privatschulfinanzierung ist eine Aufgabe, die das Privatschulgesetz vorgibt. Dieser Bericht ist einmal in drei Jahren zu verfassen. Nach der früheren Gesetzgebung musste dieser Bericht mindestens einmal in der Legislaturperiode erscheinen. Jetzt geschieht dies in einem dreijährigen Rhythmus.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Eine deutliche Verbesserung!)

Dieser Bericht erfordert umfassende Arbeiten. Erforderlich ist zunächst einmal die umfassende Vorbereitung des Datenmaterials, eine Datenerhebung auch im Dialog mit den jeweiligen Verbänden, vor allem mit den Einrichtungen selbst. Das Anhörungsverfahren ist ebenfalls ein verpflichtendes Element. Nicht zuletzt muss natürlich auch die gemeinsame Sprachregelung, auch der Regierungskoalition, Niederschlag in diesem Bericht finden.

(Zuruf des Abg. Gunter Kaufmann SPD)

Der Ministerrat hat am 7. Dezember den Bericht gebilligt. Ich kann eine Punktlandung vermelden: In diesen Minuten ist dieser Bericht auch beim Landtag eingetroffen.

(Abg. Rainer Stichelberger SPD: Boah! – Abg. Peter Hofelich SPD: Perfekt!)

Somit steht dieser Bericht dem Haushaltsgesetzgeber zur Verfügung. Er hat auch ausreichend Zeit, um die Bewertungen im Zuge der Haushaltsberatungen umsetzen zu können.

Die Landesregierung hat im Regierungsentwurf zum Haushalt 2010/11 zusätzliche Mittel in Höhe von 3,5 Millionen € bzw. 8,3 Millionen € für eine Erhöhung der Zuschüsse an die Schulen in freier Trägerschaft auf mindestens 70,5 % der Kosten eines Schülers an einer staatlichen Schule vorgesehen.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Zeller, bitte schön, ich erteile Ihnen das Wort für eine Nachfrage.

Abg. Norbert Zeller SPD: Herr Staatssekretär, ist Ihnen bekannt, dass die Privatschulen eine andere Rechnung erstellt haben, nämlich in einer Größenordnung von 47 Millionen €, um die von Ihnen gerade zitierten 80 % zu erreichen?

Können Sie also sagen, wie Sie diese 47 Millionen € bewerten? Und in welchen Schritten – das wäre meine zweite Frage – gedenken Sie die von Ihnen auch mit unterstützten 80 % zu erreichen?

Staatssekretär Georg Wacker: Ich nehme auf die Koalitionsvereinbarung Bezug, die auch für die Finanzierung der Privatschulen maßgeblich ist. Ich darf daraus zitieren, dass wir den Kostendeckungsgrad stufenweise auf 80 % erhöhen wollen,

... indem wir bei zurückgehenden Schülerzahlen die Planansätze für die Zuschüsse an Ersatzschulen auf dem derzeitigen Niveau halten.

Ich stelle fest – das steht auch in dem Bericht für den Landtag, Herr Kollege Zeller –, dass in diesem Berichtszeitraum, also in den letzten drei Jahren, die Schülerzahlen nicht gesunken, sondern gestiegen sind. Wir müssen dem Rechnung tragen. Deswegen ist der erste Ansatz, dafür zu sorgen, dass keine Schlechterstellung in der Privatschulfinanzierung erfolgt, sondern seitens der Regierung zunächst einmal den finanziellen Gleichstand zumindest der Schulen zu erreichen, deren Kostendeckungsgrad unter 70 % abgesackt ist.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schebesta für eine Zusatzfrage.

Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Staatssekretär, könnten Sie uns die Entwicklung des Haushaltsansatzes für die Schulen in freier Trägerschaft in den letzten Jahren darstellen? Da müssten zum einen Erhöhungen durch die Anpassung an die Besoldungsentwicklung bei den Beamten zugrunde liegen. Zum anderen haben Sie den Schritt, der vor uns liegt, die 70,5 % im Regierungsentwurf 2010/11 zu halten, angesprochen. Das ist ein zweiter Schritt, der als strukturelle Erhöhung der Zuschüsse an die Schulen in freier Trägerschaft erfolgt. Wenn Sie uns sowohl die Erhöhungen aufgrund der Besoldungsanpassungen als auch in Richtung der 80 % darstellen könnten, wäre ich Ihnen dankbar.

Staatssekretär Georg Wacker: Es gab in den letzten Jahren sogenannte nominale Erhöhungen und Erhöhungen, die aufgrund des Bruttokostenmodells vorgenommen wurden. Im Jahr 2000 betrug die Privatschulfinanzierung 233 Millionen €. Bis zum Jahr 2004 ist gerade aufgrund der von Ihnen, Herr Kollege Schebesta, angesprochenen Dynamisierung der Personalkosten die Bezuschussung um 20,4 % auf 280 Millionen € gestiegen. In den darauffolgenden vier Jahren gab es eine weitere Steigerung, die sich in jedem Haushaltsjahr bemerkbar gemacht hat, um insgesamt weitere 22,8 % auf bis dahin 344,9 Millionen €. Im laufenden Haushaltsjahr 2009 sieht der Etat für die Privatschulfinanzierung 368 Millionen € vor.

Sie sehen, dass wir von Jahr zu Jahr zusätzliche Mittel in die Privatschulen investieren. Insofern haben auch die Privatschulen in jedem Jahr eine besondere haushaltspolitische Berücksichtigung erfahren. Seit dem Jahr 2000 – das ist die abschließende Zahl – hat sich die Privatschulfinanzierung um 57,7 % erhöht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth für eine weitere Nachfrage.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Staatssekretär, ist Ihnen bewusst, dass bezüglich des soeben von Ihnen genannten Passus aus der Koalitionsvereinbarung ein Dissens besteht, dass es Teile der Landesregierung gibt, die meinen, das bezie-

(Heiderose Berroth)

he sich nur auf die Zahl der Schüler von Schulen in freier Trägerschaft, und dass es andere Teile gibt, die meinen, damit seien sämtliche Schüler gemeint? Die Gesamtschülerzahl ist nun wirklich zurückgegangen. Das ist die erste Frage.

Zweite Frage: Hat es eigentlich einmal eine Berechnung im Kultusministerium gegeben, wie hoch der Prozentsatz bei der Förderung der Schulen in freier Trägerschaft wäre, wenn es im staatlichen Schulwesen keine Verbesserungen gegeben hätte? Diese Verbesserungen müssen doch zugunsten der Schulen in freier Trägerschaft registriert werden, weil sie den Prozentsatz entsprechend beeinflussen. Ich vermute, das ist noch nicht berechnet worden. Aber ich würde mich freuen, wenn ich die Zahl nachgeliefert bekäme.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Staatssekretär, ich möchte gern noch eine Frage von Frau Abg. Rastätter zulassen. Sie können die Fragen dann insgesamt beantworten. Denn die für die Fragestunde vorgesehene halbe Stunde ist um, und wir müssen zum Abschluss kommen.

(Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Wie, die halbe Stunde ist um? Die anderen Fragen werden doch auch noch gestellt!)

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Staatssekretär, Sie haben eben erneut die Aussage in der Koalitionsvereinbarung, aber auch in weiteren Stellungnahmen – so im Finanzausschuss im Januar dieses Jahres, aber auch in der Stellungnahme zu einem Antrag der Fraktion GRÜNE – bestätigt, dass die Anhebung, die über die 70,5 % hinausgeht, wie sie am 1. September 2008 beschlossen wurde, an rückläufige Schülerzahlen gekoppelt ist.

Mich interessiert, inwieweit Sie davon ausgehen, dass die Schülerzahlen an Schulen in freier Trägerschaft in den nächsten Jahren sinken, sodass Sie endlich weitere Schritte in Richtung 80 % einleiten können, oder ob Sie an der bisherigen Auffassung festhalten wollen, die bedeuten könnte, dass Sie die Anhebung auf 80 % in den nächsten Jahren nicht einmal ansatzweise angehen würden.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Staatssekretär Wacker, Sie haben das Wort zur Beantwortung. Ich bitte Sie, sich kurz zu fassen.

Staatssekretär Georg Wacker: Gern. – Ich darf zunächst zur Beantwortung der Fragen von Kollegin Berroth kommen.

Ich bitte Sie, die zweite Frage, die Sie gestellt haben, einmal schriftlich darzulegen. Denn ich glaube, dass Sie einen sehr komplizierten Berechnungssachverhalt aufgeworfen haben.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Nein!)

Aber wir sind natürlich gern bereit, auf diese Fragen einzugehen.

Zur ersten Frage: Sie sprechen von einem Dissens innerhalb der Regierungskoalition. Ich meine, dass dieser Dissens nicht im Plenarsaal ausgeräumt werden kann.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ich wollte nur fragen, ob Sie das wissen!)

Aber ich bin sehr zuversichtlich, dass er bei anderer Gelegenheit ausgeräumt werden kann, bei der wir dann auch die Mög-

lichkeit haben, auch im Zuge der Haushaltsberatungen eine einvernehmliche Vorgehensweise bei der Privatschulfinanzierung zu beschließen.

Frau Kollegin Rastätter, wir haben mit dem Privatschulbericht immer nur die Möglichkeit, die Privatschulfinanzierung rückwirkend zu beleuchten. Der Privatschulbericht schildert die Situation der Finanzierung in den zurückliegenden drei Jahren. Das ist auch in dem vorliegenden Privatschulbericht der Fall.

Wir stellen fest, dass die Senkung der Kostendeckungsgrade u. a. auf die Entwicklung der Schülerzahlen zurückzuführen ist, dass aber auch andere Faktoren hier eine Rolle spielen. Eine Auswirkung auf den Kostendeckungsgrad haben beispielsweise der höhere Versorgungszuschlag, die gesunkene Schüler-Lehrer-Relation und die gestiegenen Kosten der Kommunen.

Deswegen wäre mein Rat, zunächst einmal eine eingehende Analyse dieser Zahlen im Rahmen des Privatschulberichts vorzunehmen und im Zuge der Haushaltsberatungen auszuloten, was im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten machbar ist, um sich diesem Kostendeckungsgrad von 80 % anzunähern.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

Damit ist die Fragestunde beendet.

Die nicht aufgerufenen Mündlichen Anfragen werden schriftlich beantwortet.

*

Mündliche Anfrage des Abg. Reinhold Pix GRÜNE – Finanzierung des geplanten Parkhauses auf dem Feldberg über Mittel aus dem Kommunalen Investitionsfonds

- Trifft es zu, dass seitens der Landesregierung geplant ist, aus Mitteln des Kommunalen Investitionsfonds 5 Millionen € für Tourismusförderung und daraus ca. 3 Millionen € für das geplante Parkhaus zu verwenden?
- Aus welchen Gründen will die Landesregierung eine Mittelzuweisung in dieser Höhe für ein Privatinvestorenprojekt rechtfertigen, das nach bisheriger Planung nicht im Eigentum der Kommune stehen wird und nicht der Erfüllung der Pflichtaufgaben der Gemeinden dient?

Schriftliche Antwort des Wirtschaftsministeriums

Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete! Gern beantworte ich die Mündliche Anfrage von Herrn Abg. Pix zum Parkhaus am Feldberg.

Herr Abg. Pix, Sie haben erstens die Frage gestellt, ob es zutrefte, dass seitens der Landesregierung geplant sei, aus Mitteln des Kommunalen Investitionsfonds 5 Millionen € für Tourismusförderung und daraus ca. 3 Millionen € für das geplante Parkhaus zu verwenden.

Hierauf kann ich Ihnen folgende Antwort geben: Es ist keine Förderung aus KIF-Mitteln der Tourismusinfrastruktur für das

(Schriftliche Antwort des Wirtschaftsministeriums)

Parkhaus am Feldberg vorgesehen. Richtig ist aber, dass für Zuschüsse an Kommunen zur Verbesserung der örtlichen Infrastruktur 5 Millionen € aus dem KIF verwendet werden sollen.

Dieses Vorgehen ist schon zwischen Land und kommunalen Landesverbänden vereinbart. Im Entwurf des Haushalts 2010/2011 wurde im Einzelplan des Wirtschaftsministeriums bereits ein entsprechender Titel dafür gebildet (Kapitel 0702 Titel 883 01).

Von den KIF-Mitteln in Höhe von 5 Millionen € werden 3 Millionen € für die Förderung des Projekts „Parkhaus auf dem Feldberg“ und 2 Millionen € für die „Hilfe Stadt Stautzen“ verwendet.

Weiter haben Sie die Frage gestellt, aus welchen Gründen die Landesregierung eine Mittelzuweisung in dieser Höhe für ein Privatinvestorenprojekt rechtfertigen will, das nach bisheriger Planung nicht im Eigentum der Kommune stehen wird und nicht der Erfüllung der Pflichtaufgaben der Gemeinden dient.

Die Antwort hierzu lautet: Zunächst einmal ist festzuhalten, dass mit der Etatisierung der 3 Millionen € im Planentwurf des Haushalts 2010/2011 lediglich die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für eine Unterstützung des Parkhausprojekts geschaffen werden sollen. Sollte der Landtag den Haushalt – diesen Punkt – so, wie im Entwurf der Landesregierung vorgesehen, beschließen, wird das Wirtschaftsministerium im Anschluss ein geordnetes Förderverfahren durchführen.

Die Gründe der Landesregierung für die Unterstützung der Gemeinde Feldberg liegen dabei auf der Hand:

Es ist allgemein bekannt, dass auf dem Feldberg, einem der beliebtesten Wintersportgebiete des Landes, mittlerweile unzumutbare Verkehrsverhältnisse herrschen. Die bekannten verkehrstechnischen und infrastrukturellen Probleme am Feldberg haben eindeutig einen überörtlichen Charakter und können von der Gemeinde allein nicht gelöst werden. In solchen Fällen ist die Landesregierung selbstverständlich bereit, im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten Hilfestellung zu geben.

Sehr geehrter Herr Abg. Pix, Sie können hier ganz sicher sein, dass das Wirtschaftsministerium bei der Verwendung von Haushaltsmitteln für dieses Projektvorhaben genauestens darauf achten wird, dass die vergaberechtlichen Vorschriften des Landes sowie die beihilferechtlichen Vorgaben der EU strengstens eingehalten werden.

Mündliche Anfrage des Abg. Hans-Martin Haller SPD – Thanheimer Steige im Zuge der L 360 im Zollernalbkreis: Bau einer Kriechspur

- a) Wann erfolgt durch das Regierungspräsidium Tübingen die Ausschreibung zum Bau einer Kriechspur an der Thanheimer Steige im Zuge des Ausbaus der L 360, eines der 21 im Landesstraßenbauprogramm vorgesehenen Projekte, deren geplanter Baubeginn Anfang Oktober von der Landesregierung verschoben worden ist?
- b) Welches Datum strebt die Landesregierung für Baubeginn und Fertigstellung der Maßnahme an?

Schriftliche Antwort des Innenministeriums

Zu a: Die Ausschreibung durch das Regierungspräsidium Tübingen zum Bau einer Kriechspur an der Thanheimer Steige im Zuge der L 360 soll im Januar 2010 erfolgen. Aufgrund der Witterungsverhältnisse in diesem Landesteil ist die mögliche Bauzeit im Jahr relativ kurz. Daher sind eine frühzeitige Ausschreibung und ein entsprechender Baubeginn erforderlich.

Zu b: Der Baubeginn soll nach Verabschiedung des Staatshaushalts im Frühjahr 2010 erfolgen. Die Landesregierung strebt an, das Vorhaben nach Möglichkeit noch vor dem Wintereinbruch im Herbst 2010 dem Verkehr zu übergeben.

*

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Kreditklemme bekämpfen: Kreditmoderatoren schaffen unmittelbar Zugang zu Krediten und Bürgschaften – Drucksache 14/3788

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Hofelich, Sie haben das Wort für die Fraktion der SPD.

Abg. Peter Hofelich SPD: Liebe Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Natürlich habe ich mir überlegt, ob ich beim Thema „Kreditklemme und Kreditmoderator“ die Emotionen noch höher kochen lassen kann als beim Thema „Stuttgart 21“. Das will ich aber nicht tun. Vielmehr versuche ich jetzt, für einen Antrag, der vor einem Jahr gestellt wurde und zu dem die Stellungnahme vor elf Monaten, also im Januar, Herr Minister, ergangen ist, einfach einmal ruhig die Spur zu ziehen. Ich versuche, zu argumentieren, warum wir diesen Antrag auch heute noch für sehr aktuell halten und der Meinung sind, dass wir ihn auch unter veränderten Prämissen betrachten sollten, die in diesem Hohen Haus vielleicht bei allen Fraktionen eine andere Bewertung auslösen, als sie in der Stellungnahme des Ministeriums vom Januar 2009 zum Ausdruck kommt.

Ich betone, dass ein Kreditmoderator – oder Kreditmediator, wie sich der Begriff zwischenzeitlich herausbildet – immer nur als ein Ausschnitt aus einem Bündel von Maßnahmen in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise gelten kann. Er ist niemals ein Allheilmittel und auch niemals ein zentrales Mittel, um eine großflächige Herausforderung anzugehen. Aber er kann ein wichtiger Bestandteil sein. Wir glauben, dass wir hier im Landtag von Baden-Württemberg die Souveränität haben sollten, dieses Thema noch einmal unvoreingenommen zu prüfen.

Erlauben Sie mir, mit Blick auf die Debatte von heute Morgen über die industriellen Arbeitsplätze ein paar Gedanken zu äußern, die zu der Frage des Kreditmediators hinführen. Was war eigentlich? Ich möchte einfach einmal feststellen, dass unsere Industrieunternehmen in den letzten zehn Jahren absolute Vorteile, Fortschritte und Vorsprünge erreicht haben,

(Peter Hofelich)

was Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Produktivität angeht. Es gibt keine Situation – auch wenn das manchmal unterschwellig mitläuft –, bei der jemand unsere Unternehmen sozusagen durch den Markt bestraft sehen müsste, weil sie irgendetwas falsch gemacht hätten.

Man muss, glaube ich, auch sehen, dass sich drei große Schichtungen ereignet haben. Das Erste ist die Banken- und Finanzkrise, die durch die Immobilienkrise ausgelöst wurde. Das Zweite ist die abschwellende Konjunktur, wie sie sich in einem Zyklus ergibt. Das Dritte sind die Überkapazitäten im Automobilbau. Das ist für Baden-Württemberg insgesamt eine brisante Mischung, die uns vielleicht eher unter Handlungsdruck setzt als andere Regionen in Deutschland oder Europa. Ich glaube nicht, dass wir – trotz der robusten Lage unserer Industrie vor der Krise – in einer Situation sind, in der wir Instrumente einfach ungenutzt lassen oder ihren Einsatz verweigern könnten. Daher denke ich, dass das, was wir heute vorschlagen, eine wichtige Initiative sein kann.

Wie überstehen eigentlich die Unternehmen die Krise? Es gibt Unternehmen, die sagen – das war der Ausgangspunkt –: „Ich überstehe diese Krise, weil es eine Konjunkturkrise ist. Ich bin am Ende beim gleichen Produktionsniveau mit einem ähnlichen Stand an Beschäftigten.“ Das war die normale Melodie vor einem starken Jahr. Zwischenzeitlich ist aber auch klar, dass sich einige die Frage stellen: Wie überlebe ich die Krise? Das ist dann nicht mehr Konjunktur, sondern Struktur. Da sagen sich die Unternehmen: „Ich werde noch tätig sein, weil ich gut bin.“ Andere werden nicht mehr dabei sein.

Es gibt eine dritte Verlaufsform für die Unternehmen. Das ist folgende: Ich nutze die Krise für eine eigene Nejustierung. Völlig unabhängig davon, was die Krise mir gebracht hat, sage ich: Ich wollte die Zahl der Beschäftigten schon immer von 400 auf 300 senken, und ich mache das jetzt einfach.

Die vierte Geschichte ist die – darüber haben wir heute Morgen vor allem gesprochen –: Ich nutze die Krise, um meine eigene Standortdiversifikation zu machen. Ich sage: An diesem Standort weniger, am anderen Standort mehr, weil man am Markt sein muss, wenn man im Markt sein will, weil man im Markt sein muss, wenn man am Markt sein will.

Das sind vier Verlaufsformen von Unternehmen, die alle ihre Berechtigung haben, die sich oft überlagern.

Ich sage an dieser Stelle nur: Industriepolitik für Baden-Württemberg muss all diese Strategien unserer Unternehmen kennen. Aber sie muss vor allem auf die erste Annahme setzen und als Hauptmotivation diese erste Annahme haben, dass sie einem Unternehmen durch die Krise hindurchhelfen will, damit es am Standort Baden-Württemberg am Ende gleich stark oder stärker ist als zuvor. Das ist die wirkliche Industriepolitik für Baden-Württemberg, der wir uns verpflichtet fühlen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Weil das so ist, sollte man auch nicht nur von industriellen Kernen oder von Nischen der Industrie reden. Vielmehr wollen wir, dass wir das Hauptaugenmerk auf die Industrie in Baden-Württemberg richten, auf die ein Drittel der Arbeitsplätze entfällt und deren Anteil an unserem Wirtschaftsleben mit

angeschlossenen Wertschöpfungsketten sicherlich rund 50 % beträgt.

Da gibt es jetzt, Herr Minister, eine Auseinandersetzung, die interessant ist. Die Banken sagen: „Wir müssen schauen, dass wir solide bleiben, dass wir nicht in neue Turbulenzen kommen.“ Die Industrie sagt aber – das war bei der Jahrestagung des LVI in dieser Woche nachzuvollziehen –: „Wir haben euch, den Banken, geholfen. Jetzt helft ihr uns. Jetzt seid ihr einmal dran, uns für diese Vorleistung auch selbst etwas zu bieten.“ Das heißt, völlig unabhängig von SPD, CDU, FDP und Grünen gibt es derzeit eine Auseinandersetzung zwischen Industrie und Banken über die Fragen: Wer hilft dem anderen? Was ist volkswirtschaftliche Solidarität? In dieser volkswirtschaftlichen Solidarität müssen wir uns entscheiden. Ich bin dafür: Wir entscheiden uns dafür, dass jetzt die Industrie dran ist, dass sie Unterstützung braucht und wir da mithelfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt kommen wir zum Thema Kreditklemme und zum Thema Kreditmoderator.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

– Das stimmt, Kollege Löffler. Da ich aber selbst Ihre weit-schweifige Art kenne, nehme ich an, dass Sie auch dafür Verständnis haben, dass ich einmal auf ein Thema zuführen wollte. Wir können das nachher gern noch bei einem Kaffee ein wenig ausführen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das artet dann aber aus!)

– Ja, wir kennen uns lange genug.

Jetzt stellt sich die Frage: Gibt es eine allgemeine Kreditklemme? Die Antwort, Herr Minister, lautet – sie stammt nicht von mir, sondern von Herrn Keitel vom BDI oder von Herrn Dr. Hundt; ich zitiere sinngemäß –: Es ist völlig egal, ob es für 25 %, für 15 % oder für 40 % der Betriebe eine Kreditklemme gibt. Für diejenigen, die zu den 25 % gehören, ist diese Kreditklemme allgemein, weil sie für sie einfach existiert.

Deswegen müssen wir sehen, dass selbstverständlich für eine relevante Zahl unserer Unternehmen heute – das hat sich in den letzten elf Monaten verschärft – trotz der Anstrengungen von Sparkassen und Volksbanken, die nicht genügend dafür zu loben sind, dass sie eine konstante Kreditversorgung halten, eine Kreditklemme da ist. Aber wegen der Tatsache, dass Banken aus dem deutschen Markt herausgegangen sind und Geschäftsbanken zwischenzeitlich wieder andere Rationalitäten haben als die, die wir uns wünschen, ist eine Kreditklemme vorhanden.

Brauchen wir einen Kreditmoderator? Ja, wir brauchen einen Kreditmoderator, einfach deswegen, weil andere ihn schon haben. Herr Brüderle sagt Herrn Pfister: „Ich habe einen Kreditmoderator eingestellt, Herrn Metternich.“ Herr Sarkozy sagt Frau Merkel: „Ich habe einen Kreditmoderator eingestellt, einen, der sogar auf die Eigenkapitalfonds in Frankreich zugehen kann.“

Wir haben eine Situation, in der ein Kreditmoderator als solcher eine Hilfe ist. Wir glauben auch, dass Baden-Württem-

(Peter Hofelich)

berg in dieser Hinsicht aktiv werden kann. Der Kreditmoderator soll beim Wirtschaftsministerium angesiedelt und mit Kompetenzen versehen werden. Wir glauben, dass er sinnvolle Aufgaben hat. Er soll sich um Kreditanträge mit einem Volumen von über 10 Millionen € kümmern. Unter diesem Betrag können die Kammern diese Aufgabe selbst übernehmen, glauben wir. Der Kreditmoderator soll sich Zugang zu allen Instrumentarien des Staates einschließlich der Eigenkapitalhilfen verschaffen, und er soll eine parlamentarische Anbindung haben.

Warum soll er das tun? Ich habe es bereits gesagt. Er soll das deshalb tun, weil die Kreditklemme als Zugangsgröße für viele Unternehmen größer geworden ist und die Kreditvergabe als Flussgröße – ich nehme einmal die Kreissparkassen und die Volksbanken aus – in die Enge geraten ist, weil die Bonität der Unternehmen nicht immer nur die allererste sein kann. Wir müssen die Unternehmen mit dem, was sie an Kreditbedarf haben, in ihrer gesamten Breite erfassen. Wir sind übrigens auch deswegen für den Einsatz eines Kreditmoderators, damit keine Ausflüchte gegeben sind, dass irgendetwas von staatlicher Seite nicht geschehen könne.

Was ist nicht beabsichtigt? Nicht beabsichtigt ist, dass eine Risikoprüfung umgangen oder vermieden wird. Nicht beabsichtigt ist, die Banken aus ihrer Rolle herauszubringen. Darum geht es überhaupt nicht. Es geht darum, dass wir ein Instrument haben, das sich in der Diskussion der letzten Monate gut bewährt hat, weil man gesagt hat: So etwas wollen wir; die Bundesregierung macht das; wir wollen das im Land. In der Region geschieht vor allem Kreditmoderation. Wir wollen, dass wir das hier auch machen.

So viel, Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, zur Begründung unseres Antrags. Wir sind der Meinung: Jetzt ist die Zeit reif, dass wir diesen Schritt machen.

Herr Minister, ich habe keine Scherze über Ihre Ausgangsbemerkung vor einem Jahr gemacht, als Sie gesagt haben: „Ich bin der Kreditmoderator. Kommt alle zu mir.“ Ich versage mir die Kommentare, die sozusagen zwischen gestern und heute liegen. Denn ich meine, dass wir jetzt in der Sache vorankommen müssen. Wir sind dafür, dass wir heute den Beschluss fassen, auf Landesebene einen Kreditmoderator einzusetzen. Ich bitte dazu um Ihre Zustimmung.

Danke.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Löffler das Wort.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber jetzt direkt, schnurstracks zum Thema!)

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Entenklemmer genießt im Schwäbischen keinen guten Ruf. Ein Entenklemmer ist jemand, der geizig auf seinem Geld sitzt und es nicht ausgeben will. Unseren Banken wird vorgehalten, auch Entenklemmer zu sein. Der Staat hat sie mit Millionen Euro gestützt, und die Europäische Zentralbank ermöglicht ihnen einen Refinanzierungszins von 1 %. Dennoch wird den Banken vorgeworfen,

sie seien knausrig mit der Kreditvergabe, der stockende Kreditmotor drohe die Wirtschaft abzuwürgen.

Die Bundesregierung reagiert darauf und setzt ab März einen Kreditmediator ein, der helfen soll, die Finanzierung unserer mittelständischen Unternehmen zu erleichtern. Das Instrumentarium des Kreditmediators ist bescheiden. Er vermittelt und prüft, ob die Bank einen Kredit zu Recht abgelehnt hat. Der Kreditmediator besitzt keine eigene Entscheidungsbefugnis und kann keine Sanktionen aussprechen.

Ganz neu ist die Idee nicht. Der französische Staatspräsident Sarkozy hat schon im Jahr 2008 einen Médiateur du Crédit eingesetzt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nach unserem Vorschlag! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

– Sie bekommen noch ein Dankschreiben von ihm.

Im Saarland, aber auch bei uns hat die SPD die Einsetzung eines landesweit tätigen Kreditmoderators verlangt mit der Begründung, dass sich unsere Unternehmen in einer Kreditklemme befänden und der Moderator unmittelbaren Zugang zu Krediten und Bürgschaften schaffen könne.

Ob ein solcher Kreditmoderator auch bei uns nützlich ist, muss sehr genau untersucht werden. Unser Finanzmarkt unterscheidet sich vom französischen Markt, und er ist nur ein Teilmarkt des Bundes. Der Bund stellt 115 Milliarden € für den Deutschlandfonds bereit und will den Zugang erleichtern.

Die KfW sitzt auf dem Geld. Die Fördermittel kommen kaum bei den Unternehmen an. Warum nicht? Haben die Hausbanken zu wenig Anreiz, aktiv mitzumachen? Ändert sich das nicht, wird es auch ohne sie gehen.

Der Bund plant zudem, Kreditrisiken zu übernehmen. Ob dies ordnungspolitisch wünschenswert ist, lasse ich einmal dahingestellt. Im Land machen wir das nicht. Auch wenn das für die Banken kein Vertrauensbeweis ist, mag ein Kreditmediator bei den veränderten Rahmenbedingungen im Bund hilfreich sein. Speziell dort, wo es um hohe Kreditvolumina geht, gibt es Engpässe.

Der französische Zentralismus hat eine völlig andere Bankenstruktur. Sie ist nicht mit unserem Dreisäulenmodell vergleichbar. In Frankreich haben sich die Banken – im Gegenzug zu staatlichen Kapitalhilfen – verpflichtet, ihre Kreditvergabe an Unternehmen um 4 % zu erhöhen. Der Staat will die kleinen Kreditgeschäfte durch Kreditmediatoren sicherstellen. Bei 17 500 Anträgen und einem Kreditvolumen von 1,8 Milliarden € sind das durchschnittlich 100 000 €.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist bei vielen Sein oder Nichtsein!)

In unserem Infrastrukturprogramm stellen wir 1,2 Milliarden € für Bürgschaften zur Verfügung, flankiert vom Liquiditätsprogramm der L-Bank mit einem Volumen von 1 Milliarde €. Über 1 800 Anträge hat die Bürgschaftsbank im Jahr 2008 unbürokratisch und schnell bewilligt. Gerade jetzt haben wir ih-

(Dr. Reinhard Löffler)

ren Handlungsspielraum erweitert. Banken, Genossenschaften und Sparkassen berichten von einem deutlichen Anstieg der Zahl der vergebenen Kredite an den Mittelstand gegenüber dem Vorjahr.

Bei uns werden die kleinen Kredite bedient. Neue Mittelstandsfonds werden aufgelegt. Weil das Kreditvolumen in Baden-Württemberg speziell im Mittelstand steigt, lässt sich bei uns nur schwer von einer Kreditklemme sprechen. Schwieriger ist und wird die Situation bei großen börsennotierten Unternehmen, die einen hohen Finanzbedarf haben.

Kammern und Verbände beraten ihre Mitglieder bei den Kreditanträgen. Mit den Coachingassistenten und der interministeriellen „Taskforce Unternehmensbetreuung“ moderiert die Landesregierung aktiv die Verhandlungen unseres Mittelstands mit den Banken. Wenn es einen Bedarf für einen zusätzlichen Kreditmoderator gibt, ist er bei uns eher am geringsten.

Mir ist es wichtiger, das Problem an der Wurzel zu packen. In der Finanzkrise brechen die Aufträge weg, und das Eigenkapital schmilzt. Bankengespräche sind schwieriger geworden. Es gilt, die Eigenkapitalstruktur unserer Unternehmen zu stärken. Die L-Bank forciert Mezzanine-Finanzierungen. Das müssen wir ausbauen.

Ich halte es auch für kritisch, dass Fremdkapital steuerlich besser behandelt wird als Eigenkapital, weil dessen kalkulatorische Kosten nicht abzugsfähig sind, und ich halte es für überfällig, Investitionen in Forschung und Entwicklung steuerlich so zu behandeln, wie dies in anderen europäischen Ländern der Fall ist. Insoweit besteht Nachholbedarf; denn wir sind Schlusslicht. Statt der Projektfinanzierung halte ich es für besser, FuE steuerlich besserzustellen.

Ich meine, die Zügel von Basel II sind zu straff. Die Banken müssen mehr Eigenkapital vorhalten. Wer viele wertlose Papiere hat und das Instrument der Bad Bank nicht nutzt, tut sich damit schwer. Unternehmen, deren Finanzanlagen krisenbedingt an Wert verloren haben, erfüllen die Kreditbedingungen nicht mehr. Je schlechter das Rating, desto unwirtschaftlicher die Zinsbedingungen. Mit der Forderung nach einem Kreditrisikopuffer und der Neudefinition von Kernkapital will Basel II die Zügel noch mehr straffen. Finanzpolitisch ist das unglücklich, weil sich das negativ auf die Kreditvergabe auswirkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege, kommen Sie bitte allmählich zum Schluss.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Die Rede ist doch gut!)

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Ich nehme mir die 43 Sekunden, die Sie vorhin auch genommen haben, Herr Präsident.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Da war ich aber nicht verantwortlich.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Aber Herr aller Sinne!)

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Ich habe mir das gut gemerkt. Ich lege nur den Zeitbegriff des Präsidenten zugrunde.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Das war die Präsidentin!)

Basel II sollte vielmehr die Ratingraten glätten, einen fünfjährigen Bewertungszeitraum zugrunde legen und dabei auch die Zukunftsperspektiven der Unternehmen berücksichtigen.

Basel II zu knacken ist schwer, aber es wird nicht leichter, wenn wir nichts tun. Der europäische Finanzmarkt ist zu unstrukturiert. Da wird Europa im nächsten Jahr noch eine Menge Hausaufgaben machen müssen. Eine Menge Arbeit liegt im Land noch vor uns. Tragen wir unseren Teil dazu bei.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Sitzmann das Wort.

(Abg. Werner Raab CDU: Sie hatten keine große Auswahl, Herr Präsident!)

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Hauptsache, die fachlich zuständigen Leute sind anwesend, Herr Kollege.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Kreditversorgung von Unternehmen ist in der momentan wirtschaftlich schwierigen Zeit ein ernsthaftes Problem. Der Landtag hat sich mehrfach, nicht nur im Plenum, sondern auch im Wirtschaftsausschuss, ernsthaft und intensiv damit auseinandergesetzt und viele Diskussionen geführt.

Im Zuge der Finanzkrise sind wir davon ausgegangen, dass sich die Kreditbedingungen verschlechtern werden, dass sich für die Unternehmen der Zugang zu Kapital auf dem Finanzmarkt verschlechtern wird. Wir hatten angenommen – die damalige schwarz-rote Bundesregierung hatte das als Ziel ausgegeben –, dass mit dem Bankenrettungsfonds in Höhe von 500 Milliarden € die Kreditversorgung der Bevölkerung insgesamt, aber insbesondere die der Wirtschaft gesichert werden sollte. Heute müssen wir leider feststellen, dass das nicht der Fall ist, dass das Ziel nicht erreicht worden ist.

Herr Minister Pfister – er ist da; ich sehe ihn – hat das Problem sehr lange kleingeredet. Er hat es verharmlost. Erst dieser Tage hat er in einer Presseerklärung, die ich schon heute Morgen bei der Debatte über eine zukunftsfähige Industriepolitik in Baden-Württemberg zitiert habe, zum Ausdruck gebracht, dass die sinkende Kreditdynamik ein eindeutiges Alarmzeichen ist. Diese Einschätzung teilen wir; wir Grünen hatten diese schon früher.

Es gibt eindeutige Alarmsignale, auch wenn von einer wirklichen Kreditklemme noch nicht gesprochen werden kann; zumindest sind sich da vom Baden-Württembergischen Handwerkstag über die IHK und das ZEW alle einig. Aber die Europäische Zentralbank hat doch im Oktober dieses Jahres erneut einen Rückgang bei den Unternehmenskrediten deutscher Banken gemeldet. Sie haben aus einer entsprechenden Pres-

(Edith Sitzmann)

seerklärung zitiert, Herr Minister. Auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – also die Wirtschaftsweisen – hat in seinem Jahresgutachten darauf hingewiesen, dass er die Gefahr einer Kreditklemme für das kommende Jahr nicht ausschließt. Es zeigt sich also, dass es etwas zu tun gibt.

Nun diskutieren wir aber über den Antrag der SPD zum Thema Kreditmoderatoren. In der letzten Wochen konnten wir der Presse entnehmen, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung nun einen Kreditmediator eingesetzt hat

(Abg. Peter Hofelich SPD: Das ist auch nichts anderes!)

und sich dafür feiern lässt. Da erstaunt es schon, dass man, wenn man zum Vergleich die Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums zu dem Antrag der SPD von Anfang dieses Jahres liest, feststellt, dass es damals noch ganz anders aussah. Der Wirtschaftsminister hat seinerzeit keinen Bedarf für einen solchen Kreditmoderator gesehen, während sich der jetzige FDP-Minister auf Bundesebene, Herr Brüderle, über einen „kompetenten Mittler für den Mittelstand“ freut.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ober sticht Unter! – Gegenruf des Ministers Ernst Pfister: Er wird nicht schaden!)

Das ist interessant.

Unterschiedlich sind auch die Einschätzungen der Kammern. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag hat die Einsetzung dieses Kreditmediators auf Bundesebene begrüßt. In der Stellungnahme der Landesregierung dagegen werden die baden-württembergischen Kammern, der Handwerkstag und der Industrie- und Handelskammertag, dahin gehend zitiert,

(Abg. Peter Hofelich SPD: Die Stellungnahme ist von Januar!)

dass sie die Einsetzung eines Kreditmoderators nicht für sinnvoll halten.

Im Verlauf der Debatte über den Kreditmediator konnten wir in der „Stuttgarter Zeitung“ einen Artikel lesen. Darin ging es um den Vergleich zwischen Frankreich und Deutschland, und es wurde die Frage gestellt – der Kollege Löffler hat das schon angesprochen –, ob es in Deutschland denn Sinn macht und weiterhilft, wenn die Drohung an die Bank erfolgt, man werde Angela Merkel anrufen, falls der gewünschte Kredit nicht bald bewilligt werde. Auf Baden-Württemberg übertragen würde das heißen: Können wir, wenn der Kreditmoderator Herrn Minister Pfister anruft, dann davon ausgehen, dass die Banken strammstehen und sofort den Kredit herausrücken?

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Die Antwort überlasse ich Ihnen.

Klar ist für uns Grüne – davon sind wir auch ausgegangen –, dass sich der Antrag der SPD-Fraktion mit dem Einsatz des Kreditmediators auf Bundesebene erledigt hat.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nein!)

Wir sind der Ansicht, dass Doppelstrukturen – sowohl ein Ansprechpartner auf Bundesebene, der dann in Frankfurt sitzt,

als auch ein Ansprechpartner im Land – nicht zielführend sind.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir sind selbst wer, wir brauchen das hier! – Abg. Peter Hofelich SPD: Jetzt haben Sie aber auf etwas hingewiesen! Man nennt das „Exit-Strategie“!)

Es ist angesprochen worden, was auf Landesebene zu tun ist. Ich habe das heute Morgen bereits gesagt, und auch die Kollegen haben sich der Analyse angeschlossen, dass das eigentliche Problem die Eigenkapitalversorgung der Unternehmen ist. Deshalb haben wir vorgeschlagen, dafür Sorge zu tragen, dass die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft über mehr Volumen verfügt, um den Unternehmen über stille Beteiligungen zu Eigenkapital zu verhelfen und damit auch den Zugang zu Krediten zu erleichtern. Das ist unser Vorschlag. Herr Minister Pfister hat ihn insofern aufgenommen, als er das zur Verfügung stehende Eigenkapitalvolumen bereits um 100 Millionen € aufgestockt hat. Das halten wir für den richtigen Weg.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Frau Abg. Fauser das Wort.

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind in einer Kreditklemme. Da gibt es überhaupt kein Vertun und kein Schönreden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Also! – Abg. Walter Heiler SPD: Hört, hört! – Weitere Zurufe von der SPD)

Wer sich heute in der mittelständischen Wirtschaft umhört, weiß Bescheid.

Ich möchte dem Wirtschaftsministerium und hier besonders dem Referat 35, das für die Unternehmensbetreuung zuständig ist, ganz herzlich danken. Die Damen und Herren arbeiten sozusagen Tag und Nacht, und ich bin froh, dass der Herr Wirtschaftsminister das Personal auch zahlenmäßig aufstocken konnte. Das war dringend nötig, weil überall reklamiert wird, dass man zu wenig und zu wenig billiges Geld bekommt.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Günstiges Geld!)

Meine Damen und Herren, es wurde aber einiges getan. Es wurden Beratungsprogramme für kleine und mittlere Unternehmen aufgelegt. Es wurde eine Aufstockung des Innovationsprogramms Mittelstand vorgenommen. Die Liquiditätshilfe wurde verbessert. Das Bürgschaftsinstrumentarium wird besser genutzt. Auch die KfW-Sonderprogramme dürfen nicht vergessen. Es gibt eine Haftungsfreistellung der Hausbanken bis zu 90 % der Investitionssummen.

Die von der SPD geforderten Kreditmoderatoren sitzen eigentlich schon im Wirtschaftsministerium,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Na, na!)

auch wenn Sie vorhin die Aussage von Herrn Pfister etwas bemängelt haben.

(Beate Fauser)

Meine Damen und Herren, wir haben es mit drei neuralgischen Punkten zu tun: Das sind die Kreditkosten, das ist Basel II, und das ist das geringe Eigenkapital, das viele Unternehmen haben. Es stimmt, was Herr Löffler sagte. Die EZB hat den Banken äußerst günstiges Geld zur Verfügung gestellt. Die Banken wurden über Mittel in Billionenhöhe gerettet. Allein in Europa wurden 3,8 Billionen € zur Verfügung gestellt. Aber die Banken geben diese günstigen Konditionen nicht weiter.

Von der Realwirtschaft werden Zinssätze zwischen 9 und 12 % gefordert, und diese Beträge sind in einer Produktion nicht zu erwirtschaften. Das muss man ganz klar sagen. Wenn man das Glück hat und meinetwegen gewisse Uhren verkauft, dann ist das möglich, dann gibt es genügend Geld. Aber für einen Zulieferbetrieb in der Realwirtschaft ist das nicht möglich. Auch die Mezzanine sind im Grunde genommen sehr teure Aufstockungen des Eigenkapitals. Sie liegen bei 12 bis 13 %, sind also für die Mittelständler fast nicht zu stemmen.

Meine Damen und Herren, ich frage mich manchmal – wenn ich die Banken so höre, dann sagen sie: „Zinsen dürfen keine Rolle spielen“ –, von welcher Welt die Banken eigentlich sind.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Ich habe auch den Eindruck, dass manche Banken – jetzt nehme ich einmal die Volksbanken und die Sparkassen aus – überhaupt kein Interesse am Kreditgeschäft haben. Die haben Interesse am Pokern, am Spekulieren, am sogenannten Investmentbanking.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist aber sehr populistisch! Es gibt auch noch Sparkassen und Volksbanken!)

– Das habe ich doch gesagt, Herr Gall. Seien Sie nicht immer so gallig, wenn Sie etwas zu mir sagen. Sie sind doch ein charmanter Mensch.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

In der Welt sind heute Derivate mit einem Volumen von 603 Billionen € in Umlauf, und wenn da Gegenpositionen ausfallen sollten, dann wird es für uns wirklich eng. In Berlin müssen nicht unbedingt Moderatoren eingestellt werden, sondern es ist dringend notwendig, den Finanzmarkt vom Kopf wieder auf die Füße zu stellen, wie es Bundespräsident Köhler seit geraumer Zeit empfiehlt; das tut übrigens auch der Präsident des Ifo-Instituts in München, Sinn.

Meine Damen und Herren, Basel II trägt derzeit zu weiteren Restriktionen bei. Es sind umfangreiche bürokratische Aufgaben zu erledigen. Ich verweise auf das sogenannte Scoring, eine Formel, die niemandem bekannt gegeben wird.

Bei uns gibt es viele Unternehmen, die deshalb kaum noch Geld erhalten. Österreich – das wurde von Herrn Löffler schon angesprochen – kann Basel II auflockern. Warum sollten wir es dann nicht können?

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Wir zwei schaffen das!)

Wir müssen schauen, wie es Österreich macht. Auch von Österreich kann man etwas lernen.

Meine Damen und Herren, Helmut Rödl, Mitglied des Gesamtvorstands des Verbands der Vereine Creditreform e. V., stellt fest, dass die 1,2 Millionen Unternehmen in Deutschland, die weniger als 10 % Eigenkapital haben, den Banken schutzlos ausgeliefert sind. Das kann man nur unterstreichen. In der Krise bekommen sie kaum Geld, und wenn, dann zu schlechten Konditionen.

Die Basel-II-Ratings wirken in der Krise prozyklisch. Es kommt zu der paradoxen Situation, dass sich die Kreditvergabemöglichkeiten der Banken reduzieren, wenn sich die Bonität der Unternehmen generell verschlechtert. Da geht es also gar nicht um den Einzelnen, sondern wenn sich die Bonität der Unternehmen verschlechtert, können die Banken weniger Kredite vergeben.

Die Eigenkapitalquoten vieler Existenzgründer und junger Unternehmer sind niedrig. Diese Firmen sind aber der Nährboden für die Zukunft. Viele gute Ideen können aus Mangel an Geld nicht umgesetzt werden. Dabei ist Geld im Überfluss vorhanden.

Die letzte Steuerreform hat die mittelständische Wirtschaft nicht berücksichtigt. Zwar wurde bei der Steuerreform die Möglichkeit eingeräumt, thesaurierte Gewinne, also angesammelte Gewinne, mit nur 29,8 % zu versteuern und im Betrieb zu lassen. Wenn man dieses Geld allerdings in der Krise braucht, muss man es noch einmal mit 25 % versteuern. Das heißt: Wenn ich 100 000 € brauche, die ich schon mit 30 % versteuert habe, muss ich in der Krise noch einmal 25 % zahlen. Diese konfiskatorische Besteuerung, die kalte Progression und die Bürokratie machen unserem Mittelstand zu schaffen. Wir müssen dringend eingreifen. Wir brauchen eine Initiative zur Erhöhung des Eigenkapitals.

(Minister Ernst Pfister: Unbestritten! – Abg. Reinhold Gall SPD: Was fordern wir seit eineinhalb Jahren? Das predigen wir seit eineinhalb Jahren! – Gegenruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Erst seit einem halben Jahr!)

Meine Damen und Herren, wir hoffen, die Banken so weit zu bekommen, dass sie bessere Kredite vergeben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Warum machen wir den Zirkus?)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erhält Herr Wirtschaftsminister Pfister das Wort.

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß nicht, wie oft Sie den Film „Die Feuerzangenbowle“ gesehen haben.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU und Abg. Reinhold Gall SPD: Schon oft!)

Ich habe ihn in bestimmt siebenmal gesehen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Öfter! – Abg. Claus Schmiedel SPD: In diesem Jahr! – Heiterkeit)

(Minister Ernst Pfister)

Eine der spannendsten Passagen in diesem Film ist die Stelle, wo gefragt wird:

(Abg. Stephan Braun SPD: Aber so schnell ist er nicht zu verstehen!)

Was ist eine Dampfmaschine?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die Dampfmaschine sitzt hinter Ihnen!)

So könnte man hier jetzt fragen: Was ist eigentlich eine Kreditklemme? Wir reden viel über diese Kreditklemme und spekulieren darüber, ob wir eine Kreditklemme haben; wenn wir eine haben, besteht sie eher für den gehobenen Mittelstand. Beim Handwerk oder beim kleinen Mittelstand haben wir eher keine. Was wird im nächsten Jahr passieren? Wir haben noch nie über die Frage geredet: Was ist eigentlich eine Kreditklemme?

(Abg. Walter Heiler SPD zu Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Also, Frau Fauser, was ist das? – Gegenruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Man bekommt kein Geld!)

– Gut, Frau Fauser. – Jetzt wollen wir es einmal auf den Punkt bringen. Ich behaupte Folgendes: Wenn ein Unternehmer, ein Unternehmen, das kreditwürdig ist, das eigentlich ganz gesund ist, einen Kredit braucht, zu seiner Bank geht, einen Kredit will und diesen Kredit – obwohl es gesund und kreditwürdig ist – nicht bekommt, dann haben wir es eindeutig mit einer Kreditklemme zu tun.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Das ist der Fall! – Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Das ist eine abenteuerliche Definition!)

So kann man das definieren. Für diesen Fall müsste man in der Tat Abhilfe schaffen. Denn Unternehmen, die eine Zukunft haben, die vielleicht jetzt eine konjunkturelle Schwäche haben,

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Feuerzangenbowle!)

aber eine Zukunftsperspektive haben, müssen auf jeden Fall die Möglichkeit bekommen, dass sie über entsprechende Kredite auch in die Zukunft gerettet werden können. Darüber sind wir alle uns einig.

Ich will das Thema Mediator kurz ansprechen und Ihnen sagen, dass ich mit diesem Vorschlag einverstanden bin. Wir können diesen Mediator auf Bundesebene gern einführen. Er wird nicht schaden.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Aber auch nichts nützen!)

Was das Land Baden-Württemberg angeht, glaube ich, dass wir schon heute eine gute Ergänzung haben. Schauen Sie sich einmal die Kammern an, sowohl die Industrie- und Handelskammern als auch die Handwerkskammern. Die haben schon heute in großem Umfang, wenn Sie so wollen, Mediatoren

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nein!)

– doch, Herr Schmiedel –,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ach, nein!)

die nichts anderes machen, als im Interesse der Kammern die Betriebe zu den Banken zu begleiten und ihnen zu helfen, an die notwendigen Kredite zu kommen.

(Zuruf des Abg. Dr. Rainer Prewo SPD)

Umgekehrt gibt es mit der im Wirtschaftsministerium angesiedelten Taskforce – wie das heute neudeutsch heißt – eine Unternehmensbetreuung, eine Anlaufstelle, die wirklich gut nachgefragt wird und die im Grunde nichts anderes tut, als Unternehmen, die Hilfe brauchen, tatsächlich zu helfen.

Ich glaube, wenn wir diesen bundesdeutschen Mediator haben und dies auf Länderebene gewissermaßen absichern – ähnlich, wie wir dies in Baden-Württemberg tun, oder auch ein bisschen anders –, kann das durchaus eine gute Geschichte sein.

Der entscheidende Punkt ist wirklich der – darüber haben wir heute Morgen schon gesprochen –: Die Kreditdynamik geht zurück. Das muss man einfach feststellen. Das ist ein Ergebnis der letzten Monate, das wir feststellen müssen.

Man kann es auch viel einfacher formulieren: Ich war im April dieses Jahres auf der Hannover Messe und habe mit vielen Mittelständlern gesprochen. Die haben mir durch die Bank eigentlich alle Folgendes gesagt: Uns ist es in der Vergangenheit gut gegangen. Wir haben ordentlich „Speck angesetzt“, und wir sind sicherlich in der Lage, eine Durststrecke von einigen Monaten, von acht, neun Monaten, durchzustehen. Wenn dann die Aufträge wieder kommen, dann ist das alles wieder erträglich.

Wir haben jetzt die Situation, dass acht, neun, zehn Monate ins Land gegangen sind. Die Krise besteht im Grunde noch immer. Das heißt, bei den Betrieben, auch bei diesen guten Betrieben, ist der „Speck“ in der Zwischenzeit natürlich deutlich abgeschmolzen. Volkswirtschaftlich gesprochen: Die Eigenkapitalbasis ist zurückgegangen.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Davon reden wir schon die ganze Zeit!)

Wer weiß, dass die Höhe des Eigenkapitals auch etwas über die Kreditwürdigkeit aussagt, der tut in der Tat gut daran, an dieser Eigenkapitalbasis zu arbeiten. Wir tun dies.

Herr Kollege Schmiedel, wir haben heute Morgen darüber gesprochen, und ich will noch einmal darauf hinweisen: Wir haben über die L-Bank das Beteiligungskapital für stille Beteiligungen nochmals erhöht, und zwar auf 400 Millionen €. Ich weiß, dass z. B. auch die MBG, also die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft, eine Vielzahl von Millionen Euro zusätzliches stilles Beteiligungskapital zur Verfügung stellen kann. Wir haben dieses Beteiligungskapital übrigens deshalb erhöht, weil die Nachfrage nach diesem Beteiligungskapital in der Vergangenheit eindeutig gestiegen ist. Sonst hätten wir es nicht zu erhöhen brauchen. Wir haben es erhöht und können es jederzeit noch einmal erhöhen.

Wenn also die Nachfrage von Mittelständlern steigt, die ihre Eigenkapitalbasis verbessern wollen oder verbessern müssen, um schneller an Kredite zu kommen, wenn es also nur darum geht, dann brauchen wir in Baden-Württemberg nicht, wie die SPD es fordert, einen zusätzlichen Eigenkapitalpool oder Be-

(Minister Ernst Pfister)

teilungspool zu schaffen. Er ist in der Tat schon vorhanden. Er ist leistungsfähig, und er kann – dies sage ich ausdrücklich – nicht nur für Investitionstätigkeiten, sondern auch für Betriebsmittel herangezogen werden. Dieser Topf für stille Beteiligungen ist in Baden-Württemberg längst vorhanden. Den brauchen wir nicht erst zu schaffen.

(Abg. Rainer Stichelberger SPD: Frau Fauser sagt etwas anderes!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Sitzmann?

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Gern.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Minister, in Ihrer Pressemitteilung vom 4. Dezember steht, dass bereits in diesem Monat, also im Dezember, die L-Bank ihren Mittelstandsfonds, der Unternehmen Eigenkapital anbietet, um 100 Millionen € auf 350 Millionen € aufgestockt hat.

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Ja.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Jetzt haben Sie von 400 Millionen € für die MBG gesprochen. Muss ich das dann zusammenzählen?

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Ja, das können Sie zusammenzählen. Die L-Bank stellt im Augenblick 350 Millionen €, und die MBG, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, ziemlich genau 50 Millionen €. Insgesamt stehen also über MBG und L-Bank 400 Millionen € zur Verfügung.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Aber insgesamt!)

Das ist der erste Punkt.

Ich möchte noch einen zweiten Punkt erwähnen – hier gebe ich Frau Fauser hundertprozentig recht –: Es mag sein, dass unsere Betriebe im Augenblick keine Gewinne machen. Wir sollten, meine ich, trotzdem über steuerpolitische Maßnahmen sprechen. Stellen Sie sich einmal vor, wir hätten in der Vergangenheit, wie ich es nun wirklich immer gefordert habe, die Steuerpolitik so gestaltet, dass derjenige, der Gewinn macht und dieses Geld im Betrieb belässt und für weitere Investitionen zur Verfügung stellt, besser gestellt wird als ein Unternehmer, der ebenfalls Gewinn macht, diesen Gewinn jedoch zum Kauf eines Ferienhauses auf Mallorca verwendet. Wären wir in der Vergangenheit konsequent zu einer Politik gekommen, wonach derjenige, der seinen Gewinn investiert, steuerlich deutlich besser gestellt wird als derjenige, der ihn in sein Ferienhaus steckt, hätten wir einen maßgeblichen Beitrag dazu geleistet, dass die Eigenkapitalsituation unserer mittelständischen Betriebe heute wesentlich besser wäre.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Jawohl!)

Stellen Sie sich weiter vor, wir hätten noch konsequenter als heute unseren Mittelständlern die Möglichkeit gegeben, eine Verrechnung von Verlusten und Gewinnen vorzunehmen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Verschiebebahnhof!)

Das wäre eine hervorragende und im Grunde sehr unbürokratische Möglichkeit, die Eigenkapitalsituation zu verbessern.

Wir haben in Baden-Württemberg ein Drittes getan, und das sollte man nicht gering schätzen: Das Thema Bürgschaftspolitik ist angesprochen worden. Ich würde das nicht zu gering schätzen, denn Bürgschaften sind im Grunde nichts anderes als der Versuch, den Banken bei der Kreditgewährung das Risiko ein Stück weit abzunehmen. Das wird man niemals zu 90 %, zu 100 % oder auch nur zu 80 % machen. Aber ein Stück weit muss oder kann hier Risiko abgenommen werden.

Die Situation in Baden-Württemberg hat sich jetzt noch einmal dadurch verbessert, dass die Rückverbürgung durch den Bund noch einmal verbessert worden ist, nämlich, wie ich glaube, von 39 % auf 49 %. Wir haben also hervorragende Möglichkeiten.

Die Tatsache, dass allein im letzten Vierteljahr bei der Bürgschaftsbank eine Erhöhung sowohl des Bürgschaftsvolumens als auch der Zahl der Anträge und letzten Endes auch der Bewilligungen um 25 %, 30 %, 35 % stattgefunden hat, zeigt mir ganz eindeutig, dass dieses Instrument der Bürgschaft ein hervorragendes Mittel ist, um dazu beizutragen, dass trotz einer Eigenkapitalschwäche Kredite gewährt werden können. Dass die Zahl dieser Bürgschaften in der Vergangenheit, gerade auch in den letzten drei, vier Monaten, so angestiegen ist, ist im Grunde ein Beweis dafür, dass dies ein richtiges Instrument ist.

Meine Damen und Herren, es geht übrigens überhaupt nicht um große Bürgschaften, jedenfalls nicht in Baden-Württemberg. Wir haben, wie Sie wissen, bei den großen Bürgschaften, also bei den Landesbürgschaften mit einem Betrag von jeweils über 5 Millionen €, den Gesamtrahmen auf 1,2 Milliarden € festgelegt. Wir haben in den vergangenen fünf Jahren eine einzige große Bürgschaft, also eine Bürgschaft über 5 Millionen €, gehabt – nur eine einzige. Wir haben im laufenden Jahr, wenn ich es richtig im Kopf habe, vier solcher größeren Bürgschaften gehabt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Eine war deutlich über 5 Millionen €!)

– Ja, eine ist aus dem Rahmen gefallen. Wir waren uns aber darüber einig, dass wir es so machen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja, ja! Klar!)

Noch viel wichtiger aber ist, dass 99 % oder wahrscheinlich sogar 99,5 % aller Bürgschaften, die in Baden-Württemberg gewährt werden, bis zu einem Volumen von 1 Million € gehen. Das heißt, es geht um die Begleitung von Krediten bis zu 1 Million €. Der Handwerksmeister will einen Kredit; er braucht einen Kredit, oft auch einen Betriebsmittelkredit, in Höhe von 250 000 € oder 500 000 €. Dieser Kredit wird ihm gewährt, und zwar mit einer entsprechenden Bürgschaft in großem Umfang.

Meine Damen und Herren, ein Gedanke ist ganz wichtig: Die Anzahl der konjunkturellen Schwalben nimmt Gott sei Dank zu. Wir haben zum achten Mal hintereinander einen verbesserten Geschäftserwartungsindex bei unseren Unternehmen, zum achten Mal hintereinander positive Geschäftserwartungsindizes.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Klar!)

(Minister Ernst Pfister)

Wir haben im zweiten Quartal und im dritten Quartal schwarze Zahlen geschrieben: 0,4 %, 0,7 % Wirtschaftswachstum. Wir können im nächsten Jahr mit nominal 2,5 % Wirtschaftswachstum rechnen.

Natürlich ist auch klar: Wir kommen dabei aus einem extrem tiefen Tal.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Mit Auftragsrückgang!)

Aber wenn wir wollen, dass diese schwachen Konjunkturpflänzlein auch dazu beitragen, dass sich dieser Konjunkturaufschwung irgendwann wieder selbst trägt, dann muss unter allen Umständen – das ist das Ziel der Debatte – gesichert sein, dass dieser Kreditfluss und diese Liquidität tatsächlich vorhanden sind. Dabei muss der Bund mithelfen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, wie viel Zeit hat er noch?)

Ich bin übrigens auch der Meinung, dass die Banken jetzt einmal am Zug sind. Die Banken haben in der Vergangenheit ordentlich Geld bekommen. Wenn sich nun also Bankenkonsortien in Berlin zusammenschließen und Mittel zur Verfügung stellen – auch die Sparkassen und die Volksbanken –, um auf diese Art und Weise die Liquidität zu erhöhen, dann ist das nicht mehr als in Ordnung. Die Banken haben genug Geld bekommen. Sie haben jetzt auch die Aufgabe – das ist ganz eindeutig und klar; es ist sogar ihre primäre Aufgabe, nach meinem Verständnis noch vor dem Staat –, dafür zu sorgen, dass diese Liquidität tatsächlich zustande kommt.

Wir in Baden-Württemberg haben, wie ich meine, im Wesentlichen unsere Hausaufgaben gemacht. Wir müssen die Anstrengungen im nächsten Jahr noch intensivieren. Das ist meine feste Überzeugung. Wenn wir das aber schaffen, dann können wir mit mehr Liquidität dazu beitragen, dass sich dieser Konjunkturaufschwung mehr und mehr verstetigt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Jetzt bekommt noch einmal der Kollege Peter Hofelich das Wort. Ich muss allerdings darauf aufmerksam machen: Wenn die anderen Fraktionen auch noch das Wort wollen – – Das will niemand?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nein! Das will niemand! – Abg. Walter Heiler SPD: Die haben ja gar keine Redezeit mehr!)

– Die Redezeit müssten wir jetzt verlängern, nachdem der Herr Minister seine in der Geschäftsordnung festgelegte Redezeit von 50 % der Gesamtredezeit der Fraktionen überzogen hat.

(Abg. Walter Heiler SPD: Ich schlage 43 Sekunden vor!)

Wünscht niemand sonst Redezeit? – Dann erhält zur Begründung und Diskussion noch Herr Abg. Hofelich das Wort.

Abg. Peter Hofelich SPD: Es standen ja, glaube ich, noch zwei Minuten Redezeit zur Verfügung. Mehr will ich auch nicht.

Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte einfach nur eine kleine Replik auf das geben, was gesagt worden ist. Wenn ich den Rednern zuhöre, kommt mir ihre Argumentation so vor, als müssten alle nur noch einen kleinen Schritt machen

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Genau!)

und sagen: Jetzt brauchen wir einen Kreditmediator, um einen Schritt zu tun, um auch eine sinnvolle Aktion zustande zu bringen. Das ist mein Eindruck nach dem, wie hier argumentiert wird.

Ich weiß, dass im Schwäbischen, in Baden-Württemberg zwischen recht haben und recht bekommen ein Unterschied besteht. Aber ich werbe dafür, dass wir heute in Anbetracht der besonderen Situation des Industrielands Baden-Württemberg diese Lücke zwischen recht haben und recht bekommen hier im Parlament schließen und Sie sich dem anschließen, was wir Sozialdemokraten vorschlagen, nämlich dass ein Gesicht für all das geschaffen wird, was an Instrumentarien, Herr Minister, da ist – ein Gesicht, das wir zum Orchestrieren des Instrumentariums brauchen, weil wir im Jahr 2010 in einer besonderen Situation sein werden.

Das Jahr 2010 – das sind die Schwalben, von denen Sie gerade sprachen; die zwitschern das vom Dach – wird eine Bewährungsprobe für den Arbeitsmarkt bedeuten, und es wird die Frage sein, ob die Unternehmen in der „Badewanne“ leicht wieder nach oben kommen, ob sie aus der jetzigen Krisensituation tatsächlich wieder in eine Aufstiegsituation kommen – die dann aber mit dem Jahr 2010 noch lange nicht beendet sein wird.

Der Kollege Löffler, der mich des Ausschweifens bezichtigt hat, hat sich bei seiner Argumentation weitgehend im Überbau aufgehalten, nämlich beim Thema Basel II. Das alles ist schön und gut; das teilen wir. Die entscheidende Frage ist jedoch, weshalb etwas, was die Kanzlerin für richtig hält, für Baden-Württemberg nicht richtig sein soll. Zu sagen, wir seien hier am wenigsten in einer solchen Situation, stimmt doch überhaupt nicht. Wenn es irgendwo brodelt,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Dann hier bei uns!)

dann hier in Baden-Württemberg, in den Industrieunternehmen. Das ist doch die Situation.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Die Kollegin Sitzmann von den Grünen müsste eigentlich allein schon von der grünen Affinität her dem Wort Mediator inhaltlich voll zustimmen und hier jubeln.

(Heiterkeit)

Aber was nicht sein kann, darf nicht sein. Die Grünen dürfen nicht zur SPD hinüberschwenken.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Genau! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Andersherum wird ein Schuh daraus!)

(Peter Hofelich)

Beim nächsten Mal, wenn die schwarz-grün-gelbe Koalition im Saarland einen Kreditmediator und damit eine Doppelstruktur beschließt, werden Sie verlegen auf Ihre Schuhspitzen schauen, Frau Kollegin. Das wird der Fall sein.

(Beifall bei der SPD)

Zu Frau Fauser, die mir zugestimmt hat und auf deren Stimme ich hoffe, muss ich einfach sagen – –

(Abg. Jörg Döpfer CDU: Die zwei Minuten sind um!)

– Herr Döpfer, ganz ruhig bleiben!

(Abg. Jörg Döpfer CDU: Das haben Sie gesagt!)

– Ja, die Welt von Neuffen ist die eine, die andere Welt ist die des mittleren Neckarraums.

(Zurufe der Abg. Hagen Kluck FDP/DVP und Jörg Döpfer CDU)

Frau Fauser wünscht sich, dass der rheinische Kapitalismus wieder zurückkommt und der Turbokapitalismus verschwindet. Da sind wir dafür, Frau Fauser. Aber dafür reicht nicht allein Beschwörung. Dafür muss man etwas tun. Da sind wir gerade dabei und versuchen das.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier brennt es. Hier hat es keinen Wert, landespolitisch zu rasonieren. Ich bin dafür, Herr Minister, dass Sie den Schritt machen und bei sich im Ministerium ein Gesicht zeigen, dessen Träger der Kreditmediator ist, und dass wir dann nicht den Streit darüber führen müssen, ob das, was Ihre Strategie ist – die Vertiefung Ihrer Instrumente, die Sie hier überzeugend dargelegt haben –, das Richtige ist oder ob die Erweiterung der Instrumente in einigen Bereichen – Mittelstandsanleihe, Eigenkapitalfonds, den wir vorschlagen – das Richtige ist. Darum geht es heute nicht. Es geht darum, ob das Instrumentarium des Landes durch ein Gesicht, das Sie bringen müssen, besser orchestriert wird. Dafür sind wir. Das steht zur Abstimmung.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Damit es im Saal keine Unruhe gibt, will ich vorlesen, wer um wie viel überzogen hat:

(Minister Ernst Pfister: Nein!)

GRÜNE 1 Minute und 20 Sekunden, CDU 2 Minuten und 6 Sekunden, SPD 1 Minute und 27 Sekunden, FDP/DVP 1 Minute und 22 Sekunden.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Und der Minister?)

– Der Minister hat – soll ich das auch noch sagen? –

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Ja! – Minister Ernst Pfister: Nein, bitte nicht sagen!)

um eine Minute überzogen.

(Oh-Rufe bei allen Fraktionen – Heiterkeit – Unruhe)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion, Drucksache 14/3788. Wer diesem Antrag zustimmt, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Punkt 8 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Heimisches Handwerk und Mittelstand stärken: mittelstandsfreundliche Ausschreibung bei Stuttgart 21 und der Neubaustrecke Wendlingen–Ulm – Drucksache 14/3818

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die SPD-Fraktion darf ich Herrn Abg. Dr. Prewo das Wort geben.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit Stuttgart 21 und damit – damit! – auch der Hochgeschwindigkeitsstrecke nach Ulm wird die Gefahr vermieden, dass Baden-Württemberg auf unabsehbare Zeit beim modernen Schienenverkehr in einen Verkehrsschatten gestellt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt müssen wir aber die Köpfe und die Diskussionen auf Zukunft umstellen.

Stuttgart 21 ist übrigens nicht Baden-Württemberg 21. Stuttgart 21 und die Strecke Stuttgart–Ulm sind ein Teil von Baden-Württemberg 21. Baden-Württemberg 21 umfasst auch die Rheintalbahn, die Gäubahn, die Südbahn und darüber hinaus letztlich auch die Verbindung über Heilbronn, Würzburg und Erfurt nach Berlin. Über Letzteres wird man perspektivisch nachdenken müssen. Es werden schon jetzt Teilstrecken davon in Thüringen und Sachsen geplant und angefangen. Das ist Baden-Württemberg 21, insgesamt gesehen.

Für Stuttgart 21 und die Strecke Stuttgart–Ulm ist von renommierten Verkehrsökonomien im Frühjahr berechnet worden, dass allein die volkswirtschaftlichen Effekte in der Bauzeit das 1,3-Fache der Investitionen ausmachen. 75 % davon bleiben in Baden-Württemberg – wenn man es richtig macht. Dabei zahlen wir als Land nur 30 % der Investitionskosten. Das bedeutet, dass die mittelständische Wirtschaft in Baden-Württemberg die Chance bekommen muss, sich am Wettbewerb zu beteiligen – allerdings nicht bevorzugt. Nein, sie muss eine Chance erhalten, sich an den Ausschreibungen zu beteiligen. Deshalb brauchen wir mittelstandsfreundliche Ausschreibungen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Dr. Prewo, ich darf Sie einmal kurz unterbrechen.

Die CDU-Fraktion hat die bei der Abstimmung zu dem vorhergehenden Tagesordnungspunkt festgestellten Mehrheiten angezweifelt, sodass wir nach Abschluss des aufgerufenen Ta-

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

gesordnungspunkts die Abstimmung über den zuvor behandelten SPD-Antrag wiederholen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Was?)

Darauf will ich hinweisen, damit die Parlamentarischen Geschäftsführer das wissen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Was haben die angezweifelt?)

Jetzt haben Sie weiter das Wort, Herr Abg. Dr. Prewo.

Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Das wird aber jetzt meiner Redezeit zugeschlagen.

Wir brauchen also mittelstandsfreundliche Ausschreibungen.

(Unruhe)

– Besteht noch Klärungsbedarf?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Nein.

Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Wir beantragen, dass die Landesregierung verpflichtet wird, die Bauaufträge für Stuttgart 21 mittelstandsfreundlich auszuschreiben.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Das ist aber jetzt eine große Unruhe.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat Herr Abg. Dr. Prewo.

(Minister Ernst Pfister unterhält sich mit Abgeordneten der FDP/DVP.)

Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Der Herr Minister muss sich gerade mit anderen Dingen befassen anstatt mit der mittelstandsfreundlichen Ausschreibung.

(Minister Peter Hauk: Ich höre jedes Wort, Herr Kollege Prewo!)

Eigentlich sollte eine mittelstandsfreundliche Ausschreibung selbstverständlich sein. Wir haben auch ein Mittelstandsförderungsgesetz, aber dieses Gesetz wenden wir im Land leider nicht an. Wir sind da auch gebrannte Kinder. Das Handwerk und der Mittelstand sind gebrannte Kinder, was das Mittelstandsförderungsgesetz angeht. Öffentliche Aufträge – so heißt es dort – sind demnach so zu vergeben, dass sich Handwerk und mittelständische Betriebe an der Ausschreibung beteiligen können. Ich zitiere weiter wörtlich:

Inbesondere sind Leistungen, soweit es die ... Voraussetzungen zulassen, so in Lose nach Menge und Art zu zerlegen, dass sich Unternehmen der mittelständischen Wirtschaft bewerben können.

Tatsache ist: Bei kaum einem großen Projekt der letzten Zeit hatte das heimische Handwerk die Chance, sich direkt am Wettbewerb zu beteiligen.

Warum machen wir das bei Großprojekten nicht? Warum verstoßen wir ständig gegen das eigene Gesetz?

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Weil sie es nicht können!)

Tatsächlich hört man, die Größe eines Projekts sei eine Voraussetzung dafür, dieses Gesetz nicht anzuwenden. Deshalb wurde es bei einem 60-Millionen-€-Projekt wie dem Neubau des Innenministeriums nicht angewendet. Hier wird dann der Auftrag nicht in Lose nach Menge und Art zerlegt.

Freilich braucht man dazu eine gute Projektsteuerung. Also hätte der Minister einschreiten müssen und mittelstandsfreundliche Vergaben auch bei Großprojekten einfordern müssen. Aber nein, man muss nur genau auf das hören, was er gelegentlich allen Ernstes sagt. Ich darf einmal aus einer Rede, die er vor einiger Zeit hier gehalten hat, zitieren:

Alle Fachleute sind sich darüber einig: Wenn wir eine Größenordnung der Gewerke bis zu 10 Millionen € haben, dann ist das mittelstandsfreundlich zu gestalten.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: So etwas gibt es bei der Bahn nicht!)

Die Maßnahme kann also von Mittelständlern ... durchgeführt werden. Das werden wir auch tun, ...

Im Klartext bedeutet das: Maßnahmen über 10 Millionen € werden wir nicht mittelstandsfreundlich ausschreiben. Da gilt das Gesetz nicht.

Das sagte Minister Pfister hier im Landtag im März dieses Jahres.

Herr Pfister ist die treibende Kraft für diese Position. Seine Fachleute im Ministerium machen nur, was er selbst vorgibt. Wir verlangen aber: Man muss alles mittelstandsfreundlich ausschreiben.

Die Europäische Zentralbank in Frankfurt hat ursprünglich erwogen, ihr 700-Millionen-€-Projekt des Neubaus ihrer Zentrale in Frankfurt an einen Generalunternehmer zu vergeben, und hat sich dann anders besonnen. Die EU hat nämlich einen sogenannten Small Business Act. Jetzt haben die das in Hunderte von Gewerken und noch mehrfach in Lose nach Menge und Art zerlegt. Das wird jetzt ausgeschrieben, sodass sich Tausende Handwerker im Rhein-Main-Gebiet bewerben können. Nur wir sind dazu nicht in der Lage.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wer ist „wir“?)

– Wir, die SPD, verlangen – der Minister muss sich da korrigieren –, dass wir in Baden-Württemberg endlich mittelstandsfreundlich ausschreiben, Herr Kollege Kluck.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Im Fall von Stuttgart 21 haben wir nicht nur verkehrspolitisch, sondern auch mittelstandspolitisch die große Chance dazu; aber das müssen wir dann auch machen. Allerdings muss es die Bahn machen. Jetzt kommt das große Problem: Die Bahn muss sich besser verhalten als das Land. Denn das Land ist kein gutes Vorbild in dieser Sache. Nur wenn die Bahn mittelstandsfreundlich ausschreibt, haben wir tatsächlich die Chance, dass in angemessenem Umfang auch die Wertschöpfung für dieses Projekt während der Bauzeit bei uns bleibt.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Scheuermann das Wort.

Abg. Winfried Scheuermann CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Dr. Prewo, wenn wir das so machen würden, wie Sie es wollen, dann hätte man ganz „tolle“ Baukostenüberschreitungen und eine Bauzeit, von der niemand wüsste, wann sie endet. Bei der Bahn geht es um ein Vorhaben von 6 Milliarden €. Sie werden dort kein einziges Gewerk finden, das in der Größenordnung von 10 Millionen € liegt – außer sie schreiben Türen und Fenster am Bahnhof einzeln aus.

(Zuruf des Abg. Dr. Rainer Prewo SPD)

Zweite Feststellung: Über die Frage der unmittelbaren und mittelbaren Auswirkung des Baus und des Betriebs dieser Anlagen ist eine volkswirtschaftliche Untersuchung in Auftrag gegeben worden. Sie ist vorgelegt worden, sie ist öffentlich; darüber brauchen wir in diesem Haus jetzt nicht noch 25-mal zu diskutieren. Besser als die können wir es auch nicht, und die irren sich natürlich auch noch heftig genug.

Nächste Feststellung: Das, was jetzt gebaut wird, ist keine Baumaßnahme des Landes, sondern eine Baumaßnahme der Bahn.

(Abg. Hans-Martin Haller SPD: Sehr richtig!)

Deswegen haben wir keine Möglichkeit der unmittelbaren Einwirkung auf die Frage, wie ausgeschrieben und wie vergeben wird.

Jetzt gibt es allerdings, Herr Prewo, eine gemeinsame Erklärung zur Realisierung der Projekte Stuttgart 21 und Neubausstrecke Wendlingen–Ulm vom 2. April 2009. Darin steht – ich darf wörtlich zitieren –:

Bei der Vergabe von Leistungen zur Realisierung der Vorhaben werden die EIU

– das sind die Eisenbahninfrastrukturunternehmen –

die Interessen der mittelständischen Unternehmen angemessen, das heißt insbesondere soweit technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar, berücksichtigen.

Ich meine, damit ist alles gesagt. Ich persönlich habe immer Bedenken, wenn ich das Wort „Mittelstand“ höre. Kollege Karl-Wolfgang Jägel hat ein mittelständisches Bauunternehmen. Er würde nie auf die Idee kommen, sich an Ausschreibungen zu diesen Bahnprojekten zu beteiligen.

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Wieso denn nicht?)

Von den größten Bauunternehmen in Baden-Württemberg ist kein einziges allein in der Lage, da etwas zu machen.

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Das braucht es doch auch nicht!)

Das heißt, wir müssen Arbeitsgemeinschaften organisieren. So weit, so gut.

Jetzt mache ich Ihnen noch einen schönen Vorschlag. Wenn Sie wollen, dass wir wirklich mit jemandem diskutieren, der

darüber Bescheid weiß, dann überweisen Sie Ihren Antrag bitte an den Innenausschuss als den für Verkehr zuständigen Ausschuss. Herr Heiler als Ausschussvorsitzender – er ist gerade nicht da – soll sich bemühen, Herrn Azer, den Leiter des Baubüros für diese beiden Maßnahmen, in den Ausschuss einzuladen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ja! Gute Idee!)

Dann können wir mit ihm ganz konkret besprechen, wie was ausgeschrieben wird und in welchem Umfang Mittelständler welcher Größenordnung zum Zug kommen können.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Aber Herr Heiler ist ja gerade nicht da!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: So machen wir es!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Der Vorschlag des Kollegen Scheuermann stößt auf Zustimmung. Wir reden jetzt also darüber, dass wir den Antrag zur weiteren Beratung an den Innenausschuss überweisen. Dazu soll der Ausschussvorsitzende den Projektleiter, Herrn Azer, einladen. Dann kann man darüber reden. Das ist ein sehr guter, praktikabler Vorschlag.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Lehmann das Wort.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eigentlich gibt es zu diesem Antrag nicht viel zu sagen. Herr Scheuermann, Sie haben schon das Richtige gesagt.

Ich glaube, dieser Antrag hat nur den Zweck, dass noch einmal dargelegt wird, wie man dieses Projekt, für das so viel Geld benötigt wird – auch Geld aus dem Haushalt des Landes Baden-Württemberg –, rechtfertigen kann.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wer soll denn Ihrer Meinung nach bauen, die großen oder die kleinen Unternehmen?)

Sie wissen ganz genau, wie die rechtliche Situation ist, welchen Einfluss wir auf die Auftragsvergabe haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Rainer Prewo SPD)

Sie wissen auch: Bei solchen Projekten können nur sehr große Firmen als Anbieter auftreten. Ob das jetzt Firmen aus Baden-Württemberg sind, dahinter möchte ich ein ganz großes Fragezeichen setzen. Darauf werden wir keinen Einfluss haben.

(Zurufe der Abg. Hagen Kluck FDP/DVP und Theresia Bauer GRÜNE)

Eines will ich auch noch loswerden.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Tun Sie es!)

Denn es ist sicher richtig, dass zu diesem Thema hier auch einmal jemand redet, der nicht aus dem mittleren Neckarraum kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

(Siegfried Lehmann)

Ich komme vom Bodensee.

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Ich komme aus dem Schwarzwald!)

Wir haben dort ein anderes Problem. Wir haben nämlich eine Bahnverbindung nach Stuttgart, die in weiten Teilen nur einleisig ist.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Da muss man bauen!)

Jetzt sagen Sie – das wurde vorhin auch gesagt –, von Stuttgart 21 würde die Gäubahn profitieren. Wir wissen genau, dass die Gäubahn von diesem Projekt nicht profitiert, weil das Geld für den Ausbau der Gäubahn – für das zweite Gleis – nicht vorhanden ist.

(Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Dann lassen Sie sich das vom Kollegen Scheuermann und vom Staatssekretär noch einmal erklären! Dann wissen Sie es! – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Zuhören, Herr Bachmann, auch wenn es wehtut!)

Wir wissen auch – Herr Köberle, das sagen Sie auch immer wieder –, dass die Verkehrsinfrastruktur, dass die Erfordernisse, die hier bestehen – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir wissen, dass diese ganzen Programme im Bundesverkehrswegeplan x-fach überzeichnet sind, und wir wissen auch, dass wir das Geld nicht beliebig vermehren können.

Vor einigen Tagen wurde der TEN-Antrag zum Bereich der Gäubahn nicht genehmigt. Es steht in den Sternen, inwiefern wir die Finanzierung im Umfang von 130 Millionen €, die wir brauchen, hinbekommen. 130 Millionen € bedeuten, dass wir allein aus den Kostensteigerungsraten

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Zwischenfrage!)

bei Stuttgart 21 die Gäubahn in Baden-Württemberg zehnmal realisieren könnten.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Lehmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kluck?

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Ja, natürlich.

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Kollege Lehmann, langer Rede kurzer Sinn: Können Sie uns sagen: Sind Sie dafür, dass Stuttgart 21 von Großkonzernen, oder dafür, dass es von Mittelständlern gebaut wird?

(Heiterkeit – Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Also jetzt! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Das ist eine ganz gute Frage. Denn ich bin überhaupt nicht dafür, dass Stuttgart 21 gebaut wird.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Darauf wären wir nicht gekommen!)

Wenn Sie etwas für die Bahninfrastruktur in Baden-Württemberg machen wollen, dann lassen Sie es sein, Nebelkerzen zu werfen, gemäß denen wir hier viel für die baden-württembergische Wirtschaft tun könnten.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Für wen denn sonst? – Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Kümmern Sie sich vielmehr darum, dass die wirklich wichtigen Bahninfrastrukturprojekte im Land realisiert werden können. Die können eben nicht gemeinsam mit Stuttgart 21 realisiert werden,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Natürlich!)

sondern die bleiben auf der Strecke.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Bachmann das Wort.

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Vielen Dank. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich heute der Fraktion der SPD ganz besonders dafür danken, dass sie mit uns gemeinsam Stuttgart 21 verwirklicht. Denn wir wollen das, worüber vor zwei Stunden diskutiert wurde, noch einmal in Erinnerung rufen. Drei Fraktionen in diesem Haus wollen das Projekt verwirklichen, eine Fraktion will das nicht.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sehr gut!)

Das Zweite: Auch für den heutigen Antrag, Kollege Prewo, sind wir dankbar. Denn wir halten es für wichtig, auch bei Bahnprojekten zu versuchen, im Rahmen dessen – Kollege Scheuermann hat die Vereinbarung zitiert –, was vertretbar und möglich ist, den Mittelstand zu fördern. Wir als FDP/DVP sind wohl unverdächtig, wenn es um Mittelstandsförderung geht.

(Unruhe)

Denn das von Ihnen zu Recht zitierte Mittelstandsförderungsgesetz geht auf unseren früheren Wirtschaftsminister Walter Döring zurück. Ernst Pfister hat mit dem Gemeindegewirtschaftsrecht nachgelegt, und wir werden bei diesem Thema mit Sicherheit nicht lockerlassen.

Herr Kollege Scheuermann hat es schon ausgeführt. Ich kann ihm nur noch einmal dafür danken, dass er es so klar gesagt hat. In diesem Fall geht es nicht um unser Mittelstandsförderungsgesetz, sondern um die Bedingungen, die mit der Bahn noch zu verhandeln sind.

Der Vorschlag, Herrn Azer in den Ausschuss einzuladen und dort noch einmal gemeinsam darüber zu reden, was wir, wenn wir an einem Strang ziehen, erreichen können, damit mittelstandsfreundlich ausgeschrieben wird, ist nach unserer Einschätzung der richtige Weg.

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Machbar ist eine mittelstandsfreundliche Ausschreibung. Es kommt auf die Losgröße an, und auch bei Großprojekten – das erwähnte Neubauprojekt der Europäischen Zentralbank

(Dietmar Bachmann)

hat es gezeigt – kann man bestimmte kleinere Maßnahmen von der Baustelleneinrichtung bis hin zu bestimmten Teilen der Projekte sicherlich einzeln ausschreiben. Man kann auch in Verträgen Generalunternehmer verpflichten, Leistungen, die man an den Mittelstand weiterreichen kann, eben an den Mittelstand weiterzureichen,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ja, natürlich!)

und man kann sicherlich auch – ich nenne das Beispiel einer im Land ansässigen Firma, die Tunnelbohrmaschinen herstellt – bei den Gesamtprojektsteuerungen darauf achten, dass Unternehmen aus dem Land zum Zug kommen.

Sicherlich wird es nicht möglich sein, die europaweiten Ausschreibungen auszuhebeln. Das wollen wir auch nicht.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist doch klar! Das wollen wir auch nicht!)

– Ich sage es ja. Wir sind uns hier völlig einig.

Das Zweite, was wir auch im Ausschuss nicht ändern können, ist – Kollege Scheuermann erwähnte es –, dass man bei Bahnprojekten bestimmte Lose wie große Tunnels vernünftigerweise zusammen ausschreibt, damit eine Projektsteuerung stattfindet. Ich denke aber, im Ausschuss hierüber zu reden ist der richtige Weg.

Noch nicht erwähnt ist die Mittelstandsförderung, die damit einhergeht. Denn das Projekt wird im Land zu erheblicher Bruttowertschöpfungssteigerung führen. Nach den vorliegenden Berechnungen gehen wir davon aus, dass durch Stuttgart 21 500 Millionen € mehr an Bruttowertschöpfung entstehen und dass 8 000 bis 10 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir sind absolut sicher: In unserem Mittelstandsland werden diese Arbeitsplätze im Mittelstand geschaffen, wird diese Bruttowertschöpfung im Mittelstand stattfinden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dasselbe gilt für den städtebaulichen Aspekt. In Stuttgart werden riesige Flächen frei, die für städtebauliche Maßnahmen genutzt werden können. Wir haben es im Rahmen des Projekts immer wieder gesagt: Statt irgendwelche Streuobstwiesen zu bebauen, können wir wertvolle Flächen in der Innenstadt bebauen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Auch dadurch wird nach den derzeitigen Berechnungen eine zusätzliche Bruttowertschöpfung von 120 Millionen € pro Jahr entstehen, und es werden nochmals 2 500 neue Arbeitsplätze geschaffen, ebenfalls im Mittelstand.

Lieber Kollege Lehmann, Sie müssen mir gestatten, noch einmal auf die Grünen zu sprechen zu kommen. Das Projekt wird nach den Berechnungen, die uns vorliegen, eine Milliarde Pkw-Kilometer pro Jahr auf die Schiene verlagern. Das spart 175 000 t CO₂. Sie haben vorhin den Klimaschutz erwähnt, aber Sie sehen, wenn es um Klimaschutz geht: Sie reden, wir handeln.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Aber nicht nur das. Es ist geradezu niedlich, dass Sie das Projekt vor drei Stunden abgelehnt haben und uns jetzt schlaue

Ausführungen darüber machen, wie Sie damit den Mittelstand fördern wollen. Das ist toll. Das ist der typische grüne Dreisatz:

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Jetzt sind wir aber gespannt!)

Abstauben bei der Stimmung, umfallen, wenn die Entscheidung gefallen ist, und hinterher beim Einweihen in der ersten Reihe sitzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem im Ausschuss noch einmal darüber beraten wird, verzichtet die Landesregierung jetzt auf eine Wortmeldung.

Es wurde der Antrag gestellt, den Antrag Drucksache 14/3818 an den Innenausschuss zu überweisen. Wer dafür ist, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 9 ist erledigt.

Ich rufe jetzt nochmals **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Kreditklemme bekämpfen: Kreditmoderatoren schaffen unmittelbar Zugang zu Krediten und Bürgschaften – Drucksache 14/3788

Nach der Geschäftsordnung kann sowohl ein Schriftführer als auch der Präsident eine Abstimmung anzweifeln. Aufgrund einer Mitteilung aus der CDU-Fraktion zweifle ich nach § 97 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung die Abstimmung an, und wir stimmen noch einmal über Tagesordnungspunkt 8 – den Antrag Drucksache 14/3788 –, den Kreditmoderator betreffend, ab. Damit jeder im Bild ist: Darum geht es.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Wer für diesen Antrag ist, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mit drei Gegenstimmen bei zwei Enthaltungen ist dieser Antrag mit überwältigender Mehrheit angenommen. Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ich zweifle die Abstimmung an!)

Wir kommen jetzt zu **Punkt 10** der Tagesordnung:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Regelung der Gasversorgung bei Versorgungspässen – Drucksache 14/3862

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Dieser Antrag soll auf Wunsch aller Fraktionen an den Wirtschaftsausschuss überwiesen werden. – Es ist damit so beschlossen.

Punkt 10 der Tagesordnung ist damit erledigt.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Punkt 11 der Tagesordnung wurde auf Wunsch der SPD-Fraktion im Einvernehmen mit allen anderen Fraktionen abgesetzt.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu der Mitteilung der Landesregierung vom 9. November 2009 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Gesetz zur Umsetzung der Föderalismusreform im Hochschulbereich – Drucksachen 14/5419, 14/5497

Berichterstatter: Abg. Johannes Stober

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Disziplin!)

– Wir haben nur noch drei Tagesordnungspunkte vor uns. Das wird doch wohl noch auszuhalten sein.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Bei diesem Präsidenten ist das ein Genuss!)

– Das ist mir schon klar.

Von der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 14/5419, wird entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 14/5497 Kenntnis genommen. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 13** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksache 14/5519

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 14** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 14/5436

Ebenfalls gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten in den jeweiligen Ausschüssen fest. – Es ist so beschlossen.

Damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Zum Ende hin ist jetzt auch alles still zugegangen. Das freut mich.

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, 17. Dezember 2009, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen, wünsche Ihnen weiterhin eine schöne Adventszeit und schließe die Sitzung.

Schluss: 17:06 Uhr